Nr. 58 ♦ 44. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 30

Bezugspreis.
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,– Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" und „Blick in die Bücherwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,– Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8¼ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292–297.

Freitag, den 4. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 – Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Westarp gegen Marx!

Regierungserklärung für Republik und Locarno. – Westarp für Monarchie und gegen Verständigung. Krach im Bürgerblock. – Beilegungsversuche. – Sozialdemokratischer Mißtrauensantrag.

Der langen Erklärung, die Herr Marx gestern mit matter Stimme und unter wachsender Unaufmerksamkeit des Hauses abgab, ging der Ruf voran, sie werde — dem Wort nach — die republikanischste, die schwarzrotgoldenste, die locarnofreundlichste Erklärung sein, die jemals von der Regierungsbank her abgegeben worden sei. Man erinnerte sich des Zentrumsmanifestes, man erinnerte sich der mit den Deutschnationalen vereinbarten Richtlinien, und man folgerte daraus, daß die Regierungserklärung sehr republikanisch und sehr locarnofreundlich werden müsse, wenn nicht eine völlige Abkehr von allem bisher Verkündeten und Vereinbarten in Erscheinung treten sollte.

Wenn nun auch in der Regierungserklärung nur ein Abglanz des Vorausgegangenen zu finden war, so muß man doch sagen: Hätten die Deutschnationalen den Stellen, die von der Republik und von der Außenpolitik handeln, vorbehaltlos zugestimmt, dann wäre ihre völlige Abkehr von ihren bisherigen Wegen festzustellen gewesen. Und war diese Zustimmung, nachdem doch die Erklärung von den vier deutschnationalen Ministern mit beschlossen war, nicht eigentlich das Selbstverständliche?

Genosse Hermann Müller hat jedoch in seiner wirksamen und zielsicheren Oppositionsrede sofort den Ernst der deutschnationalen Erklärung bezweifelt. Wie recht er damit hatte, zeigte die folgende Rede des Grafen Westarp. Diese Rede hat in der Regierung und zwischen den Regierungsparteien einen Zustand herbeigeführt, den man beinahe als den einer neuen Krise bezeichnen könnte. Wohl zweifelt niemand daran, daß der entstandene Konflikt wieder beseitigt werden wird und daß die Rücktrittsdrohungen des Reichskanzlers und des neuen Finanzministers Köhler — wenn sie wirklich, wie allen Ernstes behauptet wurde, der Grafenrede folgten — nicht tragisch zu nehmen sind. Aber ebensowenig kann jemand bezweifeln, daß durch jene Rede die ganze innere Unehrlichkeit der neuen Regierungsgrundlage offenbar geworden ist.

Die Deutschnationalen haben die Richtlinien angenommen. Das leugnet jetzt Westarp mit eiserner Stirne. Die Deutschnationalen im Kabinett haben dem entschiedenen Bekenntnis zur Republik und zur bisherigen Außenpolitik zugestimmt. Aber Westarp sagt: „Wir bleiben Monarchisten!" und er sagt: So lange noch ein fremder Soldat auf deutschem Boden steht, gibt es keine Verständigung!" Wie man sich als Monarchist zur Republik bekennen kann und wie man die Aufhebung der Besatzung erreichen kann ohne den Weg der Verständigung, das bleibt sein Geheimnis. Der deutschnationale Parteiführer begeht die grobe Illoyalität, die Dinge so darzustellen, als trüge seine Partei keine Mitverantwortung für die Schleifung der Befestigungen im Osten, weil diese in Abwesenheit der deutschnationalen Minister beschlossen worden sei. Ein offener Angriff auf die Ministerkollegen, die dem zugestimmt haben. Gegen Polen rasselt er mit dem Säbel, obwohl er kurz zuvor bekannt hatte, daß das entwaffnete Deutschland an Revanche und Gewalt nicht denken könne. Mit Genugtuung bezieht er sich auf eine Stelle der Regierungserklärung, in der die freundschaftlichen Gefühle Deutschlands für Amerika und Rußland betont werden. Die ist also auf deutschnationales Betreiben hineingekommen, und sie ist auch danach! Es wird in den Vereinigten Staaten wahrhaftig keinen glänzenden Eindruck machen, daß man sie zusammen mit Sowjetrußland gegen die europäischen Weststaaten als Gegengewicht auszuspielen sucht.

Westarps Rede verfolgte offensichtlich den taktischen Zweck, die Opposition in der eigenen Partei zu beschwichtigen. Den hat sie nicht erreicht, denn vom Flügel der wilden Männer sah man, während er sprach, keinen einzigen im Saal. Es war offenbar ein organisiertes und demonstratives Fernbleiben. Bei den Bürgerblockgenossen, Zentrum und Volkspartei, hat diese Rede aber wie eine Bombe eingeschlagen.

Man sah Stresemann erregt auf den neben ihm stehenden Hergt und Hergt wieder lebhaft gestikulierend auf Stresemann einreden, so daß aus den Reihen der Sozialdemokratie der Ruf erscholl: „Aufgepaßt, bald werden sie sich hauen!" Man hörte die Rufe Wirths: „Meine Herren, nehmen Sie die Watte aus den Ohren!" Oder — bei der Stelle über die Ostbefestigungen —: „Herr Reichskanzler, das geht gegen Sie!" Aber auch weiter rechts stehende Zentrumsleute zeigten wachsende Unruhe: „Wir reden auch noch!" wurde von ihnen dem deutschnationalen Sprecher zugerufen.

Das Kabinett und die Regierungsfraktionen beschäftigten sich nachher mit der Rede Westarps und ihren Wirkungen. Das Zentrum erhob beim Kanzler Vorstellungen, die der Finanzminister Köhler lebhaft unterstützte. Nun soll der Sprung heute wieder geleimt werden durch eine Erklärung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die Abg. Lejeune-Jung abgeben und der eine Erklärung des Reichskanzlers folgen soll. Auch der Zentrumsvorsitzende v. Guérard will sich noch, wie es heißt, mit Westarp auseinandersetzen.

Was sonst aus dem Regierungslager zu melden ist, ist nebensächlich. Herr Drewitz von der Wirtschaftspartei will abwarten. Herr Scholz von der Volkspartei zog sich vorsichtig aus der Schußlinie zurück, indem er eine höchst langweilige Rede hielt. Als er zu Ende war und Heckert das Wort ergriff, gingen nur noch wenige hinaus, dann war das Bild der völligen Leere, wie man es bei kommunistischen Reden gewohnt ist, hergestellt.

Die Opposition konnte dem ganzen Schauspiel, das sich im Lager des Bürgerblocks darbot, mit Hohnlachen zusehen. Für sie hat Genosse Hermann Müller eine Rede gehalten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Dennoch wird man diesmal den Ruhm, das meiste zur Erschütterung der neuen Regierung beigetragen zu haben, nicht dem Führer der stärksten Oppositionspartei, sondern dem Führer der stärksten Regierungspartei zuerkennen müssen.

Dem Reichstag liegen fünf Mißtrauensanträge vor, drei von den Sozialdemokraten, den Demokraten und den Kommunisten gegen die Gesamtregierung, zwei der Kommunisten gegen Marx und Geßler besonders.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag fordert, daß die Westarp-Rede — zur Aufklärung über den wahren Charakter der Deutschnationalen — im besetzten Gebiet öffentlich angeschlagen wird.

Ein kommunistischer Antrag fordert den Austritt aus dem Völkerbund.

Abgestimmt wird wahrscheinlich am Sonnabend.

Sie sollen sich nicht drücken!

Sozialdemokratische Interpellation über die Ostbefestigungen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft darüber zu erteilen, aus welchen Gründen sie von dem vorher eingenommenen Standpunkt, wonach die nach dem Friedensschluß erfolgten Neubauten an den Ostfestungen mit dem Artikel 180 des Versailler Friedensvertrages in Einklang zu bringen sind, abgewichen ist?"

„Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft darüber zu erteilen, ob sie der von den Deutschnationalen vertretenen Auffassung zustimmt, nach der nur das sogenannte „Rumpfkabinett" und nicht das gesamte Kabinett für den in der Kabinettssitzung vom 31. Januar 1927 bezüglich der Restpunkte gefaßten Beschluß die Verantwortung trägt?"

Die Sozialdemokratie in Opposition.

Hermann Müller gegen den Bürgerblock.

Nachdem Reichskanzler Dr. Marx im Reichstage das Programm der Regierung verlesen hatte, das wir mit der nachfolgenden Debatte in der zweite Beilage veröffentlichen, ergriff Genosse Hermann Müller das Wort, um der Bürgerblockregierung das Mißtrauen der Sozialdemokratie auszusprechen.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Der Reichskanzler hat in seiner Rede auseinandergesetzt, daß das vierte Kabinett Marx die Politik der früheren Kabinette Marx fortsetzen werde. Dazu eine Vorfrage. **Wie lange soll es dauern, bis Sie das alles durchgesetzt haben?** Es hat ja schon überaus lange gedauert, bis auch nur die Stabilisierung der Harmonie zustande gekommen ist, die den Eindruck erwecken solle, als ob die in dieser Regierung zusammengeschlossenen Parteien gemeinsam in dieser Regierung arbeiten wollen. Es sind einige unharmonische Auseinandersetzungen vorausgegangen, und zwar nicht nur um Programmpunkte, sondern ich denke dabei auch an das

Gerausche um die Ministersessel.

Erinnern Sie sich, wie oft man uns Vorwürfe gemacht hat über die Langsamkeit und die Art, wie früher Regierungen gebildet worden sind! **Aber solche Szenen, wie wir diesmal erlebt haben, sind doch früher noch nie dagewesen.** (Sehr wahr links.) Die Deutschnationalen haben sogar darüber abgestimmt, wer Minister werden solle und die „Deutsche Tageszeitung" hat ausgerechnet, daß die Deutschnationalen Anspruch auf fünf Ministersitze hätten, weil sie ihrer Stärke nach 44 Proz. der Regierungskoalition ausmachten. (Heiterkeit.) Damit sind Sie ja nicht durchgekommen. Aber immerhin haben ausgerechnet die Deutschnationalen von der „jüdischen" Prozentrechnung Profit ziehen wollen. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Schuld der Volkspartei.

Wenn entgegen zu den bisherigen Traditionen des Zentrums seit 1919 diese Regierung doch gebildet worden ist, dann wollen wir doch feststellen, daß das in der Hauptsache Schuld der Deutschen Volkspartei ist. (Sehr wahr links.) In der Erklärung dieser Partei vom 12. Januar 1924 wurde gesagt, daß sie Kern- und Ausgangspunkt aller bürgerlichen Volkskräfte werden wolle. Das hat Herr Scholz jetzt zu Wege gebracht, er ist der Vater dieses Bürgerblocks, bei dem er nachträglich aber wohl auch nicht viel Vaterfreude erleben wird. (Heiterkeit.) Die Liberale Vereinigung hat in einer öffentlichen Erklärung schon von der Regierungsbildung vor Gefahren gewarnt, die dem deutschen Volke aus dem Konkordat drohten. Das hat die Deutsche Volkspartei noch von der alten Nationalliberalen Partei geerbt, von der sie sonst alle alten Möbel über Bord geworfen hat.

Die Volkspartei ist jetzt wohl der Ausgangspunkt des Bürgerblocks, aber sein Kern wird sie nicht sein in der Vereinigung zwischen Deutschnationalen und Zentrum. (Sehr wahr! links.)

Diese Regierung wird allen schönen Erklärungen zum Trotz nicht die alte Regierung Marx, Stresemann, Geßler sein, aus der seinerzeit die Deutschnationalen austraten.

In der **Außenpolitik** wird sich freilich nicht viel ändern, da werden auch die Deutschnationalen keine Bäume ausreißen. Bei den Verhandlungen über die Militärkontrolle hätte eine andere Regierung auch nicht mehr erreicht und es wird niemand gelingen, zu beweisen, daß das durch den Eintritt der Deutschnationalen geschehen werde. Der Redner erinnert an einen Artikel des deutschnationalen Kassenwarts, des Abgeordneten Hugenberg im „Tag" vom Januar 1926, wonach zwischen der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei eigentlich kein Unterschied sei, als daß die letztere von Stresemann geführt werde, die erstere nicht. Später wurde vor Stresemann gewarnt, als dem Unglück des deutschen Bürgertums. Jetzt ist auch dieser Unterschied verschwunden, **jetzt werden beide Parteien von Herrn Dr. Stresemann geführt und er braucht nicht einmal etwas von seinem Nobelpreis dafür abzugeben.** (Stürmische Heiterkeit.)

Die Schwenkung des Zentrums.

Zweifellos hat der Reichskanzler Dr. Marx eine Schwenkung vorgenommen, wobei ich ihm gewiß subjektiv den besten Glauben zubillige, aber objektiv liegt die Sache doch anders. Wenn seine Partei aus irgendwelchen Gründen geglaubt hat, eine so große Schwenkung nach rechts vornehmen zu müssen, so hätte der Reichskanzler im Gedenken an seine eigene Vergangenheit und seine wiederholten eigenen Erklärungen das Steuer einem anderen überlassen müssen. Es hätte völlig genügt, wenn dieses Kabinett einen Vizekanzler gehabt hätte, der sagte: Hier stehe ich, ich kann auch anders. (Stürmische Heiterkeit.)

Das Zentrum ist **Schritt für Schritt vor der Deutschen Volkspartei zurückgewichen** und hat dabei die Linie verlassen, die es seit 1918 ununterbrochen innegehalten hat. Das Zentrum ist im Laufe der letzten Jahre allmählich aus einer Verfassungspartei zu einer republikanischen Partei geworden. Die Beschlüsse des Zentrums waren bisher wesentlich beeinflußt worden durch die Haltung der Arbeiter im Zentrum. Der Abg. Stegerwald hat in Köln erklärt:

„Je weiter wir uns von der Revolution entfernt haben, desto kecker und frecher ist die Reaktion hervorgetreten. Unter allen Umständen muß eine katastrophale Entwicklung verhindert werden."

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung" hat noch im Dezember ausgeführt, daß ein Zusammengehen mit der rückwärts drängenden Kraft der Deutschnationalen Partei eine politische Unmöglichkeit sei. Was aber Herrn Stegerwald und der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" im Dezember noch unmöglich schien, ist jetzt durch die Beschlüsse der Zentrumsfraktion möglich geworden. Und warum? Ehe eine Rechtsregierung kommt, so sagte Stegerwald, sei die Auflösung des Reichstags vorzuziehen.

Aber das Zentrum wollte die Auflösung vermeiden,

obgleich die Deutsche Volkspartei und die anderen Regierungsparteien viel mehr Furcht vor einer Auflösung haben müßten, weil sie bei Neuwahlen die schwersten Verluste erleiden würden. Auch die Deutschnationalen fürchten die Auflösung, denn sie haben immer noch mit der Rache der betrogenen Sparer zu rechnen. Das Zentrum kann durch ein noch so gut stilisiertes Manifest den Eindruck nicht verwischen, den es durch seine Schwenkung hervorgerufen hat. (Sehr richtig b. d. Soz.) Wenn in England, dem Mutterlande des Parlamentarismus eine derartige grundlegende Aenderung in der Regierungszusammensetzung stattgefunden hätte, so wäre der Appell an die Wählerschaft eine Selbstverständlichkeit gewesen. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben und wir werden uns in wenigen Monaten wieder darüber sprechen und dann Abrechnung halten. (Sehr richtig b. d. Soz.)

Regierungskurs und Deutschnationale.

Der Reichskanzler hat heute zu Beginn seiner Rede auseinandergesetzt, daß er gewillt sei, den alten Kurs weiterzusteuern. Er hat an die Spitze der Kasse seinen Freund Köhler gesetzt. Wir schätzen Herrn Köhler sehr, er hat sich noch bei der Enthüllung des Frank-Denkmals zur Republik bekannt. Wenn wir die Ueberzeugung hätten, daß alle Minister auf dieser Bank auf dem republikanischen Boden ständen, so könnten wir vielleicht etwas Vertrauen zu ihnen haben. Wir haben es aber nicht, und wir sehen mit einer gewissen Sorge Herrn Köhler neben den deutschnationalen Ministern sitzen. Unbegreiflich bleibt mir immerhin, wie ausgerechnet ein Mann, wie der Abg. Graef, der in den Jahren 1910 bis 1912 neben dem Herrn Liebermann v. Sonnenberg gesessen hat, sich jetzt dazu gedrängt hat, Justizminister in dieser Judenrepublik zu werden. (Stürmische Heiterkeit, Lärm rechts.) Das entscheidende dabei ist aber folgendes:

Bisher ist eine solche Demütigung einer Partei, wie es im Falle Graefe gewesen ist, noch nicht vorgekommen. (Lebhafte Zustimmung link.)

Wenn sich die Deutschnationale Volkspartei das gefallen ließ, dann kann man erkennen, von welchem Machthunger diese Partei beseelt ist. Es wird sich ja bald zeigen, warum die Deutschnationalen in diese Regierung gegangen sind, und was sie für die Kreise herauszuholen versuchen werden, die hinter ihnen stehen. Einer Reihe von Punkten, die der Reichskanzler hier aufgeführt hat, können auch wir unsere Zustimmung geben. Es ist uns vom Reichskanzler versichert worden, daß auch die Deutschnationalen seinen Richtlinien zugestimmt hätten. Es muß sich nun zeigen, ob diese Richtlinien nur für die Minister gelten und nicht für die deutschnationale Fraktion und wie weit sie sich in der Agitation draußen bemerkbar machen werden. Wenn es sich um ein Bekenntnis aus innerster Ueberzeugung handelte und nicht nur um ein Lippenbekenntnis, so könnte man sagen: Welche Wendung durch Gottes Fügung namentlich in der Außenpolitik! Jetzt erklären sich die Deutschnationalen damit einverstanden, was der Reichskanzler hier vorgetragen hat. Aber man darf doch daran erinnern, wie die Deutschnationalen früher zu den Fragen der Außenpolitik gestanden haben, wie sie nach dem Kriege eine Politik befürworteten, die so recht nach dem Herzen der französischen Marschälle war.

Ein aufklärender Zwischenfall.

Jetzt hören wir, daß die Deutschnationalen den bisherigen Abmachungen zustimmen, dem Londoner Abkommen und den Locarnoverträgen und daß sie auch die Rechtmäßigkeit des Zustandekommens dieser Verträge anerkennen. Vor kurzem hat man bei den Deutschnationalen das rechtmäßige Zustandekommen nicht anerkannt. Wenn man das jetzt tut, so wird man doch auch die Methoden dieser Außenpolitik anerkennen müssen.

Abg. v. Kemnitz (Dnat.) ruft: Nein!

Aha! Ein so hervorragender Diplomat, wie der Verfasser des Mexikobriefes sagt schon nein! (Lebhafte Bewegung im Hause.)

Der Reichskanzler hat erklärt, daß von Revanche keine Rede mehr sein solle. Das ist selbstverständlich. Dann sollte man aber auch nicht mehr über Elsaß-Lothringen reden, sondern die Grenzen anerkennen und ebenso, daß Elsaß-Lothringen nicht mehr auf dem Wege der Gewalt zu Deutschland zurückgeführt werden kann. Noch vor kurzem hat ja allerdings der deutschnationale Abgeordnete Freytagh-Loringhoven ausgerufen: Herr, mach uns frei! Gerade wenn man das Ziel der Befreiung der Rheinlande erreichen will, dann darf die deutsche Außenpolitik in keiner Weise in Zweifel gestellt werden.

Das gilt aber auch für die innere Politik, die jetzt von einem deutschnationalen Minister gehandhabt werden soll. Es besteht ja nicht die geringste akute monarchistische Gefahr mehr. Die Deutschnationalen begnügen sich ja schon mit dem Ersatz des Heidelberger Saxo-Borussen Domela. (Stürmische Heiterkeit.) Die Deutschnationalen haben jetzt zugegeben, daß durch die Nationalversammlung die Verfassung von Weimar ordnungsgemäß zustande gekommen ist. Sie haben ja auch alle republikanischen Symbole anerkannt. **Das sind alles außerordentlich schöne Worte, aber wir werden sehen, wie die Taten dieser Regierung sich zu ihnen verhalten werden.**

Die Einzelheiten des Regierungsprogramms.

Um ein Detail hervorzuheben: Das Ausführungsgesetz zu Art. 48 der Verfassung. In der Zeit als Friedrich Ebert Reichspräsident war, haben die Deutschnationalen dieses Ausführungsgesetz immer verlangt. Sie haben jetzt Gelegenheit, uns diesen Gesetzentwurf bald zu bescheren. Wir werden uns ansehen, wie dieses Gesetz in Wirklichkeit aussieht!

Es ist behauptet worden, daß die Deutschnationalen in den Vorverhandlungen verlangt hätten, daß in die Richtlinien eine organische Fortentwicklung der Verfassung aufgenommen werden sollte. Wir werden ja in nächster Zeit hören, was sie darunter verstehen. Wenn die Deutschnationalen heute im Gegensatz zu ihrer Flucht aus der Regierung Luther im Oktober 1925 diese Richtlinien akzeptiert haben, so deshalb, weil heute die vaterländischen Verbände, die ihnen damals Feuer unter den Frack gemacht haben, ihre wesentliche Kampfkraft eingebüßt haben. Die Deutschnationalen haben heute ihre Schwenkung vorgenommen, weil sie den Druck der Wehrverbände nicht mehr so wie im Oktober 1925 gespürt haben.

Wenn man an diese Wehrverbände denkt, so muß man wohl zugeben, daß sie in der Nähe der Reichswehr nicht das geringste zu suchen haben. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler hat sich heute auf die vier Punkte vom 16. Dezember bezogen. Es kommt jetzt aber weniger auf schöne Reden an, als auf ein scharfes Durchgreifen. Wir werden uns im einzelnen darüber bei der Beratung der Kapitel Heer und Marine beim Etat noch unterhalten. Für heute nur soviel: **Wir haben zu dem Reichswehrminister nicht das Vertrauen, daß er jetzt das nachholt, was er in 7 Jahren versäumt hat.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Summe von Mißtrauen, die sich bei uns gegen ihn angesammelt hat, ist auf das neue Kabinett übertragbar. Im übrigen scheinen ja die Tage des Herrn Reichswehrministers gezählt zu sein. Die Deutsche Volkspartei will den dritten Minister haben. **Vielleicht hilft Herr Geßler etwas nach, indem er zur Deutschen Volkspartei übertritt.**

Her mit dem Arbeitszeitnotgesetz!

In seinem sozialpolitischen Programm hat der Reichskanzler uns eine ganze Reihe von Einzelheiten vorgetragen, aber die Massen draußen warten jetzt darauf, daß bald etwas geschehe. Und das wird der Punkt sein, an dem sich bald die Geister scheiden. Hier werden die schönsten Sätze nichts helfen. Hier wird es sich darum handeln, ob die von dem Manifest des Zentrums verlangte Fortführung und Vollendung der deutschen Sozialpolitik erreicht wird. Und das wird nicht so einfach sein. Wir kennen ja die Erklärungen der Arbeitgeberverbände gegen die baldige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Sie möchten zu gerne weiter die Zeit ausnützen, in der die Arbeiter durch Furcht vor der Arbeitslosigkeit gezwungen sind, **Arbeitszeiten durchzuhalten, die sie mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit eigentlich nicht verantworten können.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die christlichen Arbeiter sind über die langen Arbeitszeiten von derselben Verzweiflung gepackt wie die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Sie brauchen nur zu lesen, was im Organ der christlichen Arbeiter, im Deutschen über die Arbeitszeit steht, über die zwölfstündige Arbeitsbereitschaft, die sich zu einer Schichtdauer auswächst und zur Regel wird. Auch der Abg. Stegerwald hat sich in einer Rede in der „Weltwirtschaftlichen Gesellschaft" über die unmenschlichen Arbeitszeiten ausgelassen, denen heute vielfach die deutsche Arbeiterklasse noch unterworfen ist. Er hat verlangt, daß die bestehenden Unzuträglichkeiten durch ein Notgesetz beseitigt werden. **Wir fügen hinzu:**

Dieses Notgesetz muß bald kommen und das Washingtoner Abkommen muß bald ratifiziert werden.

(Sehr richtig links!) Der Reichsverkehrsminister Koch, der zu den Arbeiterabgeordneten der Regierungsparteien gehört, hat auf dem letzten Parteitag der Deutschnationalen auseinandergesetzt, als er von dem Elend der Arbeitslosen sprach, daß diese mit 21 M. Unterstützung nicht durchkommen können. Und weiter erklärte er:

„Als gute Christen, die wir doch in unserer Partei sein sollen, müssen wir unser Brot mit den Hungernden teilen. Ich richte an die Parteifreunde die Mahnung: Seid nicht nur kalte Rechner, sondern seid Menschen, die gern den Menschen helfen wollen, seid Christen der Tat!"

Wir werden ja bald sehen, was die Bürgerblockregierung für die Arbeiter getan hat und was die Kapitalisten durch sie in ihre Scheuern gebracht haben. Wir werden uns ja auch mit den Herren Großgrundbesitzern auseinandersetzen müssen über unseren Antrag auf Suspendierung der Roggenzölle bis zum 30. Juni d. J. wegen des unerhörten Steigens der Roggenpreise und wegen der Verschlechterung der Ernährung, die die Preissteigerung zur Folge haben muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sehen in dieser Regierung eine Bürgerblockregierung. Der Reichspräsident von Hindenburg hat den Reichskanzler ersucht, eine Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien zu bilden.

Hie bürgerliche Parteien, hie Arbeiterklasse! Das ist die Terminologie von Karl Marx, es scheint also, daß der Marxismus noch Fortschritte macht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Lambach hat neulich in der politischen Wochenschrift darauf aufmerksam gemacht, daß ein Drittel aller Reichsangehörigen zum Bürgertum im weitesten Sinne und zwei Drittel zur Arbeitnehmerschaft zu rechnen sind. Er führte weiter aus, daß die bürgerlichen Parteien an Wählern und Einfluß verlieren würden, wenn die Arbeitnehmer bei den Vertretern der anderen Berufsstände auf kalten Klassenegoismus stoßen. Nun, wir werden ja bei mehr als einer Gelegenheit sehen, wie sich der Klassenegoismus der Besitzenden zeigen wird.

Der Reichskanzler hat auch kurz von der Wohnungsfrage gesprochen. In dem Manifest der Zentrumspartei hieß es darüber: Schrittweise Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft und dazu als Ergänzung: die unvermeidliche Heraufsetzung der Mieten soll durch entsprechende Löhne und Gehälter ausgeglichen werden. Auf dem Wege der Gesetzgebung ist aber eine Erhöhung der Löhne und Gehälter schwer zu erreichen. Es darf also erst an eine Heraufsetzung der Mieten gedacht werden, wenn die Löhne und Gehälter erhöht sind. Solange das nicht geschehen ist, dürfen Sie (zum Zentrum) der Heraufsetzung der Mieten nicht zustimmen.

Die Arbeiter aller Schichten und aller Parteien fürchten vor allen Dingen auch, daß sie unter der neuen Regierung nicht das Maß von politischer Gleichberechtigung erhalten, das ihnen zusteht. Ich erinnere daran, daß der Kandidat der christlichen Arbeiter in Köln nicht Regierungspräsident werden durfte. Glauben Sie, daß nach dieser Regierungsbildung dieser Fall ein einziger bleiben wird? Die Sozialdemokratische Partei wird jedenfalls alle Kraft daran setzen, daß den Arbeitern, Angestellten und Beamten die formale Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier der Verfassung steht, sondern, daß sie in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Wir Sozialdemokraten haben die Verfassung dieses Staates mitgeschaffen.

Wir sind stolz darauf, daß es gelang, durch das Werk von Weimar den deutschen Staat gegen die Zerreißungsabsichten der Ententemilitärs zu retten.

Wir haben uns mit aller Kraft dagegen gewehrt, daß in diesem Staat der Arbeiter, wie einst im Obrigkeitsstaat, nur als Objekt der Gesetzgebung gewertet wird. Nein, er soll auf allen Gebieten Subjekt der Gesetzgebung sein. Wir sind auch in der Opposition gewillt, positiv für diesen neuen Staat, den wir mitgeschaffen haben, einzustehen. Wir waren zur Mitarbeit an der Regierung dieses Staates bereit. Man hat unter dem Druck des Besitzbürgerblocks unsere Bereitschaft zurückgewiesen. Man hat dafür eine Partei, die bisher in ihren Reihen die gehässigste Bekämpfung der Republik geduldet hat, in diese Regierung aufgenommen. **Wir haben gegen die Einbeziehung dieser Partei in die Regierung die schwersten Bedenken und wir werden das auch verfassungsmäßig zum Ausdruck bringen.** Wir wünschen dieser Regierung, das sage ich ganz offen, ein baldiges Ende. Je länger sie aber leben wird, desto mehr wird unser Weizen blühen.

Bis aber diese Regierung ihr Ende finden wird, werden wir unermüdlich kämpfen um die soziale Ausgestaltung der deutschen Republik. (Stürmischer Beifall b. d. Soz.)

Auf der Rotehorn-Insel.

Ein Ausblick auf die Deutsche Theaterausstellung.

(Sonderbericht des „Vorwärts".)

Magdeburg, 3. Februar.

Die Deutsche Theaterausstellung Magdeburg, hübsch übersichtlich aufgebaut, ist vorläufig noch mit wenigen Schritten zu umschreiten — denn sie steht als Modell im Rathaussaal der Stadt Magdeburg. In grünem Plastilin, von blauen Flecken — dem Adolf-Mittag-See und der Elbe — begrenzt, ist die Rotehorn-Insel dargestellt, und fix und fertig erheben sich darauf alle Gebäude, die einmal die äußere Schale der Theaterausstellung abgeben sollen.

In der Wirklichkeit ist freilich noch nicht allzu viel davon vorhanden, d. h. das Gelände ist da, die Anlagen auf der Rotehorn-Insel. Im Sommer sicher sehr schön, wahrscheinlich sogar bei Frostwetter sehr schön, bei Regenwetter aber peinlich plastilin-ähnlich. Was man an den Schuhen davon heimbringt, bestätigt fast vergessene Schulweisheit: Magdeburg steht auf ausgezeichnet fruchtbarem Lehmboden. In diesem Lehmboden wird gegraben, fundamentiert (stellenweise ist man sogar schon weiter), um der Theaterausstellung Haus und Hof zu schaffen. Denn ein richtiger, gutumschlossener Hofplatz ist gewissermaßen als auditorium maximum vorgesehen. Angedeutet wird er vorläufig durch die von Taut für die „Miama", die Mitteldeutsche Ausstellung Magdeburg erbauten Hallen, die für die Theaterausstellung übernommen und nur im Innern entsprechend umgestaltet werden. Ein Turm soll sich als Wahrzeichen der Ausstellung am Haupteingang sechzig Meter hoch erheben. Gegenwärtig ist davon eine Betondecke mit neunundachtzig eingerammten Pfählen und einigem anderen Zubehör sehr unterirdisch vorhanden. Aber man hat ausgerechnet, daß der Turm in etwa zwei Monaten fertig ist, wenn er täglich einen Meter wächst — und da kein Einsichtsvoller gegen diese Rechnung etwas einwenden kann, kann man ja darauf hoffen, daß die Theaterausstellung Magdeburg 1927 — Mai-September — nicht mit allzu großer Verspätung beginnt. Freilich gibt es da noch andere Bauten, für die aber hoffentlich die Magdeburger Rechenkunst auch schon eine einwandfreie Lösung hat: die Stadthalle, deren Struktur trotz Modell und Grundrissen noch nicht klar ersichtlich ist, da der Grundbau auf Anbauten berechnet ist; dann eine Versuchsbühne, ein Freilichttheater, Ergänzungsbauten, Tore und Zufahrtsstraßen. Die Rotehorn-Insel ist ein ideales Ausstellungsgelände, geräumig, frei gelegen und doch unmittelbar an der Stadt, die ihre Hauptverbindungsstraße mit der Insel in der Ebertbrücke hat. Die fertige Ausstellung wird sich also äußerlich sicher ebenso nett und freundlich präsentieren wie ihr Modell im Magdeburger Rathaussaal.

Was aber wird ihr Kern sein? Es ist viel, sehr viel versprochen, und wenn nur fast alles erfüllt wird, so darf man zufrieden sein. Vor allem sei das Wort des Ausstellungsprospektes zitiert: Die deutsche Theater-Ausstellung 1927 hat sich das Ziel gesteckt „Gegenwart zu zeigen statt Vergangenheit! Eine Ausstellung zu werden, kein Museum!" Das ist ein guter und erfreulicher Leitsatz. Auch dort, wo Historisches geboten wird — und natürlich kann eine Theaterausstellung auch das nicht vernachlässigen, darf es nicht nach Mumien und Königsgräbern riechen, sondern das Lebendige der Kunst kann und wird sich auch hier in den Vordergrund stellen lassen. Interessantes wird überreich vorhanden sein aus vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten wie aus der Gegenwart, Rosinen, um die sich das Publikum reißen wird. Aber daneben wird es anderes geben, wichtigeres: die Formulierung des Theaters als Kulturfaktor — bitte nicht als Kulturaufgabe! — als die Kunstform, die die stärkste Fühlung mit dem Publikum besitzt, die daher der stärkste Kunstausdruck ihrer Zeit — auch in negativem Sinne — ist.

Große Theatervereinigungen und Verbände, darunter die Volksbühne, wollen die Ausstellung beschicken und auch ihre Tagungen im Rahmen der Ausstellung abhalten. Auch damit wird das Gegenwärtige, Lebendige der Theaterkunst hoffentlich eine erfreuliche Betonung erfahren.

Trude E. Schulz.

Ein Fünfundachtzigjähriger.

Georg Brandes, der berühmte dänische Literaturhistoriker, feiert heute seinen 85. Geburtstag. Von seinen Werken dürfte in Deutschland am meisten bekannt sein die „Hauptströmungen der Literatur des 19. Jahrhunderts" und sein „Goethe". Als politischer Schriftsteller darf Brandes wohl als eine der markantesten Persönlichkeiten des westeuropäischen Liberalismus bezeichnet werden, aber gerade infolge dieser Einstellung konnte er der deutschen Politik, ihrer Art und ihren Notwendigkeiten selten ganz gerecht werden. Ueber die nordschleswigsche Frage schrieb er vor dem Kriege eine sehr anfechtbare deutschfeindliche Broschüre, während er sich im Kriege bemühte, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen, zur großen Enttäuschung seiner vielen Freunde und Bewunderer in Westeuropa. Nach dem Kriege beschäftigte er sich vor allem mit der Geschichte des Urchristentums. Die Früchte dieser Arbeit sind die drei Werke „Die Sage von Jesus", „Paulus" und „Urchristentum".

In einem vor einigen Tagen im Kopenhagener „Socialdemokrat" erschienenen Artikel „Bismarck und die Sozialdemokratie seiner Zeit" berichtet Brandes von einer Begegnung, die er im Jahre 1891 mit Bebel gehabt hat. Dabei teilt er folgendes aus der sehr interessanten und bezeichnenden Unterredung mit: Bebel habe ihn gefragt, ob er denn an gar nichts glaube und Brandes antwortete darauf: „Verzeihung, ich glaube fürs erste ganz fest an die menschliche Dummheit und sodann an die Langsamkeit der Entwicklung und die Möglichkeit geschichtlichen Niederganges und Rückschrittes." Zwanzig Jahre später traf Brandes Bebel wieder und das Gespräch kam auf jene Unterhaltung zurück. Bebel, der (wie Brandes schreibt) in den neunziger Jahren davon überzeugt war, daß in wenigen Jahren der Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft und die sozialistische Revolution kommen würden, ließ seine Enttäuschung über den langsamen Gang der Entwicklung merken, worauf ihm Brandes erwiderte: „Sie haben es in der Zwischenzeit weiter gebracht als ich. Sie haben 20 Millionen Menschen, 4 Millionen Wähler hinter sich. Sie sind von Sieg zu Sieg geschritten. Ich dagegen werde in verschiedenen Ländern von höchstens einigen tausend gelesen." Bebel antwortete — „mit seiner Höflichkeit und mit einer Wendung", sagt Brandes, „die mich im Munde dieses volkstümlichen Agitators überraschte" —: „Sie haben vielleicht keine so große Zahl hinter sich wie ich, aber wer weiß, ob Sie nicht auf diese andere Weise ebenso viel Einfluß haben können. Sie haben auf die Offiziere eingewirkt, ich auf die Gemeinen. Niemand von uns kann sehen, was mehr bedeutet."

„Studienstiftung des deutschen Volkes." In einem Erlaß des preußischen Kultusministers werden die Provinzialschulkollegien erneut auf die bei der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft in Dresden bestehende „Studienstiftung des deutschen Volkes" hingewiesen, die besonders für begabte Abiturienten, denen die Mittel fehlen, das Studium zu ermöglichen, bestimmt ist. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt, bietet die Wirtschaftshilfe neben ihren besonderen Fürsorgeeinrichtungen für die höheren Schulen die Möglichkeit planmäßiger Begabtenförderung über die Schule hinaus. Neben der Vergebung von Schulgeldbefreiung und Erziehungsbeihilfen kann die höhere Schule einzelne ganz besondere Begabungen der Studienstiftung empfehlen und ihnen so unter Umständen das Studium erst ermöglichen. Der Minister ersucht die Provinzialschulkollegien, dem Problem wirksamer Begabtenförderung im allgemeinen, wie den besonderen Aufgaben der Studienstiftung bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und innerhalb der höheren Schulen Verständnis dafür zu erwecken. Die Möglichkeit, sich näher über die Wirtschaftshilfe und ihre Einrichtungen zu unterrichten, gibt das von ihr herausgegebene Jahrbuch und eine seit Herbst v. J. vierteljährlich erscheinende Zeitschrift; beide sollen bei sich bietender Gelegenheit auch den Schülern der Oberprima zugänglich gemacht werden.

Auch die persischen Kronjuwelen ... Aus Paris wird gemeldet, daß dortige Juweliere aufgefordert worden sind, die persischen Kronjuwelen nach ihrem heutigen Marktwert zu taxieren. Die neue persische Regierung hat beschlossen, den Juwelenschatz der entthronten Schahfamilie auf den Markt zu bringen und hofft, darauf einen Erlös von etwa 1 Milliarde Franken zu erhalten, der den Grundstock des Kapitals einer neuen Staatsbank bilden soll.

Der Jugend- und Männerchor Harmonie in Charlottenburg veranstaltet am Sonntag, 7½ Uhr, in der Hochschule für Musik unter Leitung von Max Schaarschmidt ein den „Stimmen der Völker in Liedern" gewidmetes Konzert.

Spielplanänderung. In der Städtischen Oper werden am 13., vorm. 11½ Uhr, „Die Perser" gegeben.

Senk Al'ahesa wird am 13., mittags 12 Uhr, in der Komödie nach langjähriger Abwesenheit von Berlin in neuen Tänzen auftreten.

Im Deutschen Lyzeum-Klub, Lützowplatz 8, findet eine Kollektivausstellung älterer und neuerer Bilder von Käthe Münzer-Neumann statt. Plastik: Frieda Binckelmann.

Hugenbergs Begleitmusik.

Wie er den Schutz der Reichssymbole auffaßt.

Im Reichstag erklärte der Kanzler des Bürgerblocks im Namen der Regierungsparteien:

Es ist der feste Wille der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und die Ehre unserer geltenden Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihrer Organe und ihrer Reichsfarben, wie sie in Artikel 3 der Reichsverfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten.

Zur gleichen Stunde, da diese Worte verlesen wurden, ließ der deutschnationale Abgeordnete Hugenberg, Mitglied des Rechtsblocks, durch seinen „Lokal-Anzeiger" die Reichsfarben Schwarzrotgold in dieser Weise verhöhnen:

Ueber den Vierecktürmen des ziganten (??) Wallothauses wehen die schwarzrotgelben Fahnen. Die Farben sind in der dunstigen Luft des Februarmittags kaum erkenntlich. Und das Fahnentuch ist so überaus spärlich bemessen. Das Aufziehen dieser Flaggen bei Reichstagssitzungen sollte ein Bekenntnis zur Republik bedeuten — in der Ausführung wirkt es eher, als ob man sich ein wenig schämte. Das darf nicht sein. Wenn schon, denn schon. Glaubt ihr in der deutschen Republik ohne deren Symbole in vierfacher Ausfertigung auf dem Reichstagsgebäude nicht auskommen zu können, dann seid etwas generöser in der Stoffbemessung. Eure Sache? Ach nein, ein wenig unser aller Sache. Unser aller Sache, wenn es so aussieht, als ob der Staat, dessen Bürger wir doch nun einmal sind, sich selbst nicht so recht zu sich zu bekennen traute. . . .

Nun ist zweifellos dem Rechtsblockbürger Hugenberg aus seiner Abgeordnetentätigkeit hinlänglich bekannt, daß der Reichstag zwei Arten von Reichsfahnen zu hissen pflegt: Bei gutem Wetter große Fahnen, bei regnerischem kleine Ständer. Für den Besitzbürgerblock, der gestern seine Regierung dem Reichstag und dem Volke vorstellte, ist nun aber sehr „dicke Luft", ausgesprochen schlechtes politisches Wetter! Deshalb war es nur recht, wenn die kleinen Ständer in Schwarzrotgold aufgezogen wurden. Das neue Regierungsorgan, der „Lokal-Anzeiger", verlangt zwar „mehr Stoff", kennt aber die auch von ihm zu „schützenden" Reichsfarben immer noch so wenig, daß er „gold" mit „gelb" verwechselt. Das mag zwar in der Neuheit seiner republikanischen Ueberzeugung begründet sein, wirkt jedoch wie ein demonstrativer Versuch, zu erproben, wie weit die Ehrlichkeit der Hugenberg-Partei in ihren Versprechungen geht, die wirklichen Reichsfarben zu ehren und zu schützen.

Külz als Vorbild.

v. Keudell stellt sich vor.

Die Vollsitzungen des Reichsrats werden vom Reichsinnenminister geleitet. Das war bisher der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Külz. Sein Nachfolger ist der deutschnationale Reichstagsabgeordnete v. Keudell. Er stellte sich gestern dem Reichsrat vor und führte dabei u. a. aus:

„Die meisten von Ihnen werden den mit dem parlamentarischen System unvermeidlichen raschen Wechsel unter den Ministern mit gemischten Empfindungen begleiten. Jedoch scheint mir eins nach der Staatsumwälzung nicht geringer, sondern, wenn ich so sagen darf, noch bedeutungsvoller geworden zu sein, nämlich die Möglichkeit persönlicher Betätigung, und wenn ich insofern es als meine erste Aufgabe betrachte, die persönlichen Beziehungen zu Ihnen zu pflegen, so darf ich mich in dieser Beziehung ja heute zunächst meinen Amtsvorgängern entsinnen, dessen große Verdienste zu würdigen hier an sich für mich nicht der Ort ist. Das ist an anderer Stelle geschehen. Aber in der Pflege der persönlichen Beziehungen zu den Mitgliedern des Reichsrats drängt es mich auszusprechen, daß er mir Vorbild sein wird, und ich hoffe, wenn ich erkläre, in seinem Sinne handeln zu wollen, daß ich mich der vertrauensvollen Unterstützung von Ihnen allen zu erfreuen haben werde. In diesem Sinne darf ich bitten, meine Begrüßungsworte aufzufassen."

Der Vertreter Preußens erwiderte die Begrüßungsworte v. Keudells. Der Reichsrat beschäftigte sich im übrigen mit Kleine Vorlagen.

Wie wählen die Frauen?

Beobachtungen bei den Thüringer Wahlen.

Bei den Landtagswahlen in Thüringen wurde in einigen Orten die Wahl getrennt nach männlichen und weiblichen Wahlberechtigten. Uns liegen zurzeit die Ergebnisse aus Eisenach und aus Apolda vor. Danach stellte sich die Beteiligung der Geschlechter für die hauptsächlich in Betracht kommenden Parteien folgendermaßen:

Eisenach:

Einheitsliste	3800 Frauen,	2689 Männer
Sozialdemokraten . . .	3827 „	3926 „
Kommunisten	1236 „	1211 „

Apolda:

Einheitsliste	2318 Frauen,	2089 Männer
Sozialdemokraten . . .	1832 „	1855 „
Kommunisten	422 „	691 „

Es zeigt sich auch hier wieder die schon früher beobachtete Erscheinung, daß die reaktionären Parteien ihre stärkste Stütze noch immer bei den Frauen haben, denen sie beharrlich das Wahlrecht verweigerten, als sie noch an der Macht waren. Bei der Sozialdemokratie hingegen, die den Frauen das Wahlrecht gab, halten sich beide Gruppen ungefähr die Wage, wenn auch das Gewicht der Männerstimmen bei dem Wettkampf noch immer sich als schwerer zeigt als das der Frauen.

Schattendorf im Nationalrat.

Debatte über Burgenland und Ungarn.

Wien, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Nationalrat stellten die Sozialdemokraten die dringliche Anfrage wegen der Mordtat in Schattendorf, ob die Regierung bereit sei, mit aller Energie die Schuldtragenden zur Verantwortung zu ziehen und die Frontkämpfer-Ortsgruppe im Burgenland, die nicht nur zu einer Gefahr für Ruhe und Ordnung, sondern auch zu Trägern einer hochverräterischen Bewegung gegen die Sicherheit der Republik geworden sei, aufzulösen.

Bundeskanzler Dr. Seipel verlas zunächst einen langen Bericht der Landesbehörde des Burgenlandes und einen Bericht über die bisherige Untersuchung. Er fügte hinzu, daß die Regierung alles tun wolle, damit die Tat gesühnt werde. Es handle sich um eine individuelle Tat, Beziehungen zwischen den Tätern und der ungarischen Regierung oder ungarischen politischen Persönlichkeiten bestehen nach Auffassung des Bundeskanzlers nicht.

Im Verlauf der Debatte über die Anfrage erklärte Dr. Renner (Soz.), die christlich-soziale Regierung gebe die österreichischen Interessen im Burgenlande preis, aber „das Burgenland gehört uns und bleibt bei uns kraft des Völkerbundes, kraft der Wirtschaftsnotwendigkeit, kraft der nationalen Zugehörigkeit und kraft der Demokratie, die das burgenländische Volk frei gemacht hat, so daß es glücklich ist, frei zu sein vom ungarischen Joch!"

Eine weitere Anfrage unserer Genossen handelt von der Verfolgung der Deutschen in Südtirol. Es wird darauf verwiesen, daß der Rechtsanwalt Dr. Noldin als alter Führer der Deutschen in Südtirol verhaftet und verschickt wurde, ferner daß Dr. Nicolassi und Kononikus Reuitt verwarnt worden sind. Der Bundeskanzler wird gefragt, ob er bereit ist, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes darauf zu lenken, wie die faschistische Gewaltherrschaft in Südtirol gegen die Deutschen wüte.

Terror der Hochschulbuben.

Wien, 3. Februar. (WTB.) In der Universität kam es heute zu Schlägereien zwischen sozialistischen und deutschnationalen Studenten. Die Sozialisten hatten Flugblätter verteilt, in welchen gegen die Vorgänge im Burgenland und gegen die Errichtung von Schießständen an der Universität protestiert sowie die Schaffung eines allgemeinen deutschen Studentenrechts verlangt und die Studentenschaft zum Kampfe für dieses Programm aufgefordert wird. Die deutschnationalen Studenten wollten die Verteilung der Flugblätter verhindern, was zu Schlägereien zwischen den beiden Gruppen führte. Die Sozialisten wurden schließlich aus der Aula herausgedrängt und nahmen auf der Rampe Aufstellung, von wo sie dann zum Parlament zogen. Die Deutschnationalen zogen ihnen nach, und es kam im Rathauspark zu neuen Zusammenstößen. Dann kehrten die Deutschnationalen zur Universität zurück, besetzten die Rampe, wo sie Reden hielten und Lieder sangen. Die Polizei, die bei den Raufereien im Rathauspark eingeschritten war, nahm einige Arretierungen vor. Mehrere Studenten erlitten Verletzungen durch Stockhiebe.

Meuterei in Portugal.

Belagerungszustand über das ganze Land.

Lissabon, 3. Februar. (WTB.) Amtlich wird mitgeteilt, daß ein Teil der Garnison von Porto sich erhoben habe, der größere Teil der Truppen aber der Regierung treugeblieben sei. Die Regierung sei die Herrin der Lage; als Vorsichtsmaßregel sei über ganz Portugal der Belagerungszustand verhängt worden. In Lissabon herrscht absolute Ruhe. Nach einer nichtamtlichen Meldung sollen etwa 1000 Infanteristen und Artilleristen an der Aufstandsbewegung beteiligt sein.

Das blutige Neujahrsfest in Hankau.

Der Bericht der Kuomintang.

Wir erhalten von dem „Internationalen Korrespondenzbureau" der Kuomintang in Wuchang folgenden, vom 6. Januar datierten Bericht.

Der Anfang des neuen Jahres sollte diesmal für die unter dem Namen Wu-Han vereinigte Dreistadt Wuchang-Hankau-Hanyang (mit einer Gesamtbevölkerung von rund 2,5 Millionen) eine dreifache Bedeutung als Festzeit bekommen. Hatte man nämlich seit der Revolution in China den westländischen Kalender angenommen und den Beginn des neuen Sonnenjahres vom 1. bis 3. Januar gefeiert, so war diesmal von amtlicher Seite und von zahlreichen Vereinigungen beschlossen worden, gleichzeitig die Verlegung der Volksregierung in das Herz Chinas und den Sieg der nationalrevolutionären Armee festlich zu begehen, und zwar so, daß das Volk die Bedeutung der Feier erfassen möge. Umzüge und Inschriften sollten diesem Zwecke dienen; vor allem aber hatten es die einzelnen Abteilungen der Nationalen Volkspartei (Kuo Mintang) und die Propaganda-Abteilung der Politischen Zentralschule übernommen, Redner auszusenden, die an öffentlichen Orten der drei Städte zum Volke sprechen sollten.

So standen am 2. Januar, nachmittags 3 Uhr, einige Redner auf improvisierten Bühnen auf chinesischem Gebiet vor dem zwischen der Chinesenstadt Hankau und der englischen Niederlassung belegenen chinesischen Zollamt und sprachen zu einer immer mehr anwachsenden Volksmenge, die in festlicher Stimmung und musterhafter Ordnung zuhörte.

Hier glaubte der englische Konsul nun eine besonders günstige Gelegenheit zu haben, das friedliche chinesische Volk herauszufordern und anzugreifen: Soldaten in voller Kriegsausrüstung mit Gewehren, Bajonetten und Stahlhelmen wurden aufgeboten, Gräben und Barrikaden hergerichtet, mehr als zehn Maschinengewehre in Stellung gebracht, und es wurde der Anschein erweckt, daß die Engländer jeden Augenblick zum

Angriff auf die unbewaffneten, festlich gestimmten Chinesen übergehen

wollten. Doch die wohldisziplinierten Zuhörer blieben unbeweglich. Nun begannen die Engländer die Chinesen zurückzudrängen, von denen natürlich auch manche auf der zur Niederlassung gehörigen Uferstraße standen. Doch die Chinesen erkannten unschwer, daß sie durch das feindliche Benehmen der Engländer nur herausgefordert werden sollten und zogen sich ganz auf chinesisches Gebiet zurück. Sie wurden aber von den englischen Soldaten dorthin verfolgt, die mit ihren Bajonetten felge auf die wehrlose Volksmenge einstachen. Dabei wurde ein Mitglied der Seemannsvereinigung getötet, zwei der Zuhörer wurden tödlich verletzt und mehr als 30 Personen schwer verletzt.

Glücklicherweise trafen alsbald Mitglieder der Volksregierung ein, ferner Vertreter der Hankauer Parteileitung sowie der Polizeipräsident. Sie beschwichtigten ihre Landsleute durch das Versprechen, mit den Engländern in Verhandlung zu treten, und es gelang ihnen, sie zu überreden, sich zurückzuhalten, um weitere Opfer zu vermeiden. Die Menge zog sich in Ruhe und Ordnung zurück.

Es ist selbstverständlich, daß durch diese blutigen Vorgänge die gesamte Einwohnerschaft von Wu-Han in ganz außerordentlichem Maße erregt wurde. Noch am selben Abend wurden allenthalben Beratungen abgehalten, um die Ereignisse zu erörtern, und zu beraten, welche Schritte gegenüber diesen neuerlichen Herausforderungen und Grausamkeiten der Engländer zu tun seien.

Die Hankauer Parteileitung berief auf den Vormittag des 3. Januar eine Sondersitzung ein, zu der über 500 Vertreter von mehr als 200 Körperschaften erschienen. Die Versammelten beschlossen, die Kantonregierung zu einem Ultimatum an England aufzufordern. (Die einzelnen Forderungen sind im „Vorwärts" am 7. Januar veröffentlicht. Die Red.)

Am 4. Januar fand abends unter dem Vorsitz der Vertreter der Volksregierung eine von allen Seiten beschickte Vertreterversammlung statt, in der bekanntgegeben wurde, daß die Forderungen der Versammlung der Körperschaften vom Gesamtparteivorstand angenommen worden sind. Das Ministerium des Auswärtigen ist auf Grund dieser Forderungen bereits mit der englischen Behörde in Verhandlungen getreten, da in dieser Sache die Ansichten der Regierung mit den Wünschen des Volkes völlig übereinstimmen. Gleichzeitig ist auf Beschluß der Regierung von dieser ein Befehl an General Tscheng Mingtschi erlassen worden,

in der englischen Niederlassung durch zuverlässige chinesische Truppen

die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten. Die Vertreter der Regierung richteten schließlich an das Volk die Aufforderung, gute Disziplin zu wahren und Ausschreitungen zu vermeiden, damit der Erfolg der gerechten Sache des chinesischen Volkes nicht beeinträchtigt oder verzögert werde.

Die ruhige Entwicklung, welche trotz der englischen Herausforderungen und trotz des von unschuldigen Chinesen vergossenen Blutes die Dinge unter der besonnenen Leitung der chinesischen Führer bei dem friedlichen Charakter des chinesischen Volkes bis heute genommen haben, ist eine Gewähr dafür, daß die

Sicherheit der fremden Gäste Chinas im Gebiete der nationalen Regierung nicht gefährdet

ist. Nicht gegen den sogenannten Ausländer richtete sich die Stimmung des Volkes bei solchen Anlässen, nicht gegen den einzelnen Angehörigen eines fremden Staates. Dem Gesetz gegenüber sollen alle gleich sein, sollen alle die gleichen Rechte haben. Der Kampf, den die Nationale Revolution führt, richtet sich vielmehr gegen die Unterdrückung, gegen die Vertreter des Imperialismus."

Bitte fernzubleiben!

Der internationale Gemeinderat von Schanghai gegen britische Einquartierung.

New York, 3. Februar. (WTB.) Associated Preß meldet aus Schanghai, der internationale Gemeinderat habe die britischen Behörden, die Vorbereitungen für die Unterbringung der Expeditionstruppen trafen, darauf hingewiesen, daß Schanghai keine rein britische Konzession, sondern eine internationale Niederlassung sei. Es werde damit gerechnet, daß die englischen Truppen und Kriegsschiffe deshalb vorläufig zum Teil nach Hongkong und Weihaiwei gehen.

London, 3. Februar. (TU.) Wie aus Schanghai gemeldet wird, haben die britischen Truppen auf den Protest des ausländischen Konsularkorps die internationale Niederlassung in Schanghai wieder geräumt.

Vormarsch der chinesischen Südarmee auf Schanghai?

Schanghai, 3. Februar. (WTB.) Nach hier umlaufenden Gerüchten soll die Südarmee beabsichtigen, auf Schanghai vorzurücken, um die Stadt in Besitz zu nehmen, bevor die britischen Truppen eingetroffen seien.

Die Anglotruppen nach Hongkong.

London, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Innerhalb der Regierung wird jetzt, wie zuverlässig verlautet, um einen neuen Frontwechsel in der Chinapolitik, dem dritten seit vier Wochen, gerungen. Nachdem sich die Regierung darüber absolute Klarheit verschafft hat, daß Minister Tschens Weigerung, unter dem Druck der Bajonette zu verhandeln, nicht einen „orientalischen Bluff" darstellt, wie man ursprünglich angenommen hatte, scheint nunmehr die Mehrheit des Ministeriums dafür zu sein, die nach dem fernen Osten entsandten Truppen in Hongkong auszuschiffen, anstatt sie in Schanghai zu stationieren. Der Befehl an das ursprünglich nach Schanghai bestimmte Suffolk-Regiment, in Hongkong zu bleiben, kann als Vorspiel dafür bezeichnet werden, jedoch kann als sicher gelten, daß die britische Regierung eine endgültige Entscheidung nicht treffen wird, ehe sie sich in inoffiziösen Besprechungen mit Tschen darüber Sicherheit geschaffen hat, daß Tschen die Stationierung der Truppen in Hongkong nicht als Hindernis für den Abschluß der Verhandlungen betrachtet.

Das gemeinsame Chinakomitee der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften hatte am Donnerstag eine weitere Unterredung mit Außenminister Chamberlain, bei der sowohl Ramsay Macdonald wie auch Ministerpräsident Baldwin zugegen war.

Die belgische Partei für Koalitionspolitik.

Ueber Zweidrittelmehrheit für das Verbleiben in der Burgfriedensregierung.

Brüssel, 3. Februar. (Eig. Drahtb.) Die Abstimmung der Kreisverbände der Belgischen Arbeiterpartei ergab nach dem endgültigen Ergebnis: **372 000 Stimmen für, 165 000 Stimmen gegen die weitere Beteiligung der Sozialdemokratie an der Koalitionsregierung, vorbehaltlich des vom Generalrat vorgeschlagenen Regierungsprogramms bei 42 000 Stimmenthaltungen.** Die größten Mehrheiten für die Koalitionsregierung weisen Lüttich, Charleroi und Mons, die größten Mehrheiten gegen die Koalition Brüssel und Antwerpen auf; über die Hälfte aller Stimmenthaltungen entfällt auf Brüssel.

*

Dieser interessante, durch den letzten Parteitag beschlossene Versuch, die schicksalsschwere Frage der Beibehaltung oder Kündigung der Koalition durch ein Referendum aller Partei- und Gewerkschaftsmitglieder entscheiden zu lassen, hat also mit einem großen Sieg der gemäßigten Richtung geendet. Das Ergebnis bedeutet zugleich ein klares Vertrauensvotum für die parteigenössischen Minister Vandervelde, Huysmans und Joseph Wauters, die auf dem Parteitag für das Weiterbestehen der Koalition eingetreten waren, obwohl sie weitere schmerzliche Kompromisse für diesen Fall in Aussicht gestellt hatten. Sie waren von den meisten Gewerkschaftsführern lebhaft unterstützt worden, während vor allem die jüngeren Genossen entschieden für die Rückkehr in die Opposition eingetreten waren.

Der Badische Landtag wählte für den zum Reichsfinanzminister ernannten bisherigen Staatspräsidenten und Finanzminister Dr. Köhler mit 46 von 66 abgegebenen Stimmen zum Finanzminister den Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Schmitt und zum Staatspräsidenten den Justizminister Dr. Trunk.

Die Liberalen von Nicaragua haben vorgeschlagen, daß die Teilnehmer der Washingtoner Konferenz unter Kelloggs Vorsitz eine Vermittlung in der Nicaraguafrage versuchen sollen. Die konservative Regierung meldet die Gefangennahme des Kommandanten der Liberalen, Zapata, der in den letzten Kämpfen verwundet worden war.

Kein Uebergang zum Faschismus.

Eine erpreßte Erklärung.

Die Pressenachrichten des Internationalen Gewerkschaftsbundes verbreiten folgende Notiz, die vor der Veröffentlichung der Erklärung italienischer Gewerkschaftsführer verfaßt war, aber trotzdem diese Erklärung erst ins rechte Licht rückt:

Verschiedene große Tagesblätter, worunter auch der „Manchester Guardian", verbreiten in den letzten Tagen die Nachricht, daß Mussolini den Versuch macht, mit verschiedenen Führern des Italienischen Gewerkschaftsbundes (CGL.) in Kontakt zu kommen und sie womöglich zur Aufgabe ihrer oppositionellen Haltung und zur Mitarbeit in den faschistischen Gewerkschaften zu gewinnen. Verwunderlich ist dies nicht. Denn Mussolini selbst ist von der Unfähigkeit der faschistischen Gewerkschaftsführer vollkommen überzeugt und fühlt sich angesichts der äußerst ernstlichen Wirtschaftskrise, die immer schlimmere Formen annimmt und deshalb auch zu ernsten Schwierigkeiten unter der Arbeiterklasse führen kann, bei der mit Gewalt erzwungenen angeblichen „Harmonie" zwischen Arbeitern und Unternehmern seiner Sache und Organisationen wahrscheinlich nichts weniger als sicher. In der Tat hat denn auch Rossoni, der Führer der faschistischen Gewerkschaften, Baldesi und d'Aragona aufgesucht und sie unter Anbietung äußerst hoher Gehälter gefragt, ob sie Führer der faschistischen Gewerkschaften werden wollen. Beide Genossen haben natürlich das Angebot entschieden von der Hand gewiesen.

Ungefähr gleichzeitig ist im Einvernehmen mit dem IGB. definitiv beschlossen worden, den Sitz der CGL. nach dem Auslande zu verlegen, da die italienische Landeszentrale angesichts der wiederholten Zerstörung ihres Sitzes und der Verfolgung und Internierung ihrer Führer nicht mehr in Italien arbeiten kann, selbst wenn sie sich nach dem Artikel 12 des neuen Gewerkschaftsgesetzes richtet, der theoretisch ihr Existenzrecht sichert.

Dies ist die Antwort auf die Versuche Mussolinis, die CGL. durch mittelalterliche Erpressungsmethoden auf die Knie zu zwingen. Die Tatsache, daß es die italienischen Führer trotz ständiger Lebensgefahr und unter größten materiellen und persönlichen Opfern jahrelang in Italien ausgehalten haben und sich nun doch noch entschließen müssen, den Sitz der CGL. nach dem Auslande zu verlegen, beweist besser als die drastischsten Beschreibungen, wie es zurzeit in Italien aussieht. Damit ist dem Täuschungsmanöver Mussolinis, der im Hinblick auf die internationalen Konventionen und die Stellung der faschistischen Gewerkschaften im Internationalen Arbeitsamt und auf den Arbeitskonferenzen durch allerlei Spitzfindigkeiten den Anschein erwecken wollte, daß es in Italien doch noch so etwas wie organisatorische Freiheit gibt, ein Ende bereitet.

Dazu wird uns weiter aus Paris gedrahtet:

In den Kreisen der italienischen Emigranten in Paris wird zu der Meldung, die freien Gewerkschaften Italiens seien zum Faschismus übergegangen, erklärt, daß es sich nur um einige Sekretäre und Führer der Bewegung handele, die sich dem Faschismus hätten unterwerfen müssen. Hingegen könne von einem Uebergang des Italienischen Gewerkschaftsbundes zum Faschismus schon aus dem Grunde nicht die Rede sein, weil sich der Vorstand des Bundes und seine Verwaltung nach Paris geflüchtet haben.

Die schlesischen Bergarbeiter kündigen.

Der Konflikt verschärft sich.

Waldenburg, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem die Bergbauunternehmer des niederschlesischen Steinkohlenreviers die Lohnforderungen der Bergarbeiter abgelehnt hatten, beschlossen bekanntlich die Bergarbeiter, zum 3. Februar individuell die Kündigung einzureichen. Diese Kündigungsaktion ist nahezu abgeschlossen. Der Erfolg ist durchschlagend. Verschiedene Ortschaften melden jetzt schon 85 Proz. und mehr an eingereichten Kündigungen. Wichtige Berufsgruppen wie Hauer, Handwerker usw. haben fast restlos gekündigt. Die Stimmung unter der Bergarbeiterschaft ist glänzend und die Zahl der Kündigungen nimmt immer noch zu. Wenn die Unternehmer auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren, ist mit dem Aeußersten zu rechnen.

Die Spalter an der Arbeit.

Die Betriebsrätewahlen als politische Manöver.

Zu dem Aufruf der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen von Berlin, die Betriebsrätewahlen vorzubereiten, schreibt die „Rote Fahne":

Dieser Aufruf ist ein Musterbeispiel dafür, wie die „Spitzenorganisationen" der Gewerkschaften unter dem Deckmantel der „politischen Neutralität" sozialdemokratische Parteipolitik machen. Keine „politischen Listen" aufstellen, sondern Betriebsräte wählen, die den reformistischen Notgesetzbluff mitmachen: das ist das Ziel der reformistischen Gewerkschaftsführer. Auch die Unternehmer können damit zufrieden sein, denn das berühmte „Arbeitszeitnotgesetz" des ADGB. läßt grundsätzlich „unbedingt notwendige Mehrarbeit" zu.

Die Berliner Arbeiterschaft wird die Vorbereitung zur Betriebsrätewahl 1927 energisch in die Hand nehmen. Freilich nicht im Sinne der Arbeitsgemeinschaftler, sondern um dem Notgesetzbluff der Reformisten und dem Arbeitsschutzschwindel des schwarzweißrotgelben Bürgerblocks das Genick zu brechen. Beide Gesetze sind für Ueberstunden. Die Arbeiter sind aber im Interesse der Erwerbslosen gegen jede Ueberstunde und werden deshalb nur solche Kollegen zur Betriebsratswahl vorschlagen, die sich bereit erklären, mit allem Nachdruck für die Organisierung des Kampfes zur Zurückeroberung des ungeschmälerten Achtstundentages und Erhöhung der Löhne einzusetzen.

Aus dieser Erklärung geht hervor, daß die Kommunisten den Beschluß der Gewerkschaften, keine politischen Listen zuzulassen und gewerkschaftliche Einheitslisten aufzustellen, zu durchkreuzen beabsichtigen. Sie haben aber nicht den Mut, ihre Absicht, die Arbeiterschaft bei den Betriebsrätewahlen politisch zu spalten, auch offen einzugestehen. Die Kommunisten wissen ganz genau, daß sie, wenn sie mit kommunistischen Listen operierten, eine so schwere Niederlage erleiden würden, von der sie sich nicht wieder erholen könnten. Deshalb und um Dumme zu fangen, versuchen sie, die Quertreiberei gegen die Aktion der Gewerkschaften um den Achtstundentag auch bei den Betriebsrätewahlen fortzusetzen.

Aber auch hier haben die Kommunisten nicht den Mut, zu ihrer Parole von der 42-Stunden-Woche zu stehen. Sie haben inzwischen begreifen müssen, daß dieses Spaltungsmanöver von der gesamten Arbeiterschaft ganz energisch abgelehnt wird. Und deshalb suchen die Kommunisten eine Formel zu erfinden, die sich scheinbar für den Achtstundentag, tatsächlich aber gegen das Notgesetz, also gegen den Achtstundentag richtet.

Unsere Genossen werden in den Betrieben wachsam sein. Sie haben keine Bedingungen der Kommunisten anzunehmen. Sie haben auch dafür zu sorgen, daß die Betriebsrätewahlen nicht durch kommunistische Manöver gestört werden. Wer sich auf kommunistische Sonderparolen festlegt, ist rücksichtlos von der Liste zu streichen. Für den Achtstundentag, gegen die kommunistische Paroleschusterei!

Falsche Rationalisierung.

Und die Angestellten der Berliner Metallindustrie.

In der vom AfA-Metallkartell zu Mittwoch abend einberufenen öffentlichen Versammlung der Angestellten der Berliner Metallindustrie sprach zunächst Reichstagsabgeordneter Genosse Kurt Heinig über **„Falsche Rationalisierung, Ueberstundenunwesen und Arbeitslosigkeit"**.

Die meisten deutschen Unternehmer haben von der Rationalisierung die Auffassung, daß jene darin bestehe, mit weniger Arbeitskräften mehr zu produzieren, vergessen aber, dafür zu sorgen, daß die erzeugten Waren auch vom Markte losgekauft werden können. Die deutschen Unternehmer hätten trotz ihrer amerikanischen Studienreisen ganz übersehen, daß in Amerika der Arme billig und der Reiche teuer lebt. Sie denken nicht daran, die konjunkturbildende Kaufkraft ihrer Arbeiter und Angestellten durch höhere Löhne und Gehälter zu heben, sondern sie widersetzen sich mit allen Mitteln den Bestrebungen der Gewerkschaften, dieses Ziel zu erreichen. Mit dem Brustton vollster Ueberzeugung versuchen die Unternehmer nicht nur bei Lohnverhandlungen, sondern auch in der Oeffentlichkeit glaubhaft zu machen, daß es der Industrie wie überhaupt der ganzen Wirtschaft noch furchtbar schlecht gehe. Wenn man aber den Geldmarkt und die Konjunkturberichte bei den Abschlüssen der großen Werke betrachte, kommt man den Tatsachen näher. Wir haben jetzt in Deutschland eine derartige Geldflüssigkeit, daß die Banken schon von einer Arbeitslosigkeit des Geldes reden. Das ist einer von den Beweisen, daß die rationalisierende Industrie die gewaltigen technischen Umstellungen und Neuanschaffungen von Maschinen glatt aus den eigenen Gewinnen bestreitet und den Geldmarkt nicht benötigt. Es ist besonders die Berliner Metallindustrie, die am wenigsten auf den Anleihemarkt gegangen ist.

Darüber hinaus ist die Industrie zu umfangreichen Effektenkäufen übergegangen, um Gewinne zu machen. Und daß ganz nette Gewinne erzielt werden, sieht man z. B. daran, daß die in der letzten Woche an der Berliner Börse erzielten Kursgewinne höher waren als sämtliche in der gleichen Woche in Deutschland gezahlten Löhne und Gehälter. Es ist weiter bezeichnend, daß ausländische, selbst amerikanische Anleihen mit deutschem Gelde überzeichnet worden sind, deutsches Geld also in erheblichem Umfange ins Ausland fließt. Alles das sind Beweise, wie gut es der deutschen Industrie infolge der auf Kosten der Arbeiter und Angestellten durchgeführten Rationalisierung geht. Jedenfalls ist der Tiefstand in der deutschen Industrie schon längst überschritten, was auch aus dem Auftragsbestand der Maschinenindustrie und anderer Industrien, vornehmlich der Textilindustrie hervorgeht. Die Unternehmer führen immer wieder die hohe Arbeitslosenzahl als Beweis für ihre schlechte wirtschaftliche Lage an, vergessen aber zu sagen, daß in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit durch die Vernichtung des Mittelstandes, die Reduzierung des Heeres und andere Umschichtungen der Bevölkerung die Zahl der Arbeitsuchenden viel größer geworden ist. Auf die enormen Leistungssteigerungen gegenüber der Vorkriegszeit bei verminderten Belegschaften brauche man nur hinzuweisen.

Aus all diesen Tatsachen müßten die Angestellten die richtige Erkenntnis ziehen und bewußt die Bestrebungen der Gewerkschaften auf die Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen durch Erhöhung der Löhne und Gehälter unterstützen. Dazu gehört aber auch das Haushalten mit der Arbeitskraft, indem man praktisch für die Forderung der Gewerkschaften auf Wiedereinführung des Achtstundentages eintritt durch Verweigerung jeder freiwilligen Mehrarbeit, die besonders in den Banken einen großen Umfang angenommen hat. Die Angestellten müssen wieder persönlich mehr Rückgrat zeigen und dürfen sich nicht länger aus Furcht vor dem Abbau dem Unternehmer gefügig zeigen.

Genosse Günther vom Butab berichtete über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, die trotz des Sträubens der Unternehmervertreter zu dem bekannten Schiedsspruch geführt haben. Er sprach angesichts des imposanten Versammlungsbesuches die Erwartung aus, daß die Angestellten der Berliner Metallindustrie auch in Zukunft immer so reges Interesse für das Gewerkschaftsleben zeigen werden und daß es bald wieder dahin kommen möge, daß eine gut organisierte Angestelltenschaft in der Berliner Metallindustrie den Organisationsvertretern bei den Verhandlungen ein nachdrücklicheres Wort gestatte. Nach einer regen Diskussion nahm die Versammlung einstimmig die bereits mitgeteilte Entschließung an.

Achtung, SPD.-Holzarbeiter, Bezirk Osten III! Sonntag vormittag 9½ Uhr bei Schwarzer, Gabriel-Max-Straße, sehr wichtige Versammlung aller Parteigenossen. Keiner darf fehlen. Der Fraktionsvorstand.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Freitag, 7½ Uhr, tagen die Gruppen: **Hermannplatz:** Gruppenheim Jugendheim Sanderstr. 11, Ecke Lohmühlenstraße. Heimbesprechung und Spielabend. — **Zeppelinplatz:** Gruppenheim Städtisches Jugendheim Luxemburger, Ecke Genter Straße. Heimbesprechung — Ein sang- und klangvoller Gruppenabend. — **Wedding I:** Gruppenheim Stadtbad Wedding, Gerichtstr. 65—69. Heimbesprechung und Musikabend. Jugendveranstaltung in der Kulturabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 197, abends 6 Uhr. 1. Der Mensch. 2. Licht, Luft und Leben. 3. Bayerische Alpenwelt. 4. Herstellung einer Handform. 5. Fix und Fox kommen auf den Hund.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ephraim; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen"

Musikaufträge übergibt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Dönhoff 3277—78. Geschäftszeit 9—5, Sonntags 10—2 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.

WERTHEIM Billige Lebensmittel

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz — Soweit Vorrat. — Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.

Deutsch. Speck fett Pfd. 1.25 mager 1.40

Landleberwurst Pfund 1.15 — Filetwurst Pfund 1.50
Rotwurst Pfund 1.15 — Mettwurst (Braunschw. Art), Pfund 1.50
Jagdwurst Pfund 1.45 — Schinkenspeck Pfund 1.65
Schinkenwurst Pfund 1.45 — Zervelat u. Salami Pfd. 1.80

Rosenthaler Straße, Königstraße, Moritzplatz:

Dampfwurst Pfund 1.10 — Mortadella Pfund 1.30
Speckwurst Pfund 1.10 — Bierwurst Pfund 1.65
Grobe Mettwurst Pfd. 1.30 — Feine Leberwurst Pfd. 1.65

Tafelbutter Pfund 1.86 2 M

Dänische Butter Pfund 2.12 — Schweineschmalz Pfd. 75 Pf.
Margarine Pfd. 52 Pf. 58 Pf. — Kokosfett 1 Pfund-Tafel 60 Pf.

Limburger Allgäuer Pfund 70 Pf. vollfett Pfund 1.15

Edamer Pfund 75 Pf. — Tilsiter vollfett Pfund 1.15
Holländer Pfund 80 Pf. — Schweizer fein. Qual. Pfd. 1.45
Steinbuscher Pfund 98 Pf. — Schweizer dänisch. Pfd. 1.15

Konserven

½ Dose — ½ Dose
Schnitt- u. Brechbohnen ½ Dose 58 Pf. I. Sorte 80 Pf. — Stachelbeeren 98 Pf.
Ananas Hawaii extra 1.60
Spinat ½ D. 46 Sellerie 90 Pf. — Preiselbeeren 5-Pfund-Eimer 2.95
Jg. Erbsen 70 mittelfein 84 Pf. — Preiselbeeren 10-Pfd.-Eimer 5.20
Jg. Erbsen sehr fein 1.65 — Rhein. Gewürzgurken 10-Pfund-Dose 3.60
Jg. Erbsen mit Karotten 70 Pf.
Jg. Erbsen mittelfein mit Karotten 84 Pf. — Oelsardinen Klubdose 48 Pf. ½ Dose 78 Pf.
Gemischt. Gemüse fein 1.45
Heidelbeeren 98 Pf. — Bienenhonig inkl. Glas, 1 Pfd. 1.20 ½ Pfd. 2.25

Konfitüren 2 Pfund-Eimer

Ananas 1.65 — Orangen 1.15 — Pflaumen 1.10
Erdbeeren, Aprikosen, Kirschen, Himbeeren 1.45

Mandarinen Pfd. 28 Kistchen 24 Stck. Inh. 95 Pf.

Kochbirnen Pfund 12 Pf. — Apfelsinen Dutzend 55, 75 Pf.
Smyrna-Feigen Pfund 32 Pf. — Datteln Karton ca. 350 Gr. 65 Pf.
Amerik. Aepfel Pfd. 32, 38 Pf. — Kalif. Äpfel (Kistchen ca. 4 Pfd. brutto 16.50) 45 Pf.

Blut-Orangen Kiste 100 Stück 11.50

Rot- u. Weißkohl Pfund 6 Pf. — Rosenkohl Pfund 25 Pf.
Zwiebeln 2 Pfund 15 Pf. — Schwarzwurzeln stark 25 Pf.
Sellerie Pfund 8 u. 16 Pf. — Blumenkohl Kopf von 25 Pf. an

Hasen gestreift und ausgeworfen, Pfund 85 Pf.

Hirsch-Ragout Pfund 38 Pf. — Wildschwein-Blätter Pfund 1.10
Hirsch-Blätter Pfund 78 Pf. — Schneehühner St. 1.70 1.90
Wildschwein-Wampen Pfund 85 Pf. — Suppenhühner Pfund 1.10 an

Frisches Fleisch

Schweinebauch u. Rücken mit Beilage 90 Pf.
Schweine-Schinken Blatt u. Kamm Pfund 1 M
Kalbskamm u. Brust Pfund 72 Pf.
Kalbskeule ganz und geteilt Pfund 90 Pf.
Schmorfleisch u. Roastbeef mit Knoch. 95 Pf.
Liesen Pfund 80 Pf. Gehacktes Pfund 75 Pf.
Kaßler, Speer u. Kamm Pfund 120
Prima Talg selbstausgelassen Pfund 50 Pf.

Prima gefrorenes Ochsenfleisch

Suppenfleisch Pfund 55 Pf.
Kamm u. Brust Pfund 60 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen Pfund 70 Pf.

Borken-Schokolade Kasten ca. 15 Gr. 35 ca. 150 Gr. 65 Pf.

Schokolade Vollmilch, Milch, Spritze 3 Tafeln à 100 Gr. 1.10
Schokolad.-Printen ½ Pfund 30 Pf. — Konsum Pralinen Karton ¾ Pfund 50 Pf.

Grüne Heringe norweg. 5 Pfund 65 Pf.

Kabeljau o. Kopf, ganze Fische, Pfund 22 Pf. — Lebend. Karpfen Pfd. von 98 Pf. an
Rotbarse o. Kopf, Pfund 22 Pf. — Frische Hechte Pfund 75 Pf.
Schellfische Pfund 28 Pf. — Lebend. Hechte Pfd. v. 1.20 an

Fettbücklinge große Pfund 24 Pf.

Sprotten Pfund 35 Pf. 42 Pf. — Kieler Vollbücklinge Pfund 55 Pf.
Flundern pomm., Pfund 45 Pf.
Fleckheringe Pfund 48 Pf. — Lachs in Stücken Pfund 1.60 1.95

Auszugmehl 5 Pfund-Beutel 1.25

Weiße Bohnen Pfund 14 Pf. — Viktoria-Erbsen Pfund 38 Pf.
Bruch-Reis Pfund 20 Pf. — Eier-Schnitt-Nudeln 44 Pf.
Tafelreis poliert, Pfund 24 Pf. — Backobst gemischt, Pfd 46 Pf.
Weizengrieß Pfund 26 Pf. — Kalif. Birnen Pfund 65 Pf.
Erbsen poliert Pfund 36 Pf. — Aprikosen Pfund 95 Pf.

Gebrannt. Kaffee Pfund von 2.40 b. 4.60

Spezial-Mischung 20% Bohnenkaffee, Pfund 68 Pf. 40% 1.12

Tee

Darjeeling-Misch. ¼ Pfd 4 M — China-Misch. ¼ Pfund 3.40
Ceylon-Misch. ¼ Pfund 3.70 — Indien-Misch. ¼ Pfund 3.10

Wein

Preise für 1/1 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas

Edelapfelwein aus Tafeläpfel, mild 55 Pf. — 1922 Sauternes süßer, weißer Bordeaux 1.75
San Antonio milder Rotwein 1 M — 1921 Niersteiner kerniger Rheinwein 1.70
1922 Ingelheimer Rotwein lieblich 1.35 — 1921 Piesporter blum Mosel 1.75
1922 Chât. Raba Prop. Bissen, eleg. Bord. 1.80 — Tarragona Tawny süß, portweinähnlich 1.15
1917 Macon gepflegter Burgunder 2.30 — Malaga Golden fein-süß 1.35

9 Sorten Wein u. Spirituosen vom Faß

Ausweg aus dem Verkehrselend!

Die Zusammenfassung der Verkehrsmittel von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen!

Der Versuch, in der Entwicklung des Berliner Verkehrswesens eine „verpaßte Gelegenheit" zu schaffen, ist mißlungen. In der Stadtverordnetenversammlung ist gestern die Zusammenfassung der Verkehrsmittel beschlossen worden, dank den Bemühungen unserer Genossen, die in der Verfolgung des als richtig erkannten Zieles sich durch keine Demagogie der Deutschnationalen und der Kommunisten beirren ließen. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Dr. Lohmann, daß die zur Besserung der Verkehrszustände notwendige Erweiterung des Untergrundbahnnetzes unmöglich ist, wenn nicht die Zusammenfassung und mit ihr der Einheitstarif von 20 Pf. kommt, der die Kosten aufbringen muß. Stadtrat Gen. Reuter hob hervor, daß eine Ablehnung dieser Vorschläge nur die Fortdauer des so oft beklagten Verkehrselends zur Folge haben könnte. Auch Oberbürgermeister Böß griff in die Debatte ein und wandte sich gegen die Kommunisten, die keine Möglichkeit anderweitiger Beschaffung der Geldmittel zu zeigen vermöchten. Der Beschluß auf Zusammenfassung kam mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Mittelparteien zustande, ebenso die Annahme eines Antrags, der vor Erhöhung des Tarifs noch eine Prüfung der wirtschaftlichen Grundlagen und Wirkungen fordert. Für eine den Bedürfnissen der Großstadt entsprechende Weiterentwicklung des Verkehrswesens ist nun der Weg freigemacht. In absehbarer Zeit werden die Gegner dieser Vorschläge durch den Erfolg widerlegt werden. Der Ausbau des Untergrundbahnnetzes soll und muß gerade den Wohnvierteln der Minderbemittelten zugute kommen.

*

In der gestern abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung holten sich die Deutschnationalen zunächst eine recht eindeutige Abfuhr. Sie hatten eine Verfügung des Bezirksamts Lichtenberg, nach der die

Fridericusmarke nicht verwandt

werden solle, zum Gegenstand einer Anfrage gemacht. Der Magistrat wurde gefragt, ob er auf die Aufhebung der Verordnung hinwirken wolle. Begründet wurde die Anfrage von dem deutschnationalen Stadtverordneten, Stadtrat und Vizeadmiral a. D. Gottfried Freiherr v. Dalwigk zu Lichtenfels. Vom Magistrat antwortete Stadtsyndikus Genosse Lange, daß es der Magistrat nicht für zulässig halte, sich in Angelegenheiten der Bezirksämter zu mischen. Dieser Standpunkt entspräche dem Prinzip der Dezentralisation! Nach dieser Antwort verzichteten die Deutschnationalen auf eine Besprechung der Anfrage. Die Kommunisten erzwangen sie aber dennoch, und Stadtv. Lange brachte eine große Anzahl von Zitaten, die die Stellung und das Verhalten des „großen Friedrich" in einem anderen Lichte zeigten, als ihn die Fridericusleute gern hinstellen. Nachdem ein Redner der Deutschnationalen erheblich zur Erheiterung der Versammlung beigetragen hatte, betonte Genosse Arndt, daß sich die sozialdemokratische Fraktion nicht recht vorstellen könne, was die Anfrager eigentlich mit ihrer Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung bezwecken. Sie seien doch sonst stets für die Dezentralisation und eine damit verbundene möglichst große Selbständigkeit der Bezirke eingetreten, aber hier wollen sie den Magistrat gegen Anordnungen eines Bezirksamts scharf machen. In Lichtenberg hätten die Deutschnationalen in derselben Angelegenheit interveniert, sie seien dort aber glänzend abgefallen, indem sich die Bezirksversammlung mit großer Mehrheit hinter den Bezirksbürgermeister, den Genossen Dr. Siggel, gestellt habe. Wir wünschten nur, daß alle republikanischen Beamten so handelten wie Siggel in Lichtenberg; unserer Unterstützung könnten sie sicher sein. (Bravo! bei den Soz.) Damit war die Anfrage erledigt! — Die Versammlung wandte sich dann der Beratung der aus dem vorberatenden Ausschuß zurückgekommenen Vorlage wegen der

Vereinheitlichung des Berliner Verkehrs

zu. Der Haushaltsausschuß hatte eine Zusammenfassung der Verkehrsunternehmen und ihrer Verwaltungen beschlossen. Nach einem Bericht des Stadtv. Michaelis (Dem.) kam Genosse Lohmann zum Wort.

Wir erreichen mit der Annahme der Vorlage eine Zusammenfassung der Verkehrsmittel, wie sie in keiner Stadt der Welt zu beobachten ist. Die Schwierigkeiten, in die der Berliner Verkehr infolge des Krieges gekommen ist, lassen sich nur auf diese Weise beheben. Nachdem auch die Omnibusgesellschaft in die Verkehrsgemeinschaft mit einbezogen ist, bestehen für die Sozialdemokraten keine Bedenken mehr, die Vorlage anzunehmen. **An der neuzubildenden Verwaltungskörperschaft**, die aus der Zusammenlegung der Aufsichtsräte der Straßenbahn und der Hochbahn und der Omnibusgesellschaft gebildet werden soll, **müssen auch die Betriebsräte in angemessener Zahl beteiligt werden.** Die Deutschnationalen stehen bei dieser Vorlage wie auch bei anderen Dringlichkeiten auf dem Standpunkt, daß es nicht angängig ist, gegenwärtig so große Projekte zur Erledigung zu bringen, sondern daß weiter gewurstelt werden müsse.

Wer die Vereinheitlichung des Berliner Verkehrs will, der muß sich auch mit der Tariferhöhung abfinden.

Die Kosten für den Ausbau des Untergrund-Schnellbahnnetzes müssen natürlich irgendwie gedeckt werden und es entspringt nur einem sozialen Gedanken, wenn dazu der wirtschaftlich stärkste Teil der städtischen Verkehrsinstitute, nämlich die Straßenbahn, herangezogen wird. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt, daß die Verkehrsunternehmen nicht nur sich selbst erhalten müssen, sondern daß sie auch die Mittel zu ihrem Ausbau aufzubringen haben. Es ist von den Kommunisten bemängelt worden, daß der bisherige Fahrpreis von 15 Pfennigen auf einen Einheitstarif von 20 Pfennigen erhöht wird, und daß damit der Fahrpreis für die Arbeiterschaft und besonders für die Kurzstreckenfahrer verteuert wird. Das trifft nur scheinbar zu, denn schließlich sind bei Einheitssätzen die Kurzfahrer stets benachteiligt, und dann sind mit der „Tariferhöhung" so weitgehende Umsteigemöglichkeiten verbunden, wie sie keine Stadt der Welt kennt. Davon hat gerade wiederum die Arbeiterschaft einen großen Vorteil. Bei den Kommunisten sind genügend Leute, die wissen, daß ohne „Tariferhöhung" kein Ausbau der Schnellbahn und keine verbesserte Umsteigegelegenheit möglich ist. Das ablehnende Verhalten der Kommunisten kennzeichnet sich deshalb als eine besonders große Demagogie (Beifall b. d. Soz.). Die juristische Konstruktion der Verwaltungskörperschaften der Verkehrsunternehmen ist leider so, daß die Stadtverordnetenversammlung nicht von sich aus den Fahrpreis festsetzen kann, deshalb mußte zu einer Erledigung gegriffen werden, wie sie vorliegt. Das veranlaßt uns aber, zu verlangen, daß noch einmal in der neuen Verwaltungskörperschaft die wirtschaftlichen Voraussetzungen und die wirtschaftlichen Wirkungen der Tariferhöhung geprüft werden. Genosse Lohmann schloß mit der Feststellung, daß eine große Arbeiterpartei, wie es die Sozialdemokratie ist, sich nicht den Luxus hemmungsloser Demagogie leisten könne, sondern daß sie

Politik auf weite Sicht

treiben müsse. Von einer solchen weitsichtigen Politik hängt das Wohl der Gesamtheit ab und damit auch das Wohl des einzelnen.

Inzwischen war eine von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, den Demokraten und den Wirtschaftlern angenommene Entschließung eingegangen, die die Vorlage zur Kenntnis nahm und forderte, daß vor künftigen Tariferhöhungen die wirtschaftlichen Voraussetzungen und die Wirkungen in den Verwaltungskörperschaften zu erörtern und zu prüfen seien.

Das Zentrum ließ durch seinen Redner die Zustimmung erklären.

Der Stadtverordnete Steiniger (Dnat.) lehnte die Vorlage ab, da man jetzt noch nicht wisse, was für das einkommende Geld gebaut werden solle. (!) Den Hochbahnankauf bezeichnete er als „einen wirtschaftlichen Reinfall", unterließ es aber, auf die Wirkungen dieses Ankaufes auf die Vereinheitlichung des Berliner Verkehrs einzugehen. Die Straßenbahn hätte aus ihren glänzenden Ueberschüssen weiter ausgebaut werden müssen und man hätte sie dabei als Druckmittel, „zum Windelweichmachen" sagte er, der Hochbahn gegenüber gebrauchen sollen. Seine Fraktion könne nicht einsehen, warum das fahrende Berlin die Kosten für den Ausbau der Verkehrsmittel aufbringen müsse und deshalb lehne man die Vorlage ab.

Vom Magistrat vertrat

Stadtrat Genosse Reuter

die Vorlage. Er polemisierte zunächst gegen die Deutschnationalen, insbesondere Herrn Steiniger und meinte, daß wir früher und auch jetzt auf ein Gegeneinanderausspielen der Verkehrsunternehmen verzichtet hätten. Das hätte sich unzweifelhaft auf dem Rücken der Bevölkerung abgespielt und dazu ist die Bevölkerung nicht da. Der Verzicht auf ein solches „Windelweichmachen" hat die Entwicklung des Verkehrs ungleich weiter gebracht. **Wir sind nicht Buxtehude, sondern Berlin und wir müssen seine Verkehrsgelegenheiten so schnell wie möglich ausbauen.** Die Verhältnisse, wie sie gegenwärtig sind, können nicht so bleiben, denn Berlins Verkehr kann mit überfüllten Wagen auf die Dauer nicht aufrechterhalten bleiben. Dieses Verlangen hat auch mit aller Energie die Polizei als Aufsichtsbehörde gestellt und kein vernünftiger Mensch kann sich dem widersetzen. Auch die Herbeiführung der 48-Stunden-Woche für die Verkehrsangestellten wird ihre Folgerungen auf den Ausbau haben. Der Phantasie Steinigers mit den Betriebseinnahmen der Straßenbahnen kann ein wissender Politiker nicht folgen. Wenn Sie (zu den Deutschnationalen) die Tariferhöhung ablehnen, so müssen Sie auch zum Ausdruck bringen, daß Sie die bestehenden Zustände im Verkehrswesen aufrechterhalten wollen. (Oho-Rufe ganz rechts und ganz links.) Mit dem Ausbau des Schnellbahnnetzes wird auch der Zustand beseitigt werden, daß die schnellen Beförderungsmittel ein Privileg gewisser Stadtgebiete sind; die Notwendigkeit erfordert gebieterisch, daß

die Schnellbahnen auch in die Arbeiterviertel

getrieben werden, damit der Arbeiter nicht seine Freizeit auf der Bahn verbringen muß. In kürzester Zeit wird die Bevölkerung merken, daß ein frischer Zug in die Berliner Verkehrsverhältnisse kommt und sie wird anerkennen, daß heute Politik auf weite Sicht gemacht wurde. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, lassen Sie die Verkehrsdeputation und den Magistrat bei der Vorlage nicht im Stich, schließen Sie sich den Erfordernissen der Zeit an. (Beifall bei den Soz. und einem Teil der Mitte.)

Von der Volkspartei betonte Stadtv. Schwarz, daß die wirtschaftlichen Wirkungen, die Bauvorhaben und der Finanzierungsplan noch eingehend untersucht werden müßten. Ueber die Stellung seiner Fraktion zur Vorlage sagte der Redner nichts. Der Kommunist Hesse brachte ein ganzes Bündel neuer Anträge ein, darunter die Forderung nach Umwandlung der Verkehrsunternehmen in Regiebetriebe. Die Ausgestaltung des Verkehrs solle doch erst in späteren Jahren fertig sein, trotzdem verlange man aber jetzt schon eine Tariferhöhung. Der kommunistische Redner stellte sich ganz auf Agitation ein; er sparte es, sich zu sagen, wo die Kommunisten nun eigentlich das Geld für den Ausbau des Verkehrs hernehmen wollen. Wie immer

forderten die Kommunisten alles und bewilligten nichts.

Wie weit die Demagogie der Kommunisten ging, ersah man daraus, daß sie sogar die von den Sozialdemokraten geforderte Entsendung von Betriebsräten in die neue Verwaltungskörperschaft als „ungesetzlich" ablehnten. — Oberbürgermeister Böß betonte gegenüber dem Vorredner, daß der Magistrat nicht mit „pompösen Redensarten und schönen Phrasen" die Vorlage vertreten habe. Verbesserungen des Verkehrswesens brauche man nicht mit pompösen Redensarten zu vertreten.

Nach den Erklärungen der Wirtschaftspartei schritt der Vorsteher zur Abstimmung. Unter Ablehnung aller kommunistischen Anträge wurde von den Sozialdemokraten und der Mitte

die Zusammenfassung der Verkehrsunternehmen beschlossen.

Ein kommunistischer Antrag, der verlangte, daß die Vertreter der Stadt in dem neuen Verwaltungskörper dafür einzutreten hätten, daß „unter Beibehaltung des 15-Pfennig-Tarifes die Umsteigeberechtigung auf alle Verkehrsmittel ausgedehnt" werde, wurde in namentlicher Abstimmung (die die Deutschnationalen beantragten!) gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Dagegen wurde ein kommunistischer Antrag einstimmig angenommen, der den Magistrat ersucht, mit der Reichsbahndirektion in Verhandlungen wegen der **Einbeziehung der Stadt- und Ringbahn in das Verkehrsnetz** einzutreten. Die genannte Entschließung der vier Parteien wurde daraufhin angenommen. Dafür stimmte auch ein Teil der Volkspartei. — Dann erhöhte die Versammlung mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten auf

---

10]

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

Manchmal blieb meine Mutter bis zum Abend aus. Sie kam sehr müde zurück, denn um das Fahrgeld zu ersparen, hatte sie nicht die Straßenbahn benützt und war ein paar Stunden zu Fuß herumgelaufen. Auch hatte sie es müde gemacht, zum hunderttausendmal mit dummen, kleinen Mädchen das Zeitwort „to have" zu konjugieren. Sie bekam einen Franken fünfzig für die Stunde. Zuerst hatte sie es gewagt, drei Franken zu verlangen, aber damit war sie ausgelacht worden. Schließlich mußte sie sich in diese geringe Zahlung hineinfinden und noch ganz zufrieden sein, zwei Franken für die Stunde zu bekommen. Bei diesem traurigen Beruf richtete sie ihre Gesundheit zugrunde und sie verdiente ungefähr hundert Franken im Monat. Das genügte gerade, um nicht Hungers zu sterben. Von Zeit zu Zeit schickte meine Großmutter ein wenig Geld oder eine kleine Kiste mit Lebensmitteln.

Einmal, vor Ostern, brachte der Briefträger einen Frachtbrief, der uns eine umfangreiche Kiste ankündigte. Die Mutter nahm rasch den Hut, und im Nu waren wir im Bureau des Spediteurs. Ich setzte mich auf eine Bank und hielt Alicens Hand in der meinen.

„Es macht drei Franken."

„Drei Franken?" fragte die Mutter tonlos.

„Das ist der Tarif," wiederholte die Stimme des Beamten, der hinter dem vergitterten Schalter unsichtbar ist.

Ein leichter Seufzer, und die Mutter legt die drei Franken an der Kasse nieder.

„Wird die Kiste noch heute zugestellt?"

„Im Laufe des Nachmittags."

Wir gehen; die Mutter ist noch ein bißchen blasser als sonst.

„Es bleibt nichts mehr," sagte sie ganz leise. „Aber schließlich wird hoffentlich so viel in der Kiste sein, daß wir eine Woche davon leben können; im Grunde ist ja die Großmutter so gut, also sorgen wir uns nicht weiter. Heute Nachmittag bleibst du zu Hause und wirst dem Mann, der die Kiste bringt, zwanzig Centimes Trinkgeld geben, das ist ja sehr wenig, aber ich habe nicht mehr, mein Vermögen ist ein Franken fünfundzwanzig."

Ich war den Nachmittag über allein, blätterte in meinem Geschichtsbuch und wartete auf die herrliche Kiste. Je länger ich wartete, um so phantastischere Dimensionen nahm sie an, ich versuchte ihren Umfang zu erraten, und meine Ungeduld wuchs von Minute zu Minute.

Ich stellte sie mir sehr groß vor, so groß, daß ich Angst hatte, sie würde gar nicht durch die schmale Tür unseres Zimmerchens hereingehen. Ich sah sie in meiner Phantasie voll mit Lebensmitteln, mit allen möglichen köstlichen Dingen, von denen ich aller dings nichts Genaues hätte sagen können; schon bei dem bloßen Gedanken lief mir das Wasser im Munde zusammen. Da es gerade vor Ostern war, würden sicherlich auch Eier darin sein . . .

Jetzt läutet es. Ich fahre zusammen und springe zur Tür. Es ist nur eine Nachbarin, die auf einen Plausch zu unserer Hauswirtin kommt.

Ich setze mich wieder: ein großes Ei aus vergoldetem Marzipan und noch eines aus Schokolade. Wer weiß, vielleicht sind noch ein paar Eier in der Kiste; ich delektiere mich schon im Vorhinein an all den Herrlichkeiten. Ich sehe ganze Haufen Eier und knusprig gebratene Hühner.

Jetzt wird heftig angeläutet; ich höre schwere Schritte und gleich darauf ein starkes Klopfen an der Tür. Ein Mann stellt die Kiste in die Mitte des Zimmers. Sie ist nicht so groß, wie ich erwartet hatte, aber immerhin recht ansehnlich. Der Mann reicht mir ein Papier: „Unterschreiben."

Ich unterschreibe, nehme die zwanzig Centimes aus der Tasche und stecke sie ihm in die Hand. Er schaut mich an und läßt das Geld auf der Handfläche liegen.

„Du Kleiner, viel ist das gerade nicht."

„Ich habe nicht mehr."

Ich glaube, daß er mir die vier Sous zurückgeben wird: fällt ihm gar nicht ein, er geht brummend fort, ohne zu grüßen.

Seine Grobheit verdüstert ein wenig meine Freude, aber bald ist der Schatten verflogen, ich laufe zu unserer Wirtin, um mir eine Zange auszuleihen.

Jetzt kommen auch die Mutter und Alice nach Hause, und wir plagen uns miteinander, um die Nägel herauszuziehen. Endlich ist die Kiste halb offen: eine Lage Stroh, eine zweite Lage Stroh.

„Wir werden den ganzen nächsten Winter damit heizen können," versicherte die Mutter. Jetzt kommen, sorgfältig in Papier eingeschlagen, zum Vorschein: ein, zwei, drei, zehn, zwölf weiße Brote . . . alle steinhart.

„Sicherlich ist die Kiste lange unterwegs gewesen," bemerkt ein wenig ärgerlich meine Mutter.

Wieder eine Lage Stroh. Orangen, gleichfalls zwölf, einige sind schon verfault. Die Stirn der Mutter legt sich in Falten. Wieder Stroh und dann Eier, desgleichen zwölf, rote, blaue, gelbe, aber alle sind trotz des vielen Strohes zerbrochen und sehen, o weh, wenig einladend aus, und jetzt, in Watte gewickelt, ein kleines Ei aus Marzipan und eines aus Schokolade. Schließlich ein Riesenpaket, das wir voller Ehrfurcht betrachten und kaum zu öffnen wagen. Wir fürchten ja so sehr, daß eine neue Illusion zerfließen könnte. Wir zerschneiden die Schnur, es ist aufs sorgfältigste in immer neuen Papierhüllen verpackt. Aber sein Umfang wird immer kleiner, es ist ganz merkwürdig; ein gebratenes gefülltes Täubchen kommt zum Vorschein; fast zornig wirft es die Mutter auf den Tisch. Ganz am Boden der Kiste ein weicher Käse, von dem nur ein Drittel da ist, ein Pfund Zucker und . . . sonst nichts.

Wir blicken uns an, große Zorntränen tropfen aus den Augen meiner Mutter.

„Und dafür habe ich meine letzten Sous hergegeben, das ist wirklich scheußlich!"

Ich werfe mich in ihre Arme und wir beginnen bitterlich zu weinen. Die kleine Alice verspeist unterdessen ganz selig das Schokoladenei; unsere Erregung konnte sie ja nicht verstehen.

Seitdem ich wieder bei meiner Mutter lebte, war der Vater niemals erwähnt worden, nur einmal, bald nach meiner Ankunft, hatte ich mich nach ihm erkundigt. Die Mutter setzte sich auf das kleine Kanapee und zog mich näher zu sich. Nach einiger Ueberlegung sagte sie: „Du mußt deinen Vater immer lieb haben; er hat euch ungemein (sie legte einen starken Nachdruck auf dieses Wort) geliebt . . ., aber unser Unglück ist zu groß gewesen, sein Mut ist dahin, er arbeitet nicht mehr, er hat euch Kindern und mir sehr viel angetan, später einmal wirst du alles verstehen . . . Großmutter und deine Onkel wollen, daß ich mich scheiden lasse; ich muß es ja euretwegen tun, ihr wachst heran und ich kann euch nicht allein erziehen, ich kann die Hilfe meiner Familie nicht entbehren . . . Ich wünsche nicht, daß du je wieder von deinem Vater sprichst, hast du mich verstanden, mein Kind?"

Diese Mitteilung betrübte mich keineswegs, ein unbeschreiblicher Stolz erfüllte mich. Von nun an waren wir allein, wir gehörten ganz zueinander.

(Fortsetzung folgt.)

Antrag unserer Fraktion den Betrag für die Verschickung Tuberkulöser von 100 000 auf 300 000 Mark.

*

Zu Beginn der Versammlung brachte der Vorsteher eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion zur Verlesung, die folgenden Wortlaut hat:

In den letzten Wochen und Monaten ist eine erhebliche Steigerung des Brotpreises eingetreten. Hinzu kommt, daß die im Reich vorhandenen Brotgetreidemengen sehr gering sind. Der Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung droht dadurch eine sehr große Gefahr. Insbesondere wird durch die anhaltende Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels der schon ungünstige Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung insonderheit der Unterstützungsempfänger stark gefährdet. Wir fragen daher, sind dem Magistrat die drohenden Gefahren bekannt und was gedenkt der Magistrat zu tun, um bei den zuständigen Stellen die drohende Katastrophe von der Bevölkerung abzuwenden?

Polizei und Justiz.

Die Polizeibeamten gegen Richterwillkür.

In einer Versammlung der Vertrauensleute des Verbandes Preußischer Polizeibeamten in Graffels Gesellschaftssälen, Berlin-Mariendorf, behandelte Landgerichtsrat Genosse Ruben das Thema „Polizei und Justiz".

Manche Verwaltungszweige, begann der Redner, könnten auf die lebendige Einordnung der Polizei in die Struktur des Volksstaates mit einigem Neid sehen. Für die Polizei sind republikanische Verfassung und moderner Staat kein aktuelles Problem mehr, sie wurzelt im neuen Staat und seinen Bedingungen. Will man einen freiheitlich gesinnten Beamtenstand, so muß man auch Mut genug besitzen, ihm Rechte zu gewähren. Die Justizkrise ist ein nur allzu brennendes Thema für sich. Ein mysteriöses Personalaktensystem nach dem Muster der so geschätzten Vertarnung hat nun auch die letzten Republikaner aus der Strafjustiz in indifferentere Ressorts gedrängt. Freie Bahn dem absoluten Monarchisten! Zahlreich sind die Klagen der Polizeibeamtenschaft über überhebliche Behandlung, ja Mißachtung des Beamten als Zeugen oder Angeklagten vor Gericht. Noch herrscht bei den meisten Richtern der typische Repräsentationsfimmel des halbabsolutistischen Staates vor, der so gern mit der Phrase von der „Staatsautorität" operiert. Mit dieser Einstellung ist es seit der Vorkriegszeit nicht besser, sondern nur immer schlimmer geworden. Der asoziale Geist der Ueberheblichkeit ist ein Resultat des Sich-Versteckens hinter der Robe, nachdem man den Richterstand hermetisch gegen reformierende Einflüsse abgeschlossen hat. Wenn die Richter auf eine sachliche Eingabe des Beamtenausschusses in einer widerwärtig hochtrabenden Weise antworten, so läßt das doch sehr bezeichnende Schlüsse auf ihre Mentalität zu. In den Fällen, wo sich die Richter gegen Polizeibeamte beleidigend benommen haben, ist wohl ausnahmslos nicht ungebührliches Verhalten des Beamten, sondern die Pedanterie des auf seiner Autorität sitzenden Richters die Ursache gewesen. Das Anschreien des Beamten, der den Tschako einen Schritt zu früh aufsetzt, geht mit dem Kasernenhofton mancher Richter dem Angeklagten gegenüber durchaus konform. Hildebrand, der Leiter der Versammlung, betonte, daß der heutige Staat sich noch auf die Polizei stützen müsse. Drei an sich sehr edle Berufe, Richter, Pfarrer und Lehrer, seien im Volk durch eigene Schuld in schweren Mißkredit geraten. Wir haben eine Fülle von Material dafür, daß die Richter die Menschenwürde des Beamten vor Gericht oft mit Füßen treten. Ein Kollege sagte mir einst, und dieser drastische Ausspruch ist Symptom: „Lieber gehe ich zu einem wüsten Radau, als als Zeuge vor Gericht." Die Aussprache wurde in mehr als einer Hinsicht sehr interessant. Recht befremdlich waren die Aeußerungen des Polizeirats Hennig vom Innendienst. Hennig wandte sich scharf gegen den Gen. Ruben, dem er durchaus unbegründet vorwarf, den Richterstand lächerlich gemacht zu haben. Nach dem Redner verfügt der Richterstand ganz generell über eine hochentwickelte Kultur. „Jeder Richter sei bestrebt, von seinem Standpunkt aus durchaus objektiv zu sein." Die übrigen Redner illustrierten höchst treffend die Verteidigungsattacke des Polizeirats, indem sie ihn gründlichst widerlegten. Die vorgetragenen Fälle, die sich beliebig vermehren lassen — der Polizeibeamtenverband hat Berge von Material — sind eine erschütternde Anklage gegen den Kastengeist der reaktionären Justizpolizei.

In seinem Schlußwort faßte Gen. Ruben die Ergebnisse der Diskussion in einem deutlichen Fazit zusammen: Auch die Beamten fühlen, ohne es klar zu formulieren, daß in dem Schikanesystem einer großen Anzahl Richter die Fronde der schwarzweißroten Justizmonarchisten gegen Severings republikanische Schutzwehr zum Ausdruck kommt.

In nächster Zeit soll in einer großen öffentlichen Kundgebung der Beamtenschaft zu diesen Fragen Stellung genommen werden.

Ein ungetreuer Kassierer.

150 000 Mark unterschlagen.

Umfangreiche Unterschlagungen, die nach den bisherigen Ermittlungen eine Höhe von nahezu 150 000 M. erreicht haben, wurden bei der Berliner Kindl-Brauerei, Abteilung Weißensee verübt. Der Täter, der Hauptkassierer H., der in Weißensee verübt. Der Täter, der Hauptkassierer H., der in Umfange geständig. Zu der Affäre erfahren wir noch folgendes. H. ist seit vielen Jahren als erster Kassierer bei der Kindl-Brauerei angestellt und besaß das größte Vertrauen seiner Vorgesetzten. Bei einer unverhofften Kassenrevision wurden die Veruntreuungen, die im Laufe der Jahre auf die obengenannte Summe angewachsen waren, entdeckt. Durch falsche Buchungen und geschickte Fälschungen von Kassenbelegen, verstand H. es, seine Betrügereien zu verdecken. Bei der kriminalpolizeilichen Vernehmung gab der ungetreue Beamte an, große Summen auf der Rennbahn verwettet zu haben. H. war in der Tat ein ständiger Besucher von Rennbahnen, doch glaubt man in der Annahme nicht fehl zu gehen, daß ein Teil des veruntreuten Geldes einen anderen Weg genommen hat. Die Polizei ist mit den weiteren Ermittlungen beschäftigt.

Gasexplosion in einer Wohnung.

Eine folgenschwere Gasexplosion ereignete sich gestern nachmittag in dem Hause Elsasser Str. 45. In der Wohnung der Mieterin B. war eine Gaslampe abgenommen worden. Die Arbeiter vergaßen die Leitung durch einen Verschlußstöpsel zu sichern, so daß größere Mengen Gas ausströmen konnten. Unter lauter Detonation entzündeten sich die Gase aus noch nicht geklärter Ursache und setzten den Raum in Brand. Mieter des Hauses eilten hinzu und suchten das Feuer zu löschen. Bei den Löscharbeiten zog sich der Hausverwalter Wichert schwere Verletzungen zu. Die alarmierte Feuerwehr löschte den Zimmerbrand nach kurzer Zeit und schaffte den Verletzten in das Krankenhaus. — In einem Vorführraum in der Kochstr. 73 brach gestern nachmittag vermutlich infolge Kurzschlusses Feuer aus, das die Dachverschalung ergriff. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr nach halbstündiger Tätigkeit.

Ausfall des Sonderzuges in das Riesengebirge. Der für den 5. und 6. Februar vorgesehene Sonderzug in das Riesengebirge muß, nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Berlin, wegen nicht genügender Beteiligung ausfallen. Bereits gelöste Fahrkarten werden an den Ausgabestellen gegen Erstattung des Fahrgeldes zurückgenommen.

Der Raubmord in Sommerfeld.

Auf der Spur der Täter.

Das Kapitalverbrechen in Sommerfeld steht, wenn nicht alles täuscht, dicht vor der vollständigen Aufklärung. Nach dem Ergebnis der Ermittelungen der Berliner Mordkommission, der Sommerfelder Kriminalpolizei und der Landjägerei sind der Tat dringend verdächtig zwei Fürsorgezöglinge, ein am 1. Januar 1908 in Pförten geborener Kurt Sommer und ein Friedrich Librenz, der am 20. Februar 1908 in Hamburg geboren ist.

Beide sind am 29. v. M. aus der Fürsorgeanstalt Wilhelmshof bei Muskau entwichen und haben auf der Flucht die Richtung nach dem 65 Kilometer von der Anstalt entfernten Sommerfeld eingeschlagen. Kurt Sommer war bei dem ermordeten Kolonialwarenhändler Tschenke als Lehrling beschäftigt, wurde aber entlassen und kam wegen eines Einbruchsdiebstahls in Fürsorgeerziehung. Die beiden haben sich während der Fahrt von Sommerfeld nach Guben mit den gestohlenen Sachen bekleidet und das Paket mit den Anstaltskleidern in Guben ins Wasser geworfen. Sie vergaßen dabei das Portemonnaie mit 42 M. Silbergeld aus der Hosentasche herauszunehmen. Es gelang der Kriminalpolizei, einwandfrei nachzuweisen, was sie in Guben getrieben hatten. Man vermutete nun,

An der Flugblattverbreitung

am Sonnabend und Sonntag beteiligen sich alle Parteimitglieder.

Treffpunkt an den bekannten Stellen in der Abteilung.

daß sich die beiden nach Magdeburg begeben würden, wo eine Schwester Sommers, eine 18 Jahre alte Gertrud Sommer, als Stenotypistin in einem Industrieunternehmen beschäftigt war. Diese Vermutung hat sich aber nicht bestätigt. Ein merkwürdiges Zusammentreffen wollte es vielmehr, daß Gertrud Sommer mit einer gleichaltrigen Stenotypistin am 31. Januar, vormittags 10 Uhr, Magdeburg verlassen hat, um nach Sommerfeld zu fahren. Der weitere Verbleib der beiden Mädchen ist noch nicht festgestellt. Ob sie von dem Verdacht gegen Kurt Sommer und Friedrich Librenz schon irgendwie Kenntnis erhalten haben, läßt sich nicht sagen. Die Spur dieser beiden selbst ist in Frankfurt a. d. O. verloren gegangen. Es ist aber anzunehmen, daß die Flüchtigen diese Stadt verlassen haben, um anderswo unterzutauchen. Die Berliner Kriminalpolizei hat alle Vorkehrungen getroffen, um sie festnehmen zu können, wenn sie sich nach Berlin wenden sollten. Mitteilungen über ihr Auftauchen nimmt in Sommerfeld Kriminalkommissar Pietsch und in Berlin Kriminalrat Gennat, Inspektion A, im Polizeipräsidium entgegen.

Der Mord an Professor Rosen.

Gegenüberstellung der Täter.

Breslau, 3. Februar. (WTB.) Die Kriminalpolizei teilt mit: Eine mehrstündige Gegenüberstellung zwischen Jahn und Strauß hat heute stattgefunden. Jahn hat auch hierbei seine Tatschilderung aufrechterhalten. Strauß blieb bei seinem Leugnen. Gegenüber seiner ursprünglichen Angabe, daß er Jahn nur ganz flüchtig kenne, wurde festgestellt, daß doch recht enge persönliche Beziehungen zwischen beiden bestanden, deren Einzelheiten Strauß auf Vorhalt des Jahn, wenn auch widerwillig, zugeben mußte. Heute nachmittag fand eine Ortsbesichtigung unter Zuziehung des Jahn statt. Jahn wiederholte dabei die Schilderung der Vorgänge in der kritischen Nacht. Die Akten sollen nunmehr im Einvernehmen mit dem Oberstaatsanwalt abgeschlossen und diesen morgen übergeben werden.

Gesundheitliche Einrichtungen im 17. Verwaltungsbezirk. Eine öffentliche Versammlung findet am Sonnabend, den 5. Februar, abends 7½ Uhr, im Lokal Dietz, Biesdorf-Süd, Köpenicker Straße, statt. Vortrag: Gesundheitliche Einrichtungen im 17. Verwaltungsbezirk. Referent: Stadtarzt Dr. Georg Löwenstein.

Künstlerischer Tanz. Das Volksbildungsamt Kreuzberg veranstaltet seinen nächsten Kunsttag „Künstlerischer Tanz" Freitag, 4. Febr., 8 Uhr, im Orpheum, Hasenheide, Ecke Graefestraße. Für diese Veranstaltung ist Herta Feist mit ihrer Tanzgruppe (Berliner Laban-Schule) verpflichtet worden. Eintritt für Mitglieder der Kunstgemeinde und Jugendliche 50 Pf., für Gäste 80 Pf. Karten sind im Volksbildungsamt Kreuzberg, Yorckstr. 11, und an der Abendkasse erhältlich.

Die Direktion des Rose-Theaters gewährt unseren Lesern, wie aus dem heutigen Inserat hervorgeht, für die beiden letzten Aufführungen des lustigen Märchenspiels „Das tapfere Schneiderlein" am Sonnabend, den 5., und Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr, ganz besondere Preisermäßigung.

Ein Schmugglerschiff gerammt.

4000 Liter Sprit beschlagnahmt.

Sandefjord, 3. Februar. (WTB.) Das deutsche Schmugglerschiff „Kaethe" wurde heute nacht im Sandefjord von einem Zollkreuzer verfolgt und beschossen. Das Schiff wurde gerammt und begann zu sinken. Die Besatzung ließ darauf das Schiff auf den Strand laufen. Die an Bord befindlichen sechs Schmuggler flüchteten aufs Land. Sie konnten bisher noch nicht ergriffen werden. An Bord befanden sich 4000 Liter Sprit. Man ist jedoch der Ansicht, daß ein Teil der Ladung früher an Land gebracht worden ist.

Jugendweihe Pankow. Die Lebenskundevorbereitung findet ab Donnerstag, den 10. Februar, jeden Donnerstag von 4—6 Uhr in der Mittelschule, Neue Schönholzer Straße 10, Zimmer 31, statt. Anmeldungen werden noch dort unter Zahlung der Einschreibegebühr von 50 Pf. entgegengenommen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

5. **Kreis Friedrichshain.** Achtung! Montag, 7. Februar, 7 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36a, Kreisfunktionärkonferenz. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Gegen den Bürgerblock." Referentin Mathilde Wurm, M. d. R. 2. Freie Aussprache. 3. Kreisangelegenheiten. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen sämtlicher Funktionäre wird gebeten. Mitgliedsbuch und Funktionärkarte ist mitzubringen.
7. **Kreis Charlottenburg.** Sonnabend, 5. Februar, 7 Uhr, engere Kreisvorstandssitzung mit den Abteilungsleitern im Jugendheim Rosinenstr. 4. — Mit Rücksicht auf die heute abend stattfindende allgemeine kommunale Konferenz über die Wohnungsfrage wird die außerordentliche Fraktionssitzung, die für den 7. Februar geplant war, zunächst verschoben.
9. **Kreis Wilmersdorf.** Achtung! Die Flugblätter sind von den alten Flugblattstellen abzuholen.
13. **Kreis Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade.** Das Kreiswinterfest findet am Sonnabend, 19. Februar, in den Gesamträumen von Große Gesellschaftshaus, Mariendorf, Chausseestr. 305, statt. Konzert, Gesang, Varieté, unter Mitwirkung hervorragender Kräfte. Ball-Orchester. Eintritt 1,50 M., im Vorverkauf 1 M. Karten bei allen Funktionären.
14. **Kreis Neukölln.** Zeitungskommissionsobleute der Abteilungen: Sitzung am Freitag, 4. Februar, 7½ Uhr, im Idealkasino, Weichselstr. 8.

Heute, Freitag, den 4. Februar.

11. **Abt.** Die Ausgabe der Flugblätter findet bereits um 5 Uhr an die Bezirksführer statt bei Berger, Lepsiusstr. 21, Ecke Jagowstraße.
47. **Abt.** 8 Uhr bei Krause, Mariannenplatz 22, Funktionärsitzung. Berichte. Verschiedenes. Pünktliches Erscheinen dringend erwünscht.
61. **Abt. Friedenau.** 8 Uhr bei Schönfeld, Kirchstr. 32, Funktionärsitzung. Mitgliedsbuch und „Vorwärts"-Quittung mitbringen.
90. **Abt. Neukölln.** 7½ Uhr bei Zimmermann, Stuttgarter Str. 41, Funktionärsitzung. Jeder Bezirk muß vertreten sein.
116. **Abt. Lichtenberg.** 8 Uhr pünktlich bei Morr, Neue Bahnhofstr. 28, Abteilungsfunktionärsitzung.

Morgen, Sonnabend, den 5. Februar:

1. **Abt.** Restlose Beteiligung aller Mitglieder an der Flugblattverbreitung ist Pflicht.
9. **Abt.** 5 Uhr und Sonntag vormittag 9 Uhr wichtige Flugblattverbreitung von Hübner, Wilsnacker Str. 34, aus. Alle Mitglieder, auch die Jugend, treten an.
12. **Abt.** Ab 5 Uhr und Sonntag ab 9 Uhr vormittags Flugblattausgabe bei Schmidt, Wiclefstr. 17. Alle Mitglieder beteiligen sich daran.
13. **Abt.** Von 4—8 Uhr und Sonntag ab 8 Uhr Flugblätter abholen von der „Vorwärts"-Spedition Wilhelmshagener Str. 48.
15. **Abt.** Ab 5 Uhr von Obiglo, Stralsunder Str. 11, und von Kunze, Ackerstraße 49, aus wichtige Flugblattverbreitung.
21. **Abt.** Ab 6 Uhr und Sonntag vormittag 9 Uhr Flugblattverbreitung von den Zahlabendlokalen aus. Die Bezirksführer holen die Flugblätter ab 5 Uhr von Kroll, Utrechter Str. 21, ab. Kein Mitglied darf fehlen.
22. **Abt.** 5—7 Uhr und Sonntag vormittag 9 Uhr Flugblattverbreitung von Reuter, Führer Str. 13, Radzan, Brüsseler Str. 43, Herms, Müllerstraße 26, aus.
24. **Abt.** Ab 5 Uhr Flugblattverbreitung von folgenden Lokalen aus: 1. Gruppe: Rösner, Immanuelkirchstr. 26; Gruppe 1a: Schmidt, Marienburger Straße; 2. Gruppe: Winzer, Christburger, Ecke Winsstraße; 3. Gruppe: Köhler, Greifswalder Str. 80b, Schweizerhäuschen. Alle Genossinnen und Genossen stellen sich vollzählig zur Verfügung.
25. **Abt.** 7½ Uhr bei Köstner, Elbinger Str. 24, Sitzung sämtlicher Funktionäre.
31. **Abt.** 5½ Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.
32. **Abt.** Abends und Sonntag ab 9 Uhr vormittags wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Flugblätter können am Sonnabend von 5 Uhr ab bei Kromphardt, Paul-Singer-Str. 49, durch die Gruppenleiter in Empfang genommen werden.
41. **Abt.** Ab 5 Uhr Flugblattverbreitung von folgenden Lokalen aus: Beinhof, Belle-Alliance-Str. 74a; Schuster, Chamissoplatz 4; Luhe, Bergmannstraße 98; Mende, Gneisenaustr. 6a. — Ab 4½ Uhr empfangen die Funktionäre die Flugblätter bei Lipfert, Mariendorfer Str. 6.
42. **Abt.** 8 Uhr bei Höhlke, Bergmannstr. 69, Sitzung sämtlicher Funktionäre und der Elternbeiräte der Abteilung. Flugblätter werden im Lokal von Höhlke abgeholt.
44. **Abt.** 6 Uhr bei Schieboldt, Admiralstr. 5, holen die Bezirksführer Flugblätter ab.
54. **Abt. Charlottenburg.** 8 Uhr im Jugendheim Rosinenstr. 4 Funktionärsitzung.
68. **Abt. Halensee.** Ab 5 Uhr von Schüler, Johann-Sigismund-Str. 5, Flugblätter abholen.
73. **Abt. Schmargendorf.** Die Genossinnen und Genossen treffen sich abends 8 Uhr und Sonntag ab 10 Uhr bei Bahr, Breite Straße, zur Flugblattverbreitung.
74. **Abt. Zehlendorf.** Abholung der Flugblätter von 4—8 Uhr bei Micklen, Potsdamer Str. 23.
83. **Abt. Lichterfelde.** 7 Uhr bei Quandt, Moltkestr. 31, Funktionärsitzung. Wichtige Tagesordnung. Alle Funktionäre haben zu erscheinen.
84. **Abt. Lankwitz.** Ausgabe der Flugblätter von 4—6 Uhr bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 29—31. Die Bezirksführer werden gebeten, für die Abholung Sorge zu tragen.

Neukölln. 94. Abt. 7½ Uhr bei Schröder, Steinmetzstr. 32, wichtige Funktionärsitzung. Erscheinen ist Pflicht. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Alle Mitglieder müssen sich daran beteiligen. — **95. Abt.** Von 5—6½ Uhr Flugblätter abholen von Hürtler, Prinz-Handjery-Str. 34. Einladen zur Flugblattverbreitung. — **96. Abt.** Die Bezirksführer holen die Flugblätter von 4—6 Uhr von der Spedition Siegfriedstraße ab.

101. **Abt. Treptow.** Flugblattverbreitung. 1., 2., 3. Bezirk: Spedition, Grazstraße 50; 4. Bezirk: Seligmann, Beermannstr. 2; 5. Bezirk: Hosemann, Herkomerstr. 3. Sonnabend ab 5 Uhr und Sonntag vormittag 9 Uhr. Am Sonnabend um 8 Uhr kurze Besprechung des Vorstandes in der Spedition Grazstr. 50.
104. **Abt. Niederschöneweide.** Ab 6 Uhr vom Lokal Thiele, Berliner Str. 38, Flugblattverbreitung.
108. **Abt. Köpenick. Dammvorstadt:** 7 Uhr bei Damke, Mahlsdorfer Str. 1. Zusammenkunft aller Genossinnen und Genossen und Flugblattausgabe. — **Kölllnische Vorstadt:** 7 Uhr Zusammenkunft aller Genossinnen und Genossen und Flugblattausgabe bei Paschke, Rudower Str. 15. — **Alt- und Kietzvorstadt:** Ausgabe der Flugblätter von 5 Uhr ab in der Spedition Kietzer Str. 6.
109. **Abt. Friedrichshagen.** 8 Uhr Versammlung mit anschließendem gemütlichen Beisammensein bei Scholz, Friedrichstr. 81. Gäste können eingeführt werden.
119. **Abt. Lichtenberg.** Von 6 Uhr ab bei Meye, Möllendorffstr. 43, Ecke Rittergutstraße, Flugblattausgabe. Bestimmtes Erscheinen aller Mitglieder sowie des Reichsbanners, Kinderfreunde und der Arbeitersportler wird erwartet, da Sonntag vormittag keine Ausgabe stattfindet. — Abends 7½ Uhr bei Meye, Möllendorffstr. 43, Ecke Rittergutstraße, Abteilungsfunktionärsitzung.
121. **Abt. Karlshorst.** Ab 6 Uhr von Krumbeck, Treskowallee, Ecke Dönhoffstraße, Flugblattverbreitung.
123. **Abt. Kaulsdorf.** 8 Uhr bei Kühner wichtige Funktionärsitzung.

Abt. 124a Mahlsdorf-Süd. Wichtige Flugblattverbreitung.

125. **Abt. Weißensee.** Die Flugblätter können von Gallas abgeholt werden. Alle Mitglieder beteiligen sich an der Flugblattverbreitung.
132. **Abt. Blankenburg.** 7½ Uhr bei Klug, Dorfstr. 2, wichtige Funktionärsitzung. Sonntag vormittag 9½ Uhr Flugblattverbreitung. Beteiligung aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Sonntag, den 6. Februar:

4. **Abt.** 9 Uhr Flugblattverbreitung von Lüschert, Neue Friedrichstr. 108.
25. **Abt.** 9 Uhr Flugblattverbreitung von Gott, Kniprodestr. 6, aus und von Kramer, Cotheniusstr. 3, für Landsberger Viertel. Der Kampf beginnt, jedes Mitglied muß zur Stelle sein.
69. **Abt. Wilmersdorf.** 9 Uhr von Andreas, Pfalzburger Str. 55, Flugblattverbreitung.
91. **Abt. Neukölln.** 9 Uhr wichtige Flugblattverbreitung von Stahmann, Münchener, Ecke Reuterstraße; Köster, Karlsgartenstr. 4; Wöbbecke, Karlsgartenstr. 13.
106. **Abt. Adlershof.** 9 Uhr von Vogel, Bismarckstr. 74, Flugblattverbreitung.
115. **Abt. Lichtenberg.** 9 Uhr muß jedes Mitglied zur Flugblattverbreitung in seinem Zahlabendlokal erscheinen.
122. **Abt. Biesdorf.** 9 Uhr bei Porath, Marzahner Str. 31, Flugblattverbreitung.
135. **Abt. Karow.** Die Genossen treffen sich 9 Uhr zur Flugblattverbreitung bei Klitz, Pankgrafenstr. 3. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Jungsozialisten. Heute, Freitag, den 4. Februar:

Gruppe Mitte: 8 Uhr in der Schule Gipsstr. 23a politische Aussprache. — **Gruppe Norden:** 7½ Uhr im Jugendheim des Ledigenheims Am Brunnenplatz, Eingang Orthstr. 10. Beginn der Arbeitsgemeinschaft. Thema: „Die Konomischen Lehren von Karl Marx". Leiter Paul Lohmann. Pünktliches Erscheinen unbedingt notwendig.

Jungsozialisten. Morgen, Sonnabend, den 5. Februar:

Gruppe Tiergarten: 8 Uhr im Jugendheim Bremer, Ecke Wiclefstraße, 3. 4. Zusammenkunft.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Schöneberg-Friedenau. Heute, Freitag, 4. Februar, im Jugendheim Hauptstr. 15, Schattenzeichnen, Basteln und Zeichnen. — **Kinderfreunde Britz.** Unsere Veranstaltungen im Februar sind: Jeden Montag und Donnerstag 4—6 Spielen und Arbeiten aller Kinder unter 10 Jahren. Für Kinder über 10 Jahre: Freitag, 4. Februar, 4—6 Uhr: Märchennachmittag; Sonnabend, 5. Februar, 8—10 Uhr: Schachabend; Sonntag, 6. Februar: Treffpunkt 2 Uhr. Besuch der Sternwarte. 30 Pf. mitbringen. Dienstag, 8. Februar, 4—7 Uhr: Basteln; Freitag, 11. Februar, 4—7 Uhr: Singsang; Sonnabend, 12. Februar, 8—10 Uhr: Wie wir wandern; Dienstag, 15. Februar, 4—7 Uhr: Spielnachmittag; Freitag, 18. Februar: Zeichennachmittag; Sonnabend, 19. Februar: Wie wir wandern; Sonntag, 20. Februar: Fahrt nach Königswusterhausen, Treffpunkt 7 Uhr am Zahnstocher. 50 Pf. mitbringen. Dienstag, 22. Februar, 4—7 Uhr: Basteln; Freitag, 25. Februar, 4—7 Uhr: Spielen. Sämtliche Veranstaltungen sind im Jugendheim Rathaus, 2 Tr. Montags ist Turnen für alle größeren Kinder von 6—8 Uhr Halle Chausseestraße. Mittwoch, 16. Februar, ½8 Uhr: Elternversammlung im Jugendheim.

Bezirksarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Lehrer. Am Freitag, 4. Februar, 7 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3. 1. Vortrag des Senatspräsidenten Genossen Freymuth: „Die gegenwärtige Rechtsstellung des Beamten". 2. Diskussion. Alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft müssen erscheinen. Die Mitglieder der Verbandsausschüsse haben Zutritt.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

125. **Abt. Weißensee.** Am Dienstag, 1. Februar, verstarb unser Genosse Paul Mietse, Lehderstr. 6, im 71. Lebensjahre. Einäscherung am Montag, 7. Februar, nachmittags 5½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Achtung, Abteilungskassierer! Heute Ausgabe des Februar-„Jugend voran" und der „Arbeiter-Jugend".

Heute 7½ Uhr Abteilungsmitgliederversammlungen:

Moabit I: Schule Waldenserstr. 20. — **Weißensee:** Jugendheim Parkstr. 36. — **Stralauer Viertel:** Jugendheim Goßlerstr. 61. — **Britz:** Rathaus, Chausseestraße 48. — **Neukölln** IV: Jugendheim Rogatstr. 58. — **Adlershof:** Jugendheim Roonstr. 16. — **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5. — **Johannisthal:** Rathaus. — **Niederschöneweide:** Schule Berliner Str. 31. — **Reinickendorf-West:** Jugendheim in der Seidelstraße. — **Tegel:** Jugendheim Bahnhofstr. 15. — **Niederschönhausen:** Schule Blankenburger Str. 69—70. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Ernststr. 18. Pünktlich 7 Uhr Jahresmitgliederversammlung.

*

Moabit II: Gemeindeschule am Stephansplatz. Vortrag: „Nikotin und Alkohol." — **Balkan:** Gemeindeschule Mandelstr. 2. Politisch-satirischer Abend. — **Rosenthaler Vorstadt:** Jugendheim Zehdenicker Straße. Vortrag: „Ich und die Gemeinschaft." — **Frankfurter Viertel:** Jugendheim Rigaer Str. 108. Vortrag: „Stammt der Mensch vom Affen ab?" — **Schöneberg** I: Jugendheim Hauptstr. 15. Vortrag: „Bub und Mädel." — **Halensee:** Schule Joachim-Friedrich-Straße. Vortragsreihe: „Der Mensch und seine Rechte am Boden." — **Neukölln** V: Aelterengruppe beim Genossen Edwin Lautenbach, Mareschstr. 12.

Werbebezirk Neukölln: Am 5. und 6. Februar Wochenendkursus für Funktionäre in der Jugendherberge Zossen. Treffpunkte: Sonnabend 6 und ½8 Uhr abends Bhf. Neukölln.

Ist Wohlfahrtspflege produktionsfördernd?

Geschichte und Definition der Wohlfahrtspflege.

Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt veranstaltet eine Reihe von Vorträgen über „Wohlfahrt und Wirtschaft". Der letzte Abend behandelte das Thema „Ist Wohlfahrtspflege produktionsfördernd?" Wir geben in folgendem dazu einem Fachmann, unserem medizinischen Mitarbeiter Dr. Norbert Marx, das Wort. D. Red.

Während im Mittelalter und noch lange in der Neuzeit die Wohlfahrtspflege von der Kirche nur als ein Mittel zur Erlangung der Gnade eines göttlichen Wesens betrieben wurde, der Notleidende also, als ein dem Reichen gesandtes Objekt zur Erlangung von Verdiensten im Jenseits betrachtet wurde, änderte sich dieser Zustand zu Beginn der französischen Revolution durch Errichtung des sogenannten Wohlfahrtsausschusses. Und es steht zum erstenmal das Volk vom Objekt des Regierens zum Subjekt auf. Heute können wir nun die Wohlfahrtspflege dahin definieren, daß sie ein dem Individuum auf Grund seiner Staatsangehörigkeit angeborenes Recht auf Hilfe in der Not darstellt. In der Zeit des Hochkapitalismus wird aber dieses Recht von der herrschenden Klasse dahin eingeschränkt, daß nur im Falle der Bedürftigkeit eine Fürsorge gewährt wird, die sich nach dem Grad der Bedürftigkeit richtet. Es fallen daher alle Leistungen aus der Reichsversicherungsordnung, also Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung nicht unter den Begriff der Wohlfahrtspflege, da sie auf Grund der früheren Arbeitsleistung einen Rechtsanspruch darstellen. Wir können deshalb sagen, daß die gesamten Leistungen der Sozialversicherung erworben werden, während das Anrecht auf die Wohlfahrtspflege angeboren ist.

Umfang der Wohlfahrtspflege.

Um zu beurteilen, ob die Wohlfahrtspflege als ein wertschaffender Faktor in unserer Wirtschaft betrachtet werden kann, müssen wir uns zuerst einen Ueberblick über den Kreis ihrer Anwärter schaffen. Sie umfaßt erstens alle Volksgenossen, die keinen Anspruch auf die Leistungen der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung haben, also die Opfer der Inflation aus dem bürgerlichen Lager, die Klein- und Sozialrentner, die Opfer des Krieges, nämlich die Schwerkriegsbeschädigten und diejenigen, die durch die Umwälzung der Wirtschaft gezwungen sind, sich für einen neuen Beruf umzuschulen, dann die Kriegerwitwen, Kriegerwaisen und Kriegereltern, d. h. alte Ehepaare, deren einziger Ernährer der gefallene Sohn war. Weiter umfaßt die Wohlfahrtspflege noch die Fürsorge für Strafentlassene, die gefährdeten Frauen, die Krüppel und die Psychopathen, die Blinden und Taubstummen sowie die Opfer der Volksseuche, nämlich der Tuberkulose und die Tuberkulosebedrohten, die nicht versicherten mittellosen Geschlechtskranken und die Alkoholiker. Für die Kranken der drei letzten Gruppen treten heute aber schon die Träger der Sozialversicherung durch die sogenannte vorbeugende Fürsorge bzw. durch die satzungsmäßigen Leistungen der Krankenkassen bei der Behandlung der einzelnen Kranken ein. Da diese Fürsorge auf Grund erworbener Rechte gewährt wird, kann sie in diesem Zusammenhang außer Acht bleiben.

Produktive Wohlfahrtspflege.

Die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsopfer beträgt in Deutschland etwa rund 770 000 Kriegsbeschädigte, 30 000 Kapitulanten, 400 000 Kriegerwitwen, 1 050 000 Kriegerwaisen und 200 000 Kriegereltern, also rund 2½ Millionen Menschen, d. h., jeder dritte Deutsche ist rechtlich als Kriegsopfer anerkannt. Aus dieser Zahl scheiden auf Grund ihres Alters die Kriegereltern aus dem Produktionsprozeß aus. Bei den Kriegsbeschädigten bedürfen nur diejenigen eines Berufswechsels, die infolge ihrer Verwundung oder Erkrankung ihren früheren Beruf aufgeben mußten. Da die Kriegerwitwe meistens schon vor ihrer Ehe berufstätig war, konnte versucht werden, sie wieder in ihrem früheren Beruf unterzubringen. Anders steht dies mit der Million Kriegerwaisen. Diese Kinder müssen von Staatswegen einem gelernten Beruf zugeführt werden, um nicht das durch die Kriegsindustrie ungeheuer angeschwollene Heer der ungelernten Arbeiter noch zu vermehren. Die Fürsorge für die Inflationsopfer kann nur eine negative Betätigung sein, da diese Personen schon aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren. Wesentlicher ist die Betreuung der Strafentlassenen durch Vermittlung einer Arbeit, die dem Betreffenden ein auskömmliches Einkommen sichert. Dies ist die einzige Art, wie sich die bürgerliche Gesellschaft am sichersten vor ihren Opfern, den von ihr als asozial bezeichneten Elementen schützen kann. Im Zusammenhang damit ist auf die nordamerikanische Gesetzgebung hinzuweisen, die bei Gewohnheitsverbrechern, die medizinisch als Geisteskranke im weitesten Sinne zu betrachten sind, die Unfruchtbarmachung gestattet. In diesem Falle ist die Vermeidung erblich belasteter Nachkommen die einzige produktive Fürsorge. Aehnlich ist es bei den gewerbsmäßigen Prostituierten. Es wurde nämlich durch einen Psychiater festgestellt, daß 80 Proz. aller untersuchten Prostituierten als geistig minderwertig in intellektueller Hinsicht zu betrachten sind. — Anders sind die Frauen vom fürsorgerischen Standpunkt zu bewerten, die durch langandauernde Erwerbslosigkeit sich gezwungen glaubten, ihren Körper zu verkaufen. Hier hat die Gefährdetenfürsorge einzugreifen, die aber vollkommen von der Polizei getrennt sein muß. Diesen Frauen muß, wenn ihnen keine Arbeit nachgewiesen werden kann, die ihnen ein ausreichendes Einkommen gewährleistet, außer einer freien Unterkunft Erwerbslosenunterstützung gegeben werden. Es muß aber hier betont werden, daß die heutigen Sätze der Erwerbslosenfürsorge unzureichend sind. Diese ungenügenden Sätze, die auf Drängen der Industrie, die angeblich keine höhere Belastung tragen könne, gezahlt werden, stellen, da sie keine Kaufkraft repräsentieren, nur eine unproduktive Fürsorge dar. Auch hier kann nur eine ausreichende Unterstützung die Konsumtionskraft der breiten Massen heben. Abzulehnen ist aber jede Unterbringung von gefährdeten Frauen in sogenannten Magdalenenhäusern und anderen kirchlichen Gründungen, da diese Einrichtungen nur übelste Preisdrückerei durch ihre schlechtbezahlten Heimarbeiterinnen treiben. Einen großen Umfang in der Wohlfahrtspflege nimmt die Fürsorge für Krüppel, Taubstumme, Blinde und Psychopathen ein. Es wurden bei der Krüppelzählung im Jahre 1906 (neuere Zahlen liegen nicht vor) 98 263 unter 15 Jahren festgestellt, d. h., auf 10 000 Einwohner 15 Krüppel im schulpflichtigen Alter; von diesen waren 56 320 heimbedürftig. 88 Proz. dieser Krüppel waren geistig gesund. Wenn man bedenkt, daß zu diesen schulpflichtigen Krüppeln noch ungefähr 150 000 Krüppel im erwerbsfähigen Alter kommen, so ergibt sich ein ungeheurer Ausfall an wertschaffenden Menschen, die bei entsprechender ärztlicher Behandlung, wenn auch nicht Mehrer am Volksvermögen, so doch zu Selbsternährern ausgebildet werden können. Man hat damals errechnet, daß der jährliche Ausfall am Nationaleinkommen etwa 200 Millionen Mark beträgt. Aus dieser Zahl der Vorkriegszeit ergibt sich, welche Summe durch eine entsprechende Fürsorge dem Volksvermögen durch Ausbildung und Beschäftigung von bildungsfähigen Krüppeln erworben werden könnte. Auch die rund 55 000 Blinden und Taubstummen können, soweit es sich nicht um hochgradig Schwachsinnige handelt, für Berufe ausgebildet werden, die ihnen ein einigermaßen auskömmliches Einkommen sichern. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Psychopathen, die bei unsachgemäßer Erziehung sehr leicht zu Verbrechern werden. Auch hier ist eine geregelte, den Fähigkeiten entsprechende Erwerbstätigkeit der beste Schutz für die Gesellschaft. Bei den drei Volksseuchen handelt es sich, soweit nicht die Leistungen auf Grund der Reichsversicherungsordnung in Betracht kommen, um vorbeugende Fürsorge für die bedrohten Angehörigen. Bei tuberkulosegefährdeten Kindern, wenn der Kranke nicht in ein Heim oder eine Heimstätte gebracht werden kann, ist durch Mietebeihilfe für eine größere Wohnung, durch leihweise Ueberlassung von Betten und Bettzeug für eine Isolierung der Gesunden von den Kranken während der Nacht Sorge zu tragen. Bei den Alkoholikern ist außer rechtzeitiger Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt die notwendige Entmündigung des Kranken vor dem wirtschaftlichen Ruin der Familie anzustreben. Ueber die Geschlechtskrankheiten sind bei ihren bekannten vernichtenden Folgen für die Nachkommenschaft — ein großer Teil von schwachsinnigen und Idioten stammt von syphilitischen Eltern — keine Worte zu verlieren.

Zusammenfassung.

Wir können also vom produktionspolitischen Standpunkt aus alle Wohlfahrtspflege für produktionsfördernd halten, mit Ausnahme der Fürsorgemaßnahmen für dauernd Erwerbslose, unheilbar Kranke und Greise. Nach ihrer Bedeutung für das Volksvermögen sind in der Wohlfahrtspflege drei Arten zu unterscheiden: 1. negative Fürsorge für die Opfer der Inflation und des Krieges; 2. positive Maßnahmen, Schutz der bedrohten Umwelt, z. B. bei Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten; 3. produktive Ausbildung von Krüppeln, Kriegerwaisen usw., und ihre Umwandlung aus Verzehrern in Mehrer des Volkseinkommens. Dieser theoretischen Einteilung steht aber die Tatsache gegenüber, daß wir in Deutschland durch die Rationalisierung auf unabsehbare Zeit zwei Millionen Arbeitslose haben werden, die als vollerwerbsfähig zuerst wieder in den Arbeitsprozeß eingereiht werden müssen, ehe solche Kräfte Beschäftigung finden können, die als Erwerbsbeschränkte nur als Eigenproduzenten zu bewerten sind.

Unsere Stellung als Sozialisten zu der bürgerlichen Wohlfahrtspflege können wir aber dahin festlegen, daß wir sie wegen ihres sogenannten ethischen Gedankens, der in der Anerkennung der Armut als eines Klassenzustandes infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse liegt, im allgemeinen ablehnen müssen. Auch die Schaffung der Arbeiterwohlfahrt, die aus der Not der Nachkriegszeit geboren wurde, widerspricht nicht dieser Grundeinstellung, denn das Bestreben der herrschenden Klassen ist darauf gerichtet, durch Gewährung geringer Gaben eine Aussöhnung und ein Vergessenmachen der Klassengegensätze herbeizuführen. Wir verlangen als Sozialisten letzten Endes die Umwandlung und Eingliederung der gesamten Wohlfahrtspflege in eine Volksversicherung, auf die jeder Staatsangehörige ein angeborenes, unverlierbares Anrecht hat.

*

Der 3. Vortrag zu dem Thema „Wohlfahrtspflege und Wirtschaft" findet am Freitag, den 11. Februar statt. Ernst Hamburger, Breslau, spricht über „Reform der Wohlfahrtsverwaltung".

Aus den Bezirken.

3. Bezirk — Wedding.

In der letzten Bezirksverordnetenversammlung wurde vor Beginn der Tagesordnung eine Erklärung des Vorsitzenden der kommunistischen Fraktion verlesen, in der die Ausführungen des Genossen Klose in der letzten Bezirksverordnetensitzung, daß der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion neben dem Beruf als Gastwirt noch Automobilführer sei, also einen doppelten Beruf ausübe und einem Erwerbslosen das Brot wegnehme, als Verleumdung und Lüge bezeichnet wurden; denn er habe noch nie einem Erwerbslosen das Brot weggenommen, und seinen Automobilführerschein habe er schon vor zwei Jahren abgegeben. Demgegenüber erklärte Genosse Klose, er halte seine Behauptungen aufrecht, denn er habe Beweise dafür, daß der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion neben dem Gewerbe als Gastwirt den Chauffeurberuf ausgeübt habe. Auch bezweifle er, daß dieser seinen Führerschein schon vor zwei Jahren abgegeben habe. Seine genauen Informationen besagen etwas anderes. Als erster Punkt stand die Wahl des Vorstandes der Bezirksverordnetenversammlung auf der Tagesordnung. Als Vorsteher wurde Genosse Kaasch gewählt. Da die Kommunisten es ablehnten, der SPD., die die stärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung stellt, den Posten des Vorstehers zuzugestehen und einen eigenen Kandidaten aufstellten, beschloß die SPD., bei der weiteren Besetzung des Vorstandes auch nicht für die kommunistischen Kandidaten zu stimmen. Infolgedessen wurden zum ersten Vorsteherstellvertreter ein Mitglied der Bürgerlichen Vereinigung, zum zweiten Stellvertreter ein Mitglied der demokratischen Fraktion gewählt. Erster Schriftführer wurde Genosse Fendel, erster Stellvertreter des Schriftführers Genosse Fuß. Die Kommunisten fielen bei der Besetzung des Vorstandes ganz aus.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Die erste Bezirksversammlung dieses Jahres brachte zunächst zu aller Ueberraschung die Wiederwahl des vorjährigen Vorstandes durch Akklamation. Die Deutschnationalen hatten also die angekündigte Kraftprobe mit der Präsentierung von Herrn Dethleffsen nicht durchzuführen gewagt, — der Fall lag zu aussichtslos. Vorsteher ist also wieder Herr Brix (Dem.), Stellvertreter Herr Hetzer (Dnat.) und Genosse Kawerau. Diesem friedlichen Anfang entsprach der Fortgang, zwei Vorlagen für das Krankenhaus Kirchstraße und das Waldhaus Charlottenburg wurden glatt angenommen; der Nachtragsvertrag mit der Neu-Westend-Aktiengesellschaft betr. Spandauer Chaussee ging auf unseren Wunsch in einen Ausschuß, ebenso die Vorlage betr. Abänderung der Fluchtlinien an der Kreuzung der Reichsstraße und Preußenalle. Die Versammlung stimmte dann unserem Antrage zu, den Spielplatz im Schustehouspark zu erhalten und als Parkfläche auszuweisen. Um der Not der Kleingartenbesitzer auf dem Gelände Nord-Westend, die zum 1. April 1927 gekündigt sind, abzuhelfen, brachte unsere Fraktion eine Anfrage ein, die vom Bezirksamt Zuweisung von Ersatzland zur Dauersiedlung und ebenso von Ersatzwohnungen verlangt. Das Bezirksamt wird erst in der nächsten Sitzung Antwort geben können. Entgegen dem Auftakt im vorigen Jahr, wo die kommunistische Fraktion einen großen Tribünenspektakel arrangiert hatte, schwieg sich diesmal auf der äußersten Linken alles aus.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde für den deutschnationalen Vorsitzenden Lorenz, der „amtsmüde" ist, der Bezirksverordnete Domke gewählt. Im übrigen wurden die bisherigen Mitglieder des Vorstandes wiedergewählt; wir stellen den zweiten Vorsitzenden in der Person des Genossen Dr. Wieprecht. — In der ersten Sitzung des neuen Jahres mußte auch der Verwaltungsausschuß des Bezirksjugendamtes neu gewählt werden. Man hatte nämlich seinerzeit diesen Ausschuß gebildet ohne Hinzuziehung eines Rabbiners, da eine besondere Synagogengemeinde im Verwaltungsbezirk nicht vorhanden ist. Nunmehr ist das Bezirksamt vom Magistrat dahin belehrt worden, daß die jüdische Gemeinde in Berlin als Synagogengemeinde der einzelnen Verwaltungsbezirke aufzufassen ist. Das Versehen ist nun dadurch ausgeglichen worden, daß die Deutschnationalen eines ihrer Mitglieder zugunsten des Eintritts des Rabbiners in den Verwaltungsausschuß abgegeben haben. Weiterhin ist noch hervorzuheben, daß durch die allseitige Zustimmung zu einer Baufluchtlinienänderung und der Ausweisung einer Freifläche an der Wilhelmsaue ein hübsches Rokokoschlößchen aus der Mitte des 18. Jahrhunderts mit Park der Allgemeinheit erhalten bleibt. So sehr diese Ausgestaltung unseres Stadtteils mit Schmuckplätzen und die Erhaltung von Baudenkmälern zu begrüßen ist, so sehr wird es doch nach wie vor das ernste Bestreben unserer Parteigenossen sein, die namentlich für die minderbemittelte Bevölkerung noch recht sehr in den Anfängen steckende Lösung der Siedlungs- und Wohnungsnot in Fluß zu erhalten, damit in naher Zukunft hoffentlich nicht mehr Wohnungsuchende des schaffenden Volkes in Wohnungen eingewiesen werden müssen, die im entgegengesetzten Teile Groß-Berlins — und damit oft mehrere Stunden weit von ihrer Arbeitsstätte — sich befinden. Der Gedanke der „freien Schule" marschiert nun auch in Wilmersdorf. Bereits vor mehreren Monaten wurde eine freie Schulgemeinde gegründet, deren Mitglieder- und Freundeskreis stetig wächst, so daß zu hoffen steht, daß wir auch bei uns unserer Jugend bald die Tore ihrer Schule weit aufmachen können. — Die „Freie Schulgemeinde" hat am letzten Dienstag in jedem Monat ihre Mitgliederversammlung, die stets von

Massary-Perle
GOLD- u. PURPURMUNDST.
4 ₰
Massary-Delft
GOLD- u. TÜRKIS MUNDST.
5 ₰
Massary-Ritter
GOLD- u. SEIDENMUNDST.
6 ₰
Urteilen Sie selbst!

Der Arzt spricht zum Patienten:
„Sie kennen nicht Maß und Ziel,
Beachten Sie die Warnung:
Sie rauchen viel zu viel!" —

Der andre aus milder Massary
Tut einen tiefen Zug:
„Zuviel kann man wohl rauchen,
Doch nie raucht man genug!"

einschlägigen Vorträgen eingerahmt ist, im „Viktoriagarten". Nähere Auskünfte erteilt und Anmeldungen nimmt entgegen Genosse Lehrer Hahn, Berlin-Schmargendorf, Dennhauser Str. 4.

13. Bezirk — Tempelhof.

Die erste Bezirksversammlung am 27. Januar befaßte sich mit der Neuwahl des Vorstandes. Dr. Jäger (Dnat.) eröffnete die Sitzung und widmete dem ehemaligen Mitglied Postmeister Hesse, der anfangs des Monats verstorben ist, einen warmen Nachruf. Daraufhin erfolgte die Wahl des ersten Vorsitzenden. Für unsere Fraktion gab Genosse Hille die Erklärung ab, daß sie als stärkste Partei Anspruch auf den Posten des ersten Vorsitzenden erhebe und brachte Genossen Burgemeister in Vorschlag. Von der rechten Seite des Hauses wurde wiederum Dr. Jäger präsentiert. Von 32 abgegebenen Stimmen entfielen auf jeden Kandidaten 16. Das Los entschied für unseren Genossen Burgemeister, der nunmehr den Vorsitz übernahm. Er dankte seinem Vorgänger für seine objektive Geschäftsführung und versprach ebenfalls alles zu tun, um das ihm zugefallene Amt nach bestem Wissen zu verwalten. Mit einer bürgerlichen Mehrheit von einer Stimme wurde Herr Nolte zum Schriftführer gewählt. Bei der Wahl des stellvertretenden Schriftführers wurde von der Rechten Rektor Janetzki (Dnat.), von den Kommunisten Blank vorgeschlagen. Da Stimmengleichheit herrschte, mußte abermals gelost werden. Das Los entschied zugunsten Janetzkis. Zweiter Schriftführer wurde Städicke von der KPD. Ein Antrag unserer Fraktion, betr. Verlängerung der Straßenbahnlinie 66 bis zum Bahnhof Tempelhof, wurde dem Bezirksamt zur Prüfung durch die Verkehrsdeputation überwiesen. Eine Vorlage über die Renovierung des Jugendheims Mariendorf wurde mit allseitiger Befriedigung zur Kenntnis genommen. Einem Antrag der Deutschnationalen, betreffend Säuberung und Wiederherstellung der durch den umgeleiteten Verkehr beim Bau der Berliner Straße vollständig zerfahrenen Straßen in der Tempelhofer Feld-Siedlung, wurde zugestimmt. Angenommen wurde ein Antrag der Kommunisten, den Neubau des Verwaltungsgebäudes sofort in Angriff zu nehmen. Ein weiterer Antrag derselben Partei, die strikte Durchführung der 45stündigen Arbeitszeit in allen städtischen Bureaus und Dienststellen vorzunehmen, wurde, da keine Einigung erzielt werden konnte, abgelehnt. Schließlich fand noch ein Antrag der Kommunisten, den Notstandsarbeitern den Lohnausfall in Höhe der Erwerbslosenunterstützung zu bezahlen, nach einer längeren Debatte Annahme.

14. Bezirk — Neukölln.

Die erste diesjährige Bezirksversammlung brachte die einstimmige Wiederwahl des Genossen Heitmann als Vorsteher. Zum Punkt: Wahl eines besoldeten Bezirksamtsmitgliedes berichtete Genosse Gutschmidt aus dem hierzu eingesetzten Wahlausschuß. Er betonte, daß eine Uebereinstimmung in bezug auf die Person nicht erzielt werden konnte, da die einzelnen Fraktionen an ihren Kandidaten festhielten. Die sozialdemokratische Fraktion schlage als Nachfolger für den verstorbenen Stadtrat Dr. Silberstein den Bezirksverordneten Hugo Albrecht vor. Der Kandidat der Kommunisten war der Bezirksverordnete Farwig. Die Demokraten ließen erklären, daß sie nur für einen Fachmann stimmen können, da nur ein Arzt in der Lage sei, das Erbe eines so verdienstvollen Leiters des Neuköllner Gesundheitswesens, wie des verstorbenen Stadtrats Dr. Silberstein zu übernehmen. Dr. Bierbach lehnt im Namen der gesamten Rechten die Verantwortung für die Wahl eines Nichtfachmannes ab. Barth (KPD.) wandte sich dagegen, daß der Stadtmedizinalrat Dr. v. Drigalski versucht habe, in einem Schreiben an die Neuköllner Bezirksversammlung diese zugunsten der Wahl eines Arztes zu beeinflussen. Die Kommunisten machen noch einmal ihren Anspruch auf diese Stelle geltend, da sie ja im Bezirksamt ihrer Stärke entsprechend nicht vertreten seien. Der kommunistische Redner erörterte die Besprechungen zwischen SPD. und KPD. und verdrehte dabei — verbunden mit den üblichen wüsten Beschimpfungen unserer Partei — die Tatsachen so, daß unser Genosse Harnisch in längeren Ausführungen unter Klarstellung der Vorgeschichte dieser Wahl die Anwürfe der Kommunisten mit der notwendigen Schärfe zurückweisen mußte. Als nunmehr der Vorsteher erklärte daß von den Demokraten der Vorschlag Dr. Mathies, von den Sozialdemokraten Hugo Albrecht und von den Kommunisten Farwig eingegangen sei, erklärten die Kommunisten, daß sie den Vorschlag Farwig zurückziehen und dafür den Dresdener Arzt und Stadtverordneten Dr. Schminke in Vorschlag bringen. Im ersten und zweiten Wahlgang erhielt Albrecht 25 Stimmen, Dr. Schminke 17 und Dr. Mathies 11 Stimmen. Genosse Albrecht erhielt die Stimmen unserer Fraktion (ein Mitglied fehlte krankheitshalber), Dr. Schminke die der KPD., der von den Demokraten vorgeschlagene Dr. Mathies die Stimmen der bürgerlichen Linken und einige der Deutschnationalen. Die Stichwahl brachte die Entscheidung für den Kommunisten Dr. Schminke, der mit 28 gegenüber 25 Stimmen für Albrecht gewählt wurde. Die Demokraten gaben weiße Zettel ab. Für den Kommunisten stimmten neben der KPD. sämtliche Volksparteiler, Deutschnationalen und auch die vom völkischen Flügel. Kommunisten und Deutschnationale mit Völkischen in einer Front! Der Vertreter der „einzigen Arbeiterpartei" mit Hilfe der Todfeinde der Arbeiterschaft zum Stadtrat gewählt! Ein weiterer Punkt behandelte die Kündigung von Kleingärten an der Grenzallee. Hierzu führte unser Redner aus, daß die sozialdemokratische Fraktion den berechtigten Wünschen der Kleingärtner jede erfolgversprechende Unterstützung zuteil werden lassen und die vom Bezirksamt angeregten Maßnahmen gutheißen wird. Darauf wurde zu einem kommunistischen Antrag betr. Bewilligung von 1000 M. aus Vorbehaltsmitteln für die Verteilung an die dem Neuköllner Arbeitersportkartell angeschlossenen Vereine Stellung genommen. Genosse Fechner gab den Standpunkt unserer Fraktion bekannt und beantragte, die geforderte Summe auf 2000 M. zu erhöhen, da mit 1000 M. nicht viel anzufangen sei. In seinen Ausführungen mußte er oft auf die schiefen und nicht gerade sachlichen Argumente der Kommunisten eingehen und dieselben richtigstellen. Unser Antrag fand die Zustimmung der Versammlung.

17. Bezirk — Lichtenberg.

Zwei neue besoldete Stadträte brachte die zweite Tagung der Bezirksversammlung am 2. Februar. Es wurden gewählt Genosse Weiß, bisher unbesoldeter Stadtrat im 17. Bezirk, und Regierungsbaumeister a. D. Preindl (Bürgerlich). Vorher gab es lange Geschäftsordnungsdebatten der KPD. mit wüsten Schimpfereien gegen die Sozialdemokraten. Ein Antrag auf Schaffung von Versammlungsräumen und Erweiterung der Erfrischungsräume im Stadion gab der Frau Rosenthal (KPD.) Anlaß zu einem Angriff auf Stadtarzt Gen. Dr. Loewenstein wegen seines nach ihrer Ansicht nicht genügenden Eintretens für ein Alkoholverbot im Freibad an der Oberspree. Gen. Stadtrat Thurm begrüßte den Antrag und legte dar, daß für das Stadion unbedingt etwas geschehen müsse. Er vermißte das sonst so große Wohlwollen für Sport bei der Zentrale hier vollständig. Weiter wies er die Angriffe auf den Stadtarzt als vollkommen unbegründet zurück. Längere Zeit brauchte die Aussprache über eine Anfrage der KPD. über das Zusammenarbeiten des Wohlfahrtsamtes mit der privaten Arbeitsgemeinschaft der Hauspflegevereine. Gen. Stadtrat Thurm gab eine Uebersicht über die Zusammenarbeit. Nach Ausführungen der Frau Rosenthal (KPD.) und der Genossin Scheibenhuber wurde die Angelegenheit mit einem Antrag der KPD. der Wohlfahrtskommission überwiesen.

In der ersten Bezirksversammlung am 27. Januar wurde Gen. Gustav Tempel wieder als Vorsteher gewählt, als Stellvertreter wurde Riesebrodt (Mitte), Arndt (SPD.) gewählt. Schriftführer wurden Gen. Gronewald, Stellvertreter Wolf (Mitte), Priebe (SPD.) und Otto (Rechte). Die Kommunisten fielen durch ihre Taktik, zu jeder Wahl einen eigenen Kandidaten zu ernennen, vollständig aus. Eine längere Aussprache rief eine Anfrage des Genossen Käming über die Hochwassergefahr in Gartenheimsiedlung Mahlsdorf hervor. Stadtrat Gen. Stimming gab die bereits an anderer Stelle im „Vorwärts" mitgeteilte Erklärung ab. Weiter wies er darauf hin, daß es sich durchweg um Bauten an nichtanbaufähigen Straßen handele, für die nur ausnahmsweise die Genehmigung erteilt sei. Eine wirkungsvolle Abhilfe sei erst mit Regulierung und Kanalisierung der Straßen zu erwarten. Eine Anfrage der KPD. über die 46-Stunden-Woche bei Notstandsarbeiten wurde ebenfalls vom Stadtrat Stimming beantwortet. Ein Antrag der KPD., der sich gegen jede Erhöhung des Straßenbahntarifs richtet, rief eine längere Debatte zwischen Leetz und Gäbel (KPD.) und dem Genossen Arndt hervor. Gen. Arndt legte eingehend die Gründe dar, die für die Haltung unserer Fraktion maßgebend waren. Die Versammlung lehnte den Antrag mit Mehrheit ab.

Heute, Freitag, abends 7 Uhr
im Berliner Rathause, Königstr., Stadtverordnetensitzungssaal

Kommunale Konferenz

Vortrag des Stadtbaurats Gen. Dr. Ing. Martin Wagner über:
Die Wohnungsnot in Groß-Berlin. — Das sozialdemokratische Wohnungsbauprogramm.

Teilnahmeberechtigt sind: Die sozialdemokratischen Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder, die Stadt- und Bezirksverordneten, die Mitglieder des erweiterten Bezirksvorstandes und die Groß-Berliner Reichs- und Landtagsabgeordneten der Partei — Mitgliedsbuch gilt als Ausweis. **Bezirksverband Berlin SPD., Kommunal-Sekretariat.**

„In Opposition."

Im 4. Kreis, Prenzlauer Berg, der seine Funktionäre zu Montag abend zu einer Versammlung ins „Ledigenheim" eingeladen hatte, hielt Genosse Dr. Mierendorff einen Vortrag: In der Opposition. Der Redner schilderte die Vorgänge bei der jüngsten Regierungsbildung, durch die die Sozialdemokratische Partei in direkte Oppositionsstellung gedrängt ist. Er warf die Fragen auf: Was bedeutet diese Regierung? Was sind nun unsere Aufgaben? Das Ende der stillen Koalition führe zu besserer Tuchfühlung mit der großen Masse. Denn selbst ein Teil der Parteigenossen war mit der Haltung unserer Reichstagsfraktion in der letzten Regierung unzufrieden. Entgegenkommen und Loyalität führten zu nichts, weshalb jetzt stärkere Saiten aufgezogen werden müßten, nachdem unsere Partei systematisch ausgeschaltet, eine Regierung gegen die Arbeiterschaft gebildet wurde. Unsere Politik der Selbstaufopferung sei auf die Dauer nicht möglich gewesen. Das Zentrum habe den Massen gegenüber kein lauteres Spiel getrieben. Die Volkspartei habe den schwarzen und den ostelbischen Flügel der Reaktion herangezogen mit dem Ergebnis, daß sie von beiden erdrückt werde. Sie werde nicht ein zweites Mal mit den Deutschnationalen zusammengehen. Je reaktionärer letztere auftreten, um so energischer werde die Opposition. Die SPD. sei aus dem Erstarrungszustande heraus. Das Bild, der Rechtsblock sei mit einer Sprengpatrone im Leibe geboren, habe etwas für sich. Die SPD. sei im Kampfe groß geworden und werde im Kampfe siegen. Sie müsse jetzt eine Politik der Machtsammlung betreiben.

In der Diskussion wurde von Czkorn gefordert, daß alle Bildungseinrichtungen der Partei mehr als bisher bestrebt sein müßten, auch die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse unter den Massen zu verbreiten. Horn begrüßte es, daß die Partei wieder in der Oppositionsstellung sei. Kemnitz empfahl, die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der Arbeitnehmerschaft in den Vordergrund zu stellen. Zachert würde es begrüßen, wenn als Folge der neuen Regierungsbildung auch die Koalition in Preußen in die Brüche ginge, wobei er jedoch auf den lebhaften Widerspruch der Mehrheit der Funktionäre stieß.

In seinem Schlußwort ging der Referent auf die einzelnen Ausführungen ein und wies sowohl die Auffassung zurück, als ob unsere Partei Opposition nur um der Opposition willen treiben könne, wie insbesondere auch die Auffassung des Landtagsabgeordneten Zachert über die Regierungsverhältnisse in Preußen. Seine Mahnung, alle Kräfte anzuspannen, um unserer Oppositionsstellung erfolgreich zu nützen, wurde vom Kreisvorsitzenden, Genossen Döhnert, unterstrichen. Es gehe jetzt nicht mehr darum, was gewesen sei, sondern darum, was werden soll.

Kommunisten holen Polizei.

Die Bezirksversammlung Friedrichshain kommt infolge der parlamentarischen Unfähigkeit ihrer beiden extremen Flügelparteien zu keiner praktischen Arbeit mehr. In der letzten Sitzung bewiesen wieder die Kommunisten, wie wenig ihnen an der Erledigung der Tagesordnung gelegen ist. Eine Anfrage der K.P.D., die der Bezirksverordnete Bittorf äußerst unsachlich begründete, beschäftigte sich mit den Räumen in der Erwerbslosenfürsorge. Stadtrat Gen. Brückner konnte in der Beantwortung nachweisen, daß schon längst neue Räume in der Mühlenstraße bereitgestellt sind, so daß der Antrag überflüssig war. Einem weiteren Antrag der Kommunisten, das Tagesheim für erwerbslose Jugendliche zu schließen, wurde von Stadtrat Gen. Brückner dahin beantwortet, daß sich die Verhetzung der Jugendlichen im Heim Ebertystraße durch einzelne unverantwortliche Personen bis zur Unerträglichkeit gesteigert hatte, ehe man zur schärfsten Maßnahme schritt. Die Meldungen für die anfangs unbeliebten Werkkurse nahmen so zu, daß Parallelkurse eingerichtet werden mußten. Gen. Theek begründete einen Antrag unserer Fraktion, der sich scharf gegen die weitere Auflösung von Volksschulen wandte. Man dürfe bei den elenden räumlichen Verhältnissen in vielen Schulen des Bezirks den Kindern nicht auch noch das Letzte an Licht, Luft und Sonne nehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag unserer Fraktion setzte sich für die Aufhebung der Besoldungsgruppen 1—3 ein. Nach längerer Debatte fand der Antrag in der Ausdehnung auf die Gruppen bis 5 Annahme. Desgleichen ein Zusatzantrag, der auch auf Arbeiter und Angestellten dieses ausgedehnt wissen will. Ein Antrag der Deutschnationalen verlangte Maßnahmen gegen die Verschuldung der Beamten, Angestellten und Arbeiter durch Abzahlungsgeschäfte. Auch er fand einstimmige Annahme. Ein Vertagungsantrag des Stadtv. Schmidt (Ztr.) führte dann zu lebhaften Tumultszenen, die von den Kommunisten immer neu provoziert wurden. Dabei gerieten sie in Gegensatz zu dem die Geschäfte führenden stellv. Vorsteher, dem Kommunisten Osten. Die gegenseitige Behinderung in der geordneten Fortführung der Sitzung durch die Kommunisten wurde zum Gaudium für die große Mehrheit der Versammlung. Eine regelrecht herbeigeführte Abstimmung, die den Kommunisten unangenehm war, führte zu ihrer vollkommenen Blamage. Hilfesuchend schaute sich der Kommunist Osten in dem Durcheinander der Geschäftsordnungsreden seiner Parteifreunde nach dem Vorsteher, dem Gen. Kayser, um. Schließlich flüchtete er mitten in einer Obstruktionsrede seines Genossen Ostrowski von seinem Platz. Damit trat Vertagung ein. Nach Schluß der Sitzung setzten sich vor dem Rathause Auseinandersetzungen von Tribünenbesuchern mit kommunistischen Stadt- und Bezirksverordneten fort. Herr Ostrowski fühlte sich sogar beleidigt. Er sowohl wie seine Parteifreunde Holzfäller und Tscharniel verlangen aus gesichertem Hintergrunde nach der Polizei. Und mit ihrem besonderen Drängen — die Schupoleute wollten vernünftigerweise jedes Aufsehen vermeiden — erreichten sie dann die Verhaftung von zwei Reichsbannerleuten. Wo es ihnen zu brenzlich wird, denunzieren sie sogar Arbeiter der Polizei. Dieses Verhalten kennzeichnet die KPD.-Fraktion in ihrer ganze Größe.

Es ist so leicht, Verdauungsstörungen zu beseitigen!

Man kann mit der größten Leichtigkeit Dyspepsie, Sodbrennen und andere Arten Magenbeschwerden loswerden, welche durch übermäßige Säurebildung im Magen entstehen. Man hat nur einen halben Teelöffel Biserirte Magnesia in etwas warmem Wasser zu nehmen und dann den Erfolg ruhig abzuwarten! Schmerzen und Unbehagen verschwinden schnell, weil Biserirte Magnesia die Säure unschädlich macht, und auf diese Weise beseitigen Sie Ihre Verdauungsstörungen, indem Sie die Wurzel des Uebels ausrotten. Es ist also kein Wunder, daß Tausende Biserirte Magnesia gebrauchen, denn die wunderbar schnelle Wirkung ist ganz merkwürdig! Wenn Sie an irgendeiner Art Verdauungsstörung oder Dyspepsie leiden, kaufen Sie noch heute Biserirte Magnesia in der Apotheke, nehmen Sie nach Vorschrift ein, und Sie werden über das Ergebnis sehr erfreut sein!

In jeder Apotheke in Pulver- und Tablettenform zu M. 1.50 und M. 3.00 die Flasche.

Nudel-Reklame

bis Donnerstag, den 10. Februar

Auf jedes Pfund Nudeln oder Makkaroni eine Rippe Qualitäts-Schokolade

Unsere Teigwaren, aus allerbestem Material nach neuestem Verfahren in eigener, modernster Fabrik hergestellt, sind von unübertroffener Qualität

Eier-Bandnudeln	Pfd.	62 Pf.
Eier-Fadennudeln	Pfd	68 Pf.
Eier-Hörnchen	Pfd	66 Pf.
Eier-Makkaroni	Pfd.	72 Pf.

Reichelt

Bandnudeln	Pfd.	46 Pf.
Fadennudeln	Pfd.	52 Pf.
Figurennudeln	Pfd.	50 Pf.
Makkaroni	Pfd.	58 Pf.

147 Geschäfte — Eigene Nudelfabrik

Die Regierungserklärung des Bürgerblocks.

Westarp legt das Regierungsprogramm aus. — Sie bleiben Monarchisten!

Der Plenarsaal des Reichstags war gestern bei Beginn der Sitzung nur mäßig besetzt, dagegen die Tribünen überfüllt. In der Diplomatenloge sieht man u. a. den Botschafter der Vereinigten Staaten Mr. Schurman. Nach und nach nehmen auf der Regierungsbank unter Führung des Reichskanzlers Dr. Marx die Mitglieder des neuen Kabinetts Platz.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Er verliest die bereits bekannte dem Reichstag amtlich mitgeteilte Ministerliste.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangen die Kommunisten die sofortige Behandlung einiger von ihnen eingebrachten Interpellationen über den Achtstundentag, die Wohnungsnot und die Konkordatsfrage.

Präsident Löbe erklärt hierzu, daß nach der Geschäftsordnung die Verbindung dieser Interpellationen mit der Erklärung der Regierung unzulässig sei. Das Haus tritt dann in die Beratung der Tagesordnung ein: Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Marx:

Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volksvertretung tritt, ist sich einig, daß die Grundlage unserer Politik, die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar gegründeten republikanischen Staatsform, auch für die Arbeit der neuen Regierung volle Geltung behalten soll. Sie wird entsprechend der feierlichen Erklärung des Herrn Reichspräsidenten in dem an mich gerichteten Briefe vom 20. Januar, daß die neue Reichsregierung getreu der geltenden Weimarer Verfassung für das Wohl des Vaterlandes arbeiten solle, ihr gesamtes politisches Handeln einstellen.

Dank dem gesunden Sinn für Ordnung und dem ungebrochenen Lebenswillen des deutschen Volkes kann unser wiederaufgerichtetes deutsches Staatswesen heute als innerlich gefestigt angesehen werden. So soll es auch bleiben: Es ist der feste Wille der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und die Ehre unserer geltenden Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihrer Organe und ihrer Reichsfarben, wie sie in Artikel 3 der Reichsverfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten. Die Reichsverfassung ist durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustande gekommen. Es ist daher auch die selbstverständliche Auffassung aller in der gegenwärtigen Regierung zusammengeschlossenen Fraktionen dieses Hohen Hauses, daß Abänderungen von Einzelheiten der bestehenden Verfassung auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege vorgenommen werden müssen.

Jeden Versuch gewaltsamer oder sonst ungesetzlicher Abänderung wird die Reichsregierung als Hochverrat ahnden.

Insbesondere wird sie auch gegen alle Vereinigungen, die den rechtswidrigen und gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken, vorgehen. Wie sie von allen Deutschen Achtung der Reichsverfassung verlangt, so gilt diese Treupflicht — selbstverständlich unter Wahrung des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts auf freie Meinungsäußerung — vor allem für die Beamten. Diesen ist die Beteiligung an den vorgenannten Vereinen und Bestrebungen zu verbieten.

Der tatkräftige Schutz der Weimarer Verfassung schließt keineswegs aus, der großen Vergangenheit Deutschlands mit Achtung zu gedenken.

Noch vor wenigen Wochen hat in diesem Hohen Hause und an dieser Stelle einer der Herren Abgeordneten mit Recht darauf hingewiesen, daß ein Volk, das seine Geschichte nicht ehrt, nicht wert ist, daß es noch einmal zu einer geschichtlichen Bedeutung kommt. Deshalb soll nach der einmütigen Auffassung der Reichsregierung auch der Vergangenheit und ihren Symbolen Achtung und Ehre gezollt werden.

Reichsschulgesetz auf christlicher Grundlage.

Unsere ganze heute bestehende Kultur ist auf christlicher Grundlage erwachsen. Aus diesem Mutterboden heraus muß sich der Geist des deutschen Volkstums immer wieder erneuern. Solche Gedankengänge werden ihre Auswirkung finden bei dem von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Reichsschulgesetz. Dabei ist für eine grundsätzliche Gleichstellung der in Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten zu sorgen.

Die Rechte und Interessen der Beamtenschaft, auch ihr materielles Wohl nach Kräften zu fördern, betrachtet die Regierung als eine selbstverständliche vornehme Pflicht. Was die Finanzlage des Reichs angeht, so wird es auch in Zukunft das Bestreben der Reichsregierung bleiben, die Interessen des erwerbstätigen Volkes in allen seinen Schichten mit denen der öffentlichen Wirtschaft in Einklang zu halten. Freilich bedarf es dazu äußerster Sorgfalt, um nicht gegenüber den vorhandenen Einnahmemöglichkeiten in Schwierigkeiten zu kommen. In den Rahmen der allgemeinen Finanzlage wird auch das Problem des Finanzausgleichs einzufügen sein. Es wird das Ziel der Reichsregierung sein müssen, eine Uebereinstimmung mit den Ländern über die Gesamtheit des Finanzausgleichsproblems möglichst bald herbeizuführen. Die Reichsregierung hat dabei volles Verständnis für die Wünsche der Länder und ihrer Gemeinden auf ein gesundes Eigenleben.

Reichswehrreform?

Der Wehrmacht wird die Reichsregierung ihre besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmen. Sie wird mit größtem Nachdruck bemüht sein, das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner Wehrmacht in allen Schichten und in allen Parteien zu festigen. **Das Heer muß dem politischen Kampf ein für allemal entzogen werden.** Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 über ungesetzliche Einstellungen wird strengstens durchgeführt werden.

Es werden ferner der Oeffentlichkeit in nächster Zeit ergänzende Anordnungen bekanntgegeben werden, nach denen beim Rekrutierungsverfahren die Berücksichtigung aller verfassungstreuen Volkskreise sowie unter Mitwirkung der Verwaltungsbehörden der Länder durch tatsächliche Auskünfte der ausnahmslose Ausschluß aller verfassungsfeindlichen Elemente bei der Einstellung von Freiwilligen gewährleistet sind.

Daß ich bei der Verkündung und Verwirklichung dieses Programms in vollster Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichswehrminister und den Herren Chefs der Heeres- und Marineleitung zusammenarbeite, stelle ich mit allem Nachdruck fest. Ich richte andererseits an alle Parteien und an die gesamte deutsche Oeffentlichkeit die Aufforderung, auch ihrerseits unserer Wehrmacht das Vertrauen entgegenzubringen, das sie sich durch ihre selbstlose Aufbauarbeit unter den schwersten Bedingungen verdient hat und weiter verdienen soll.

Locarnokurs mit deutschnationaler Hilfe.

Auf keinem Gebiete ist die Stetigkeit in den Zielen der Reichsregierung in höherem Grade die Voraussetzung fruchtbringender Arbeit als auf dem Gebiete der Außenpolitik. Die Stetigkeit ist Grundlage des internationalen Vertrauens. **So versteht es sich von selbst, daß die Reichsregierung die bisherige Außenpolitik** im Sinne der gegenseitigen Verständigung weiter verfolgen wird. Die Außenpolitik, welche die Reichsregierung seit Kriegsende ohne Unterlaß unbeirrt verfolgt und die schließlich zu dem Londoner Dawes-Abkommen, zum Vertragswerk von Locarno und zum Eintritt in den Völkerbund geführt hat, ist gekennzeichnet durch den **Verzicht auf den Gedanken der Revanche**, ihre Tendenz ist vielmehr die Herbeiführung einer gegenseitigen Verständigung. Wie auch immer die Haltung einzelner Parteien in der Vergangenheit gewesen sein mag, für die Zukunft können die durch jene Akte angebahnte Entwicklung und die dadurch geschaffenen Grundlagen allein maßgebend sein.

Reichskanzler und Außenminister würden dem an sie ergangenen Rufe zur Uebernahme ihrer Aemter nicht entsprochen haben, wenn sie nicht durch die geführten Verhandlungen über die Regierungsbildung die feste Gewähr dafür besäßen, daß die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenseitigen Verständigung von allen Mitgliedern des Kabinetts einmütig gebilligt wird und daß hinter dieser einmütigen Billigung diejenigen Fraktionen stehen, welche die Regierung unterstützen.

Noch bedarf es ernster Arbeit, um für unser Volk die Stellung der moralischen und politischen Gleichberechtigung wiederzugewinnen, die ihm unter den anderen Völkern zukommt. An erster Stelle steht dabei die Aufgabe, die freie Ausübung der Souveränität über das deutsche Staatsgebiet wiederherzustellen. Die Reichsregierung muß erwarten, daß sich auch bei der Lösung dieser Aufgabe die Politik der gegenseitigen Verständigung bewähren wird. Der Reichskanzler betonte sodann, daß die Locarno- und Völkerbundspolitik des Reiches keine Herabminderung unseres Interesses an der Pflege unserer sonstigen internationalen Beziehungen zu den großen, außerhalb des Völkerbundes stehenden Staaten bedeutet, insbesondere zu den Staaten, denen wir durch wirtschaftliche und politische Verträge verbunden sind.

Und der Achtstundentag?

Auf das Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik übergehend, erklärte der Reichskanzler: Alle Maßnahmen der Regierung müssen von dem Streben zeugen, nach aller Möglichkeit die ungeheure Zahl der Arbeitslosen zu verringern und die Lage dieser Unglücklichen zu verbessern. Die neue Reichsregierung wird es als ihre besondere Pflicht ansehen, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren. Das im Sommer vorigen Jahres aufgestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm wird zielbewußt zu Ende geführt werden. Die Regierung wird auch weiterhin bemüht sein, durch öffentliche Aufträge, namentlich der Reichspost und Reichsbahn, die Arbeitsmöglichkeiten zu vermehren, den inneren Markt zu stärken und zur Gesundung unserer Wirtschaft das Ihrige beizutragen. Die Leistungsfähigkeit der Arbeitsvermittlung soll gestärkt, das Umschulungs- und Fortbildungswesen, insbesondere zugunsten der jugendlichen Erwerbslosen und der Angestellten ausgenutzt werden. Die Regierung legt entscheidenden Wert darauf, daß der dem Reichstag vorliegende Entwurf eines Gesetzes über

Arbeitslosenversicherung möglichst vor dem 1. April verabschiedet

wird. Wie auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, soll auch für das ganze Arbeitsrecht der große Gedanke der Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer mehr zur praktischen Auswirkung gebracht werden.

Der nächste Schritt wird die Schaffung einer umfassenden Arbeitsschutzgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit sein. Darin soll — ausgehend von den deutschen Verhältnissen — die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe in Einklang mit den internationalen Vereinbarungen geregelt werden. Auf Grund einer solchen Gesetzgebung ist die deutsche Regierung

zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bei entsprechendem Vorgehen der westeuropäischen Industrieländer bereit.

Noch vor dem Inkrafttreten der neuen Arbeitszeitregelung sollen weitere Erleichterungen durch Kürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter besonders gesundheitsschädlicher Industrien geschaffen und auch im übrigen Mißstände auf dem Gebiet der Arbeitszeit beseitigt werden.

In der Sozialversicherung erstrebt die Reichsregierung möglichste Einfachheit, Uebersichtlichkeit und Wirtschaftlichkeit und tritt — wo sich noch Lücken zeigen — für den geeigneten Ausbau ein. Den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen gilt die besondere Sorge der Reichsregierung. Das landwirtschaftliche Siedlungswerk in dünnbevölkerten Gebieten wird die Reichsregierung nachhaltig fördern. Auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege wird die Reichsregierung den bisherigen Weg zielbewußt weitergehen, die Fürsorgepflichtverordnung soll und muß so durchgeführt werden, wie ihr Sinn und Zweck es erfordern. Das deutsche Volk reicht allen Kulturvölkern die Hand in dem ernsten Streben, dem sozialen Fortschritt in der ganzen Welt zu dienen. Die Reichsregierung wird deshalb auch fürder regen Anteil nehmen an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes.

Abbau der Wohnungs-Zwangswirtschaft.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot durch Förderung des Wohnungsbaues wird nachdrücklichst betrieben werden, so daß der schlimmste Notstand in einigen Jahren behoben sein wird. Dem Fortschreiten des Wohnungsbaues muß der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft schrittweise folgen. Dem landwirtschaftlichen Wohnungsbau wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen. Verbesserter Wohnraum ist bei entsprechenden Löhnen die Voraussetzung für vermehrte Einstellung deutscher Arbeiter auf dem Lande.

Das Wirtschaftsprogramm.

Die zunehmende Verflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft, sein steigender Anteil am Weltmarkt berechtigen ebenso wie deutliche Anzeichen der Erholung seines Binnenmarktes von der schweren Krise des Winter 1925/26 zu der Hoffnung wirtschaftlichen Wiederaufstiegs. Die Regierung wird durch Ausbau des Handelsvertragswerks und durch Exportförderung den Absatz unserer Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu erweitern tatkräftig bemüht sein. **Alle Maßnahmen, die bestimmt und geeignet sind, wirtschaftsfeindliche Schranken zu beseitigen und Wirtschaftssolidarität zu wecken, wird sie bereitwillig unterstützen.** Sie wird sich an der Weltwirtschaftskonferenz durch tätige Mitarbeit beteiligen. Die Pflege unserer heimischen Landwirtschaft wird sich die Reichsregierung ganz besonders angelegen sein lassen. Es wird darauf Bedacht genommen werden müssen, daß die schwebenden Schulden der Landwirtschaft in langfristigen Realkredit zu tragbaren Bedingungen übergeführt werden und das ein Sinken des allgemeinen Zinsfußes auch den landwirtschaftlichen Schuldnern zugute kommt. Nur durch Sicherung des Ertrages der landwirtschaftlichen Arbeit wird es gelingen, eine gesündere Bevölkerungsverteilung anzubahnen, das Abströmen der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Städte aufzuhalten und deren Arbeitsmarkt zu entlasten.

Die Erhaltung einer möglichst großen Anzahl leistungsfähiger Eigenbetriebe von Handwerk, Handel und Gewerbe hält die Reichsregierung für eine volkswirtschaftliche, soziale und staatspolitische Notwendigkeit. Zur Förderung des Handwerks soll unter anderem der Entwurf einer **Novelle zur Gewerbeordnung** dienen, die wichtige handwerkliche Fragen neu regeln wird. Die monopolistische Ausbeutung des deutschen Marktes muß verhindert und dafür gesorgt werden, daß die Ereignisse der wirtschaftlich fortgeschrittenen Organisationsformen und der sich entwickelnden Rationalisierung allen Teilen der Bevölkerung zugute kommen. Die Reichsregierung wird sich nach Kräften für die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung einsetzen. Dazu gehört auch die Förderung der Kapitalbildung und weitere Senkung des Zinsfußes, sowie Erleichterung der Kreditgewährung. Ziel aller Einzelmaßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik ist Ausgleich der Interessen und Eingliederung aller Wirtschaftskräfte in den Dienst am Gemeinwohl.

Nach endgültiger Konstituierung des Reichswirtschaftsrates wird die Reichsregierung die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft im Geiste der kürzlich im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zustandegekommenen Einigung weiter ausbauen.

Hergt soll die Justiz reformieren!

Auf dem Gebiete der Rechtspflege harren große Aufgaben der Erledigung. Der Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches, der uns auch die Rechtseinheit mit Oesterreich auf diesem wichtigen Gebiete bringen soll, wird voraussichtlich in diesem Frühjahr dem Hohen Hause vorgelegt werden. Damit in engster Verbindung steht der gleichfalls vorbereitete Entwurf des Strafvollzugsgesetzes, durch den der alte Wunsch nach einer reichsrechtlichen Regelung des Strafvollzuges verwirklicht werden soll. In der tätigen Mitarbeit an der Gestaltung und Fortbildung der zwischenstaatlichen Rechtsbeziehungen sieht die Reichsregierung eine wichtige Gegenwartsaufgabe. Neben der von dem Deutschen Juristentag zur Prüfung der Reformbedürftigkeit des Aktienrechts eingesetzten Kommission nimmt die Prüfungsarbeit der Reichsregierung ihren Fortgang, die mit Beschleunigung gefördert werden soll. Mit ernster Sorge sieht die Reichsregierung, wie Rechtsprechung und Gerichte mehr und mehr zum Gegenstand einer maßlosen öffentlichen Kritik gemacht werden. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß die Justiz, um ihren hohen Beruf zu erfüllen, des Vertrauens der Bevölkerung nicht entbehren kann und wird zur Festigung dieses Vertrauens tun, was in ihren Kräften steht. Das hohe Gut der richterlichen Unabhängigkeit, die unentbehrliche Grundlage jeder geordneten Rechtspflege, ist die Reichsregierung gewillt, mit allen Mitteln zu schützen. Zum Schluß erklärte der Reichskanzler, die neue Regierung werde mit Ernst und Festigkeit an die von ihr übernommene schwere Arbeit herangehen und ihr Bestes einsetzen, um auf dem Wege zum Wiederaufstieg unser Reich und Volk vorwärts zu bringen, und appellierte an die Mitarbeit der deutschen Volksvertretung und an ein geschlossenes Zusammenhalten des Volkes.

Die außerordentlich lange Erklärung des Reichskanzlers wird von den Kommunisten wiederholt durch Zurufe unterbrochen. Der Beifall am Schlusse der Rede, die beim Reichskanzler zuletzt außerordentlich eintönig vorgetragen wird, ist sehr mäßig. Das Haus tritt dann in die Besprechung der Erklärung ein.

Demokratischer Mißtrauensantrag.

Präsident Löbe teilt mit, daß folgender Antrag eingegangen sei: Die Reichsregierung hat nicht das Vertrauen des Reichstags. Koch-Weser, Erkelenz (Dem.) und Genossen. (Gelächter rechts, Zischen links.) Es sind ferner zwei kommunistische Mißtrauensanträge eingegangen.

Nach der Rede des Reichskanzlers trat das Haus in die Besprechung der Regierungserklärung ein. Als erster Redner sprach Genosse **Hermann Müller**, dessen Rede wir im Hauptblatt wiedergeben.

Abg. Graf Westarp (Dnat.):

Das Ziel, das wir uns auf dem Kölner Parteitag vom 9. September 1926 gesetzt hatten, und das wir seitdem in gerader Linie verfolgt haben, ist erreicht. Das kann und soll **ein Wendepunkt in der inneren politischen Entwicklung** werden. Um dieses Zieles willen haben auch wir schwere Entschlüsse fassen und große Opfer bringen müssen. Das gilt für das sachliche wie für das persönliche Gebiet. Eins darf ich vorweg mit aller Bestimmtheit aussprechen:

Opfer unserer Ueberzeugung, unserer grundsätzlichen Einstellung auf die Ziele unseres Parteiprogramms sind von uns nicht gebracht oder in Aussicht gestellt worden.

Wir haben volles Verständnis dafür gehabt, daß die Zentrumsfraktion den gerade für ihre Partei und den Herrn Reichskanzler schweren Entschluß der Abkehr von Linksorientierung und Politik der Mitte mit einer Kundgebung ihrer programmatischen Auffassungen begleitet hat. Aber es darf festgestellt werden, daß das sogenannte Zentrumsmanifest überhaupt nicht Gegenstand der Verhandlungen gewesen ist, und daß man von uns ein Bekenntnis zu den darin ausgesprochenen Grundsätzen gar nicht verlangt hat.

Die durch Indiskretion veröffentlichten Richtlinien geben in ihrer Beschränkung auf einige einzelne Punkte kein vollständiges Bild. Wir hatten in Ruhe den Tag abgewartet,

an dem die Regierungserklärung und das, was wir bei loyalster Beachtung aller getroffenen Abreden dazu zu sagen haben, die volle Klarheit erbringen würde.

Fast noch schwieriger und für uns opferreicher gestalteten sich die Verhandlungen bei der Besetzung der Ministerien. Es wird noch viel guten Willens von allen Seiten bedürfen, um auf der Grundlage vertrauensvollen Zusammengehens zu der nötigen Festigkeit der neuen Regierungsgemeinschaft zu gelangen.

Der Redner wendet sich dann der Außenpolitik zu und erklärt:

Wir haben volles Verständnis dafür, und wollen auch unsererseits nicht, daß die deutsche Außenpolitik unter dem Wechsel innerpolitischer Konstellationen leidet. (Schallendes Gelächter links.) Dazu ist nicht erforderlich, daß wir von unseren Grundsätzen etwas preisgeben. Aufgabe einer jeden deutschen Regierung ist es, deutsche Politik (Zuruf: Verlegenheitsgerede!) zu treiben. Daß bei Deutschlands Wehrlosigkeit eine **Politik der Gewalt**, der Revanche, nicht möglich ist, wissen wir so gut wie jeder andere.

Von uns ist nicht verlangt worden, unsere bisherigen Auffassungen über die deutsche Außenpolitik der letzten Jahre preiszugeben.

Das Vertragswerk von Locarno und die Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund sind die rechtliche und politische Grundlage der deutschen Politik geworden. Wir machen uns ferner für die weitere deutsche Außenpolitik das Ziel friedlicher Verständigung zu eigen. Wir müssen aber mit besonderem Nachdruck betonen, daß die Verständigung eine gegenseitige sein muß. Für den weiteren Gang der Dinge kommen weitere Vorleistungen Deutschlands nicht in Betracht. Moralisch gleichberechtigt wird das deutsche Volk erst dann sein, wenn die Behauptung seiner Schuld am Kriege von ihm genommen wird. Mag im Augenblick ein amtlicher Schritt in dieser Beziehung nicht am Platze sein, wir behalten das Ziel fest im Auge.

Eine sachliche Stellungnahme zu den vor Eintritt unserer Minister in das Kabinett getroffenen Abmachungen der letzten Tage über die Ostfestungen und das Kriegsgerät, mit denen dieser Erfolg erzielt worden ist, ist zurzeit nicht möglich, da wir den Verlauf und Inhalt der Verhandlungen noch nicht genau genug kennen. Auch in dieser Frage werden wir auf den geschaffenen Unterlagen unsere bekannten Auffassungen hinsichtlich des vollständigen Aufhörens jeder Kontrolle, auch derjenigen der Militärattachees und hinsichtlich der Investigation durchzusetzen versuchen.

Im Vordergrund der außenpolitischen Aufgaben des Jahres 1927 steht auch für uns die endliche Räumung des Rheinlandes und Saargebiets. Solange ein fremder Soldat auf dem Boden des Deutschen Reiches steht, solange in irgendeiner Form die besetzten Gebiete unter fremder Oberhoheit und fremden Einfluß leben, kann von einer wirklich gegenseitigen Verständigung nicht die Rede sein. (Stürmische Zurufe.)

Unserer Auffassung entspricht es, daß die Politik gegenseitiger Verständigung mit den westlichen Locarno- und Völkerbundmächten guten und freundschaftlichen Beziehungen nach anderer Seite hin nicht im Wege stehen darf. Wir billigen es insbesondere, wenn die durch den Berliner Vertrag geschaffenen

Beziehungen zu Rußland

weiter sorgsam gepflegt werden. Wir betonen besonders, daß eine enge Fühlung mit den Vereinigten Staaten von Amerika keinen Augenblick außer acht gelassen werden darf. Die Verhältnisse an unserer Ostgrenze bedürfen sorgsamstere Beachtung. Ein Sicherheitspakt wie für den Westen ist bekanntlich für den Osten nicht abgeschlossen und kann auch weiterhin nicht in Frage kommen. Im übrigen gibt nach unserer Meinung das Verhalten des polnischen Nachbarn allen Anlaß zu ernstester Aufmerksamkeit. Hier kann unmöglich eine Einigung über die Handelspolitik erfolgen, wenn nicht Polen die politischen Notwendigkeiten zu erfüllen bereit ist, die die Grundlage jedes Handelsvertrages sein müssen.

Im Vordergrund der Erörterung steht seit langer Zeit unser Verhältnis zur Verfassung. In den Verhandlungen ist ein Gesinnungsbekenntnis, wie das Zentrumsprogramm es enthält,

insbesondere eine Preisgabe unserer Ueberzeugung, daß die monarchische Staatsform für unser Volk die geeignetere ist, von uns weder verlangt noch abgegeben worden.

(Stürmisches Hört, hört! links.) Wir haben keinen Hehl daraus gemacht, daß ein solches Bekenntnis für uns nicht in Frage kommt; gerade aus solchen Anschauungen heraus stellen wir uns ohne jeden Rückhalt in den Dienst des Staates. Ein Bekenntnis zum Staat ist nicht gleichbedeutend mit dem Bekenntnis innerer Zustimmung zur Staatsform oder zu dem System parlamentarischer Parteiherrschaft. (Stürmische Zurufe. Große Bewegung.)

Die Rechtsgültigkeit der in der Verfassung vom 11. August 1919 begründeten republikanischen Staatsform erkennen wir an und sind mit der Regierung der Meinung, daß der bestehenden Verfassung, mag sie uns gefallen oder nicht, der unbedingte Schutz der Staatsautorität zu gewähren ist. Dieser Schutz gebührt auch dem Symbol, den Farben und Flaggen des Reiches, die im Artikel 3 der Verfassung vorgesehen sind. Nicht minder treten wir ein für den Schutz der Verfassung in ihrer Gesamtheit, also auch der in ihr garantierten persönlichen Rechte,

und wir erklären angesichts von Ereignissen in der letzten Zeit, daß wir es als die Pflicht gerade der in unserer Hand befindlichen Ministerien betrachten, auf Beseitigung all der behördlichen, aus politischen Gründen vorgenommenen Uebergriffe durch Verhaftungen und Festnahmen, Haussuchungen und Durchsuchungen hinzuwirken, die bei sozialdemokratisch beeinflußten Regierungen der Länder an der Tagesordnung sind.

Wir wissen, daß Anträge auf Aenderung der Verfassung in unserem Sinne in diesem Reichstag keine Aussicht auf Erfolg habe. Abgesehen aber auch hiervon ist es für jede Regierungskoalition selbstverständlich, daß einzelne Regierungsparteien Anträge von allgemeiner Bedeutung nicht ohne vorherige Verständigung mit den anderen Regierungsparteien stellen. Einverstanden sind wir ferner mit dem Bekenntnis

Der Bürgerblock
hat eine Regierung gebildet, die seine reaktionären Pläne zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung rücksichtslos durchführen wird.
Schwere politische Kämpfe,
die am wirksamsten nur von einer festgefügten Organisation geführt werden können, stehen deshalb den Erwerbstätigen bevor.
Darum werdet sofort Mitglieder
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. — Sie allein vertritt die Interessen der Besitzlosen. — Aufnahmen für Berlin erfolgen, außer in den Abteilungen, beim
Bezirksverband Berlin der SPD., Lindenstr. 3.

der Regierungserklärung dazu, daß der Kampf der Meinungen um Schwarzrotgold und Schwarzweißrot, um alte und neue Verfassung, um monarchistische Ueberlieferung und republikanische Gegenwart nicht nur in den Grenzen des gesetzlich Erlaubten, sondern darüber hinaus sachlich und ohne persönliche Schärfen geführt werden soll. (Rufe links: Ausgerechnet Westarp!) Wir begrüßen, daß eine Regierung ausdrücklich sich zu der Achtung vor der historischen Vergangenheit und ihren Symbolen bekannt hat. **Wir wünschen, daß der Ueberlieferung früherer großer Zeiten auch in Schule und Jugenderziehung der ihr gebührende Platz wieder eingeräumt wird.**

Zu den wenigen Machtmitteln, die uns verblieben sind, um die Unabhängigkeit und Autorität des Reiches nach außen und innen zu wahren, gehört die Reichswehr. Die Gefahr, daß unsere kleine, aber festgefügte Wehrmacht den agitatorischen Ansturm und den Plänen der Sozialdemokratischen Partei ausgesetzt war, war für uns ein besonders starker Antrieb, um einen unmittelbaren Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu erringen. Wir werden mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, daß die Reichswehr nicht einer unabhängigen militärischen Führung beraubt und nicht politischen Parteiinteressen ausgeliefert wird. Unsere Zustimmung zur Loslösung der Reichswehr von politischen Vereinen und Wehrverbänden bedeutet nicht, daß wir den hohen Wert der vaterländischen Bewegung verkennen oder verleugnen.

Mit Genugtuung vermerken wir, daß auch die jetzige Regierung das Christentum ausdrücklich als die Grundlage der Kultur und Erneuerung anerkennt. Auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik glauben wir, mit den hinter uns stehenden Kräften des Unternehmertums und der Arbeiterschaft wertvolle Arbeit leisten zu können. Wir fordern, durch Stärkung des Binnenmarktes die deutsche Landwirtschaft in die Lage versetzen zu können, das deutsche Volk mit den eigenen Erzeugnissen zu ernähren. Die Erwerbslosigkeit muß von innen heraus durch Steigerung besonders der landwirtschaftlichen Produktion und durch Siedlung und Wohnungsbau geheilt werden.

Der heutige Tag scheint uns ein Wendepunkt der innerpolitischen Entwicklung auch von dem Gesichtspunkte aus zu sein, daß es endlich wieder gelungen ist, die Mitte einschließlich des Zentrums von der Sozialdemokratie zu lösen. Das Werk wird aber erst vollendet sein, und die Regierung des Reiches wird erst zu voller Wirkung gelangen,

wenn auch im größten der Länder die Lösung von der Sozialdemokratie erfolgt sein wird. (Stürmisches Hört, hört! links.)

Kampf gegen die Politik der internationalen Klassenkampfparteien, das wird die Parole sein, unter der sich die jetzige Regierungsmehrheit immer fester zusammenschließen wird.

Das sozialdemokratische Mißtrauensvotum.

Der Präsident teilt mit, daß ein sozialdemokratischer Antrag eingegangen ist, die Rede des Abg. Graf Westarp in allen Gemeinden des besetzten Gebietes öffentlich auf Reichskosten anzuschlagen. (Heiterkeit.)

Ferner haben die Sozialdemokraten ein Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett eingebracht.

Abg. Drewitz (Wirtsch. Vgg.) gibt die Erklärung ab. Die neue Regierung habe es selbst in der Hand, sich die Unterstützung unserer Fraktion zu sichern, indem sie unsere Forderungen erfülle. Bis dahin nehmen wir eine abwartende Haltung ein.

Abg. Dr. Scholz (DVp.) begrüßt es, daß die Deutschnationalen durch ihren Eintritt in die Regierung die Konsequenz gezogen haben, die jede Oppositionspartei ziehen muß, wenn sie eine Regierung gestürzt hat. Die deutsche Außenpolitik gewinne immer mehr Vertrauen im In- und Auslande. Der Redner verlangt eine Senkung der Einkommensteuer, besonders in den mittleren Stufen. Aus den sozialpolitischen Richtlinien der Regierung ergebe sich klar, daß von einem „Besitzbürgerblock“ nicht gesprochen werden kann. Die Richtlinien der Regierung seien so gehalten, daß sie von allen wirklich staatserhaltenden Parteien anerkannt werden könnten.

Vom demokratischen Standpunkt aus sei eine Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten dringend notwendig. Jetzt könne die vom Reichspräsidenten ernannte Regierung durch eine einfache Mehrheit des Reichstags gestürzt werden. Man dürfe nicht verlangen, daß der Reichspräsident sich der Fraktionsdiktatur beugt.

Von den Kommunisten ist inzwischen ein Antrag eingegangen, der die Reichsregierung auffordert, den Austritt aus dem Völkerbund zu vollziehen. (Heiterkeit.)

Abg. Heckert (Komm.) bezeichnet die neue Regierung als ein merkwürdiges Gebilde. Der lange Schmus der Regierungserklärung könne nicht hinwegtäuschen über die Arbeiterfeindlichkeit des neuen Kabinetts. Die Arbeiterschaft stehe einer arbeiterfeindlichen Regierung gegenüber und sie werde den Kampf gegen diese Regierung aufnehmen.

Abg. v. Kemnitz (Dnatl.) bemerkt persönlich dem Abg. Müller-Franken gegenüber, nicht der Inhalt der sog. Mexikodepesche konnte aufreizend wirken, sondern die ungeschickte Form ihrer Veröffentlichung. Der Abg. Müller sei im übrigen ein Führer der Sozialdemokratie, jener Partei, die Schuld habe am deutschen Zusammenbruch und Landesverrat treibe. (Präsident Esser erteilt dem Redner einen Ordnungsruf.)

Abg. Müller-Franken (Soz.) erwidert in persönlicher Bemerkung, er sei dem Abg. v. Kemnitz dankbar, daß er wiederum den Beweis seiner diplomatischen Unfähigkeit erbracht habe.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr: Fortsetzung der Besprechung der Regierungserklärung. Schluß nach 6¾ Uhr.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus a. Platz d. Republ. 7½: Die verkaufte Braut. Schauspielhaus 8 Uhr: Kilian. Schiller-Theater 8 Uhr: Razzia

Städtische Oper Charlottenburg 7½ Uhr: **Turandot** Abonn.-Turnus III

Deutsches Theater Norden 10334—37 8 Uhr: Neidhardt v. Gneisenau von Wolfgang Goetz. Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele Norden 10334—37 8½ Uhr: **Germaine** (Amoureuse) von Porto-Riche. Regie: Forster Larrinaga

Die Komödie Bismarck 2414, 7516 8½ Uhr: **Die Perle** von Tristan Bernard. Regie: Forster Larrinaga

Theat. a. Nollendorfpl. Kurfürst 2091 8 Uhr: **Max Adalbert** in „Müllers“

Zentral-Theater Täglich 8 Uhr: **Der Trompeter vom Rhein** Vorverk. ununterbr. Preise von 1—7 M.

SCALA Nollendorf 7360 8 Uhr: **Varieté-Neuheiten!** Sonnabends u. Sonntags 2 Vorstellungen 3½ und 8 Uhr, 3½ zu ermäßigt. Preisen d. ganze Programm

Gr. Schauspielhaus Tägl. 8½ Uhr: Von Mund zu Mund. Charell-Revue. Sonnt. nachm. 3 Uhr ungekürzte Vorstllg zu ermäß. Preisen!

Metropol-Theat. Täglich 8 Uhr: **Zirkusprinzessin**

Residenztheater Täglich 8½ Uhr **Absteigequartier** Zutritt Jugendlichen verboten

Thalia-Theater 8 Uhr: **Der große und der kleine Klaus**

Th. Königgrätz St. Hasenheide 2110 8 Uhr Mrs. Cheney's Ende. Elisabeth Bergner

Komödienhaus Norden 6304 Täglich 8 Uhr: **Dover — Calais**

Neues Theater am Zoo Stpl. 5371. Tgl. 8 Uhr **Erika Glässner** in Modellhaus Crevette. Vorverk. ununterbr.

Rose-Theater 8¼ U.: **Das Einfamilienhaus**

Trianon-Th. Täglich 8½ Uhr: **Der Mann der Aline Léger** Regie: Friedr. Lobe. Sonntag 4 Uhr: Kleine Pr. **Dr. Stieglitz**

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr: **Volpone** Morgen 7½ Uhr: **Traumspiel** — Th. am Schiffbauerdamm Täglich 8 Uhr: **Das Grabmal des unbekannten Soldaten**

Wallner-Theater 8¼ Der Schlager 8¼ **Das blonde Wunder**

CASINO-THEATER 8 Uhr: Neu! **Ein Tag im Paradies!** Neu! Ausschneiden 1 Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Komische Oper Allabendlich 8¼ Uhr: **Sünden der Welt** Die weltstädtische **James-Klein-Revue** in 24 Verwandlungen, 250 Mitwirkende / 6 Balletts. Sonntag nachm. 3½ Uhr: Jed. Erwachsene 1 Kind frei. Vollständige Vorstellung zu kleinen Preisen. Theaterkasse ab 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Dts. Künstler-Th. 8¼ Uhr: **Familie Schimek** mit Max Pallenberg. Stg. 3½: Der fröhliche Weinberg

Lessing-Theater Alb. Bassermann 8: **Der Diktator**

Th. a. Kurfürstendamm 8 Uhr: **Kiki**

Lustspielhaus 8¼ Guido Thielscher **Hurra — ein Junge**

Walhalla-Theat. Tgl. 8¼ Es war einmal in Heidelberg. „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren“. Vorzeig. 50%, Ermäß. Käte Schmidt-Samst, Gaston Briese

CIRCUS CARL HAGENBECK. TÄGLICH 8 Uhr CIRCUS BUSCH. KARTEN: WERTHEIM u. TIETZ AB 10 UHR CIRCUSKASSE

Erfolg haben Inserate im **Vorwärts**

Generalversammlung der Möbelfabrik „Zukunft“ e. G. m. b. H. in den Geschäftsräumen Frankfurter Allee 307 am 26. Februar, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Bilanz / Neuwahlen / Verschiedenes. Der Vorstand.

Domino-Masken von 10 Pfg. an. Mützen Dtzd. v. 20 Pf an. Alle Karnevals- und Postartikel sehr billig. **Markgrafenstraße 84** an der Lindenstraße

Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr **Stettiner Sänger** Das wundervolle Februar-Programm! Nachmittags: halbe Preise, volles Programm! **Dönhoff-Brett'l** Varieté, Konzert, Tanz.

8 Uhr **Winter Garten** Variete. Rauchen gestattet

Ausschneiden! **Rose-Theater** Große Frankfurter Straße 132. **Gutschein** für die beid. letzt. Aufführungen des heiteren Märchenspiels „Das tapfere Schneiderlein“ am Sonnab., d. 5. Febr. und am Sonntag, den 6. Febr. nachm. um 4 Uhr. Gültig für 1-4 Personen. Sie zahlen gegen Abgabe dieses Ausschnittes f. einen Orch.-Sessel n. 75 Pf. für ein I. Parkett nur 50 Pf. und für ein II. Parkett nur 40 Pf. (Sonntagnachm. 25 Pf. Zuschlag). Jeden Abend 8¼ Uhr der große Erfolg: „Das Einfamilienhaus“

Gegr. 1891. Unter Garantie die schönsten **Stepp- und Daunen-Decken** kaufen Sie bestens ab Fabrik **Bernhard Strohmandel, Berlin,** Wallstraße 72 (Untergrundbahn Inselbrücke). Filiale: Spittelmarkt, Ecke Seydelstraße, und W. Nikolsburger Platz 1, Ecke Trautenaustraße. Metallbettstellen u. Auflegematratzen: Wallstr. 21/22. Reparat. jed. Art. — Illustr. Preiskatalog gratis.

Bemühen Sie sich nicht um Zutaten!

Ich habe ja alles in mir, was für 6 Teller gute, nahrhafte Suppe notwendig ist. Nur kalt anrühren und 20 Min. kochen lassen und schon bin ich fertig. Sie sparen Arbeit, Zeit und Kohlen.

Knorr Erbswurst

und andere Suppen in Wurstform, wie Blumenkohl, Reis mit Tomaten, Grünkern usw.

Tiedmann's Fruchtweine / Südweine / Spirituosen trotz Preissteigerung staunend billig

Apfelwein, süß	Liter	0,75 M.
Johannisbeerwein, süß	„	0.95 „
Erdbeerwein, süß	„	1.45 „
Tarragona, unverschnitten		1.50 „
Malaga unverschnitten		1.50 „
Wermuthwein		1.75 „
Griech. Süßwein Ers. für Ungarwein		1.90 „
Duro Portwein, erstklassig		2.50 „

Feinste Bordeaux- und Rotweine ½ Fl. zu 1.—, 1.25, 1.50, 2.20 und 2.50. Preise einschließlich Steuer ohne Glas!

Gegen Grippe

Weinbrand-Verschnitt B. T. ½ Fl.		2.75 M.
Deutscher Weinbrand „3 Stern“	„	4.75 „
Jam. Rum-Verschnitt 42 %	„	3.65 „
Edelliköre div. Sorten		3.75 „

Preise einschließlich Steuer und Glas!

Bei Einkauf von M. 10.— an Lieferung frei Haus durch die Zentrale. Wegen Sauberkeit Weine nur in Flaschen!

Bernh. Tiedmann Likörfabrik u. Weingroßhandlung. **Zentrale: O 17, Fruchtstr. 5-6,** Alex. 4665. Bln. O. Königsberger Str. 1 Ecke Rüdersdorfer Str. — Bln. O. Fruchtstraße 76 Ecke Langestraße — Bln. O. Andreasstraße 4 Ecke Breslauer Straße — Bln. SO. Köpenicker Str. 29 Ecke Michaelkirchstraße — Bln. O. Frankfurter Allee 270 Am Ringbahnhof — Bln. SO. Grünauer Straße 6 — Bln. N. Brunnenstraße 156 Ecke Ramlerstr. — Bln. N. Swinemünder Str. 85 Ecke Lortzingstr. — Bln. C. Kastanienallee 49 Ecke Zionskirchstr. — Neukölln, Hermannstr. 95-96 Ecke Warthestr. — Berlin W. Bülowstraße 48 Ecke Yorckstr.

Neue Welt A. Scholz, Hasenheide 108—114. Freitag, den 4. Februar, sowie täglich: **Bockbierfest** in den bayerischen Alpen — 8 Kapellen. Neue Dekorationen — 30 bayerische Madl. Einlaß 6 Uhr, Anfang 7 Uhr. Voranzeige: Sonnabend, 5. Februar 1927: **Bockbierfest und Großer Alpenball**

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Tiergarten, Kameradschaft Arminius: Fr., d. 4., 8 Uhr, wichtige Mitgl.-Vers. bei Schmidt, Wiclefstraße. Vortrag des Kam. v. Puttkamer. Radf.-Abt.: Sonntag, d. 6., Propagandafahrt nach Nauen. Vorm. 9 Uhr Abf. von Krämper, Flensburger Str. 3. — **Kreuzberg**: So., d. 5., 8 Uhr, Abt. 5, Vers. bei Gründler, Zimmerstr. 86. Kameraden, die gewillt sind, am So., d. 5., am Kameradschaftsvergnügen von Tempelhof (Seebad Mariendorf, Burggrafenstraße) teilzunehmen, fahren mit den Linien 99, 199 und 25. Anf. 8 Uhr. Eintritt 1 M. — **Treptow (Kreis)**: Sonntag, d. 6., Marschübung. Antreten vorm. 9½ Uhr Marktplatz. — **Ober-, Niederschöneweide und Johannisthal**: Sonntag, d. 6., vorm. 9½ Uhr, beim Forsthaus Carme antreten. Pflichtveranstaltung. — **Lichtenberg nebst Untergruppen**: Sonntag, d. 6., ½9 Uhr, Antreten zum Arbeitsdienst bei Werner, Wilhelmstr. 5. Pünktliches Antreten Pflicht. — **Baumschulenweg**: So., d. 5., 7½ Uhr, im Lokal von Wolzach, Kameradschaftsvers. Vortrag des Kam. Dr. Jaenicke: „Warum Reichsbanner?" Republikaner herzlich willkommen. — **Prenzlauer Berg**, Kameradschaft Robert Blum: Kam. Rosenbaum ist verstorben. Beerdigung Fr., d. 4., vorm. 10 Uhr, Jüdischer Friedhof, Weißensee. Starke Beteiligung erwünscht.

Verein heimattreuer Sachsen und Thüringer, Berlin. 5. Februar, 8 Uhr, Sitzung, „Alte Geheimratskneipe", Jerusalemer Str. 8.

Arbeitersport.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin.

Im Zentrum Berlins turnen folgende Abteilungen der **Freien Turnerschaft Groß-Berlins**: Männer und Jugend Montag und Donnerstag 8—10 Uhr, Turnhalle Gartenstr. 107a; Jungmädchen und Frauen: Dienstag und Freitag 8—10 Uhr, Turnhalle Zehdenicker Straße 17/18. In letzterer Turnhalle wird demnächst eine Kinderabteilung eröffnet. Anmeldungen werden in den Turnhallen entgegengenommen.

Jugendwerbeabende.

Der Kreisjugendausschuß veranstaltet innerhalb Berlins im Monat Februar Jugendwerbeveranstaltungen. Der erste Werbeabend findet Mittwoch, 9. Februar, in der Schulaula Straßmannstraße 6 statt. Thema: „Jugend und sozialistische Erziehung". Die arbeitende Jugend ist hierzu herzlich eingeladen.

Handballspiele am 6. Februar.

Folgende Mannschaften besuchen die Provinz: Sparta 1. und 2. Männer und Jugend fahren nach Luckenwalde. Fichte 4. Abt. 1. und 2. Männer und Frauen spielen in Brandenburg gegen 1. Abt. II und 2. Abt. I und 1. Frauenabteilung, während 1. Abt. I nach Berlin kommt. Biesdorf spielt in Erkner. In Velten spielt die Jugend gegen Nowawes um 1 Uhr, die 2. Männer gegen Fichte 12 I um 3 Uhr und die 1. Männer gegen Nowawes I um 3 Uhr. In Reinickendorf, Scharnweberstraße, spielen um 9 Uhr Fichte-Nord Frauen gegen Neukölln 2. Abt. und Fichte-Nord 1. Jugend gegen Berlin 12; um 10 Uhr Fichte-Nord 2. Jugend gegen Fichte 1; um ½1 Uhr Groß-Berlin-Wedding 2. Jugend gegen Groß-Berlin-Süden II; um ½3 Uhr Groß-Berlin-Wedding 1. Jugend gegen Oberspree und Groß-Berlin-Wedding Frauen gegen Fichte 20; um ½3 Uhr Groß-Berlin-Wedding 2. Männer gegen Neukölln 1. Vereinsmannschaft und um ¼4 Uhr Groß-Berlin-Wedding 1. Männer gegen Fichte-Nord 1. In Tegel, Graf-Rödern-Korso, spielen die Frauen gegen Fichte 3 um 1 Uhr, die 2. Männer gegen Heiligensee I um 2 Uhr und 1. Männer gegen Fichte 21 um 3 Uhr. Außerdem spielen noch Groß-Berlin-Süden 1. Jugend gegen Stralau um ½10 Uhr und 1. Männer gegen Moabit I um 4 Uhr. Auf dem Dominicusplatz in Schöneberg die 2. Jugend gegen Groß-Berlin-Friedenau I um 1 Uhr, die 1. Jugend gegen Adlershof um 11 Uhr, die Turner gegen Fichte 19 um 1 Uhr, die 2. Sportler gegen Neukölln 2. Abt. I um ½2 Uhr, die 1. Sportler gegen Neukölln 1. Vereinsmannschaft und Groß-Berlin-Süden 2. Männer gegen Brandenburg 1. Abt. I um 2 Uhr. Auf den Fichteplätzen spielen folgende Abteilungen: In Baumschulenweg um 10 Uhr 13. Schülerabt. gegen Wildau, 1. Frauenabt. gegen Treptow; um 11 Uhr 3. Frauenabt. II gegen Moabit II, 1. Männerabt. gegen 2. Abt.; um 12 Uhr 3. Frauenabt. I gegen Adlershof, 2. Jugendabt. I gegen 5. Abt.; 1 Uhr 13. Männerabt. II gegen Groß-Berlin-Norden 3; um 2 Uhr 7. Jugendabt. II gegen Sparta II, 13. Männerabt. I gegen Stralau; um 3 Uhr 7. Jugendabt. I gegen Wildau I und um 4 Uhr Moabit Frauen gegen Groß-Berlin-Friedenau. In Mariendorf, an der Rennbahn, Süd Jugend gegen 200 um 10 Uhr, 20. Frauenabt. gegen Spandau um ½2 Uhr; Süd 2. Männer gegen 20A-Abt. um ½3 Uhr und Süd 1. Männer gegen Spandau um ¼4, und in Reinickendorf, Schäfersee, 5. Männerabt. II gegen Groß-Berlin-Friedenau um 3 Uhr. Auf dem Platz Schönhauser Allee spielen um 10 Uhr Groß-Berlin-Norden 1. Jugend gegen Neukölln Vereinsmannschaft, um 11 Uhr Groß-Berlin-Norden 1. Männer gegen Fichte 3 II und um 1 Uhr Fichte 12 II gegen Fichte-Nord II. In Hohenschönhausen, Sommerstraße, spielen um 9 Uhr Fichte 22 Jugend gegen Fichte 8 und um 10 Uhr die gleichen Männermannschaften. In Spandau, Falkenhagener Chaussee, spielen die 3. Männer gegen Groß-Berlin-Wedding III um 2 Uhr und die 2. Männer gegen Moabit II um 3 Uhr. In der Normannenstraße spielen Lichtenberg 1. Jugendabt. gegen BSC. um 2 Uhr und 2. Männerabt. gegen Niederschöneweide um 3 Uhr und in der Kanalstraße 1. Frauenabt. gegen Neukölln Vereinsmannschaft. In Adlershof, verlängerte Heidigstraße, spielen die Schüler gegen Bohnsdorf um 10 Uhr und die 2. Männer gegen Berlin 12 um 3 Uhr. In Oberschöneweide, neben dem Freibad, spielen Oberspree 2. Männer gegen Fichte 3 III um ½10 Uhr und die 1. Mannschaften um ½11 Uhr. In Köpenick, Marienstraße, spielen die 2. Jugend gegen BSC. II um 11 Uhr, die 1. Jugend gegen Alt-Glienicke um ½3 Uhr und im Stadion die Freien Kanufahrer gegen Biesdorf II um 10 Uhr. — Weitere Spiele sind: Männer: Bohnsdorf I gegen Neukölln 2. Abt. II um 2 Uhr in Bohnsdorf, Schulzendorfer Straße, Alt-Glienicke gegen Pankow um 11 Uhr in Alt-Glienicke, Rudower Straße; Groß-Berlin-Rosenthal gegen Schmargendorf um ½11 Uhr in Rosenthal, Hauptstraße; Wittenau gegen Fichte 20 um ½3 Uhr in Wittenau; Wildau 2. Jugend gegen Adlershof II um 10 Uhr in Wildau und Hennigsdorf Schüler gegen Groß-Berlin-Wedding um ½3 Uhr in Hennigsdorf.

Fußballspiele am 6. Februar.

Das wichtigste Spiel des Sonntags im **Südwesten** ist das Treffen zwischen Wilmersdorf und Brandenburg in Wilmersdorf, Württembergische, Ecke Zähringer Straße. Im ersten Spiel in Brandenburg konnten die Havelstädter knapp gewinnen. Ob es ihnen auch diesmal gelingt? Der Ausgang dieses Spiels dürfte entscheidend für die Spitze in der Abteilung sein. — Borsigwalde empfängt auf dem Tempelhofer Feld den Spitzenreiter von Abteilung A, Luckenwalde I. Die Luckenwalder müssen sich sehr anstrengen, um nicht noch im letzten Moment die Führung zu verlieren. — Der **Osten** hat als wichtigstes Treffen Verein für Bewegungsspiele gegen Lichtenberg I zu verzeichnen. Gerade auf ihrem Platz in Köpenick, am Friedhof, sind die BfB.er sehr schwer zu schlagen. In Hohenschönhausen, Sommerstraße, treffen sich zwei alte Rivalen: Vorwärts 20 und Stralau. Das Spiel der Herbstrunde verlief unentschieden 1 : 1, doch sollte den Stralauern der Sieg jetzt nicht zu nehmen sein. — Im **Norden** sollen Rathenow die Punkte kampflos zu, da Staaken verzichtet hat. — **Weitere Spiele**: Nauen gegen Siemensstadt in Nauen. Vorwärts gegen Velten in Hennigsdorf. Minerva gegen Birkenwerder in Borsigwalde, Neue Kruse-, Ecke Konradstraße. Arbeiter-Sportverein 24 gegen Adler 12 in der Christianiastraße. Turnverein Pankow gegen Eisenspalterei am Bahnhof Heinersdorf. Union gegen Blau-Weiß in Niederschönhausen, Pfeilstraße. Borussia gegen Joachimsthal in Reinickendorf, Lindauer Straße. Komet gegen Wacker 24 in Zepernick. Wacker 20 gegen Helvetia in der Schönhauser Allee, Exerzierplatz. Britannia gegen Wriezen in Lichtenberg, Wagnerplatz. Sadowa gegen Treptower Ballspiel-Club in Köpenick-Nord. Tasmania gegen Askania in Fredersdorf. Richtersdorf gegen Kelchendorf in Lichtenwalde. Tasdorf gegen Oberspree in Tasdorf. Lustig-Fidel gegen Hertha in Rudow. Brandenburg 08 gegen Woltersdorf in Lichtenberg, Sophien-, Ecke Eitelstraße. Alt-Glienicke gegen Weißensee in Alt-Glienicke, am Friedberg. Berliner Sportverein 16 gegen Lichtenberg II in Friedrichsfelde, Treskowallee. Frisch-Frei gegen Berliner Sportverein 22 in Niederschöneweide, Gasanstalt. Adlershof gegen Neuenhagen in Adlershof. Sparta gegen Adler in Lichtenberg, Hauffstraße. Fichte-Südost gegen Komet auf dem Fichte-Turnplatz in Baumschulenweg. Eintracht 25 gegen Luckenwalde II in Britz. Wannsee gegen Kleinmachnow in Wannsee. Schmargendorf gegen Potsdam in Eichkamp. Zehlendorf gegen Nowawes in Zehlendorf, Spandauer Straße. Beelitz gegen Viktoria in Beelitz. Rüstig-Vorwärts gegen Luckenwalde III in Neukölln, Grenzallee. Charlottenburg gegen Fußballring in Charlottenburg, Oderstraße. Mariendorfer Sport-Club gegen Luckenwalde V in Mariendorf. — Beginn der Spiele nachmittags 3 Uhr. Vorher untere Mannschaften. Vormittags auf allen Plätzen Spiele der Alt-Jugend-, Jugend- und Schülermannschaften.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität".

Touren für Sonntag, 6. Februar. **Ortsgruppe Berlin, Abt. 1**: Streifzüge durch Alt-Berlin. Treffpunkt 2 Uhr am Spittelmarkt. — **Abt. 2**: Teltow (Seehof). Start 1 Uhr Dieffenbachstr. 36. — **Bez. 2. Ortsgruppe Schöneberg**: Fußtour Grunewald. Endziel Zehlendorf, Karlstr. 12. Treffpunkt 1 Uhr Steubenrauchstr. 5a. — **Ortsgruppe Charlottenburg**: Fußtour nach Zehlendorf, Karlstraße. Autobus 20 Berliner Straße, 1 Uhr. — **Abt. 3**: Adlershof (Flegs). Start 1½ Uhr Lausitzer Platz. — **Abt. 5**: Hirschgarten (Waldburg). Start 1 Uhr Landsberger Platz. — **Abt. 6**: Museum für Leibesübungen. Start 10 Uhr Schönhauser Allee 164. — **Abt. 7**: Museum für Meereskunde. Start 10 Uhr Kolonnenstr. 147. — **Abt. 9**: Schönwalde—Bernau. Start 1 Uhr Schulstr. 114. — **Abt. 11**: Tour am Start um 10 Uhr Blochplatz.

Wassersport.

Ruderverein „Vorwärts". Die Generalversammlung wählte Albert Schred zum 1. Vorsitzenden, Arno Kähner zum 1. Schriftführer und Adolf Kaczmarek zum 1. Kassierer. Da die Generalversammlung die Gründung einer Jugendabteilung beschlossen hat, können sich Jugendliche ab 16 Jahren zur Aufnahme melden. Zum neuen Ruderlehrgang für Anfänger können sich Interessenten in der Sitzung am Sonntag, 6. Februar, 4 Uhr, im Bootshaus zur Aufnahme melden.

Freie Kanufahrer Berlin, e. V. Bootshaus: Köpenick, Marienstraße. Mitgliederversammlung 4. Februar, Idealklause, Neukölln, Marxstr. 14. Geschäftsstelle: Rudolf Schlosser, O. 17, Breslauer Str. 1.

Wassersportverein „Germania". Generalversammlung Sonnabend, 5. Februar, 8 Uhr, bei Hoffmann, Bismarckplatz 2.

Der Schwimmverein „Freiheit 1907", e. V., veranstaltet Sonntag, 6. Februar, 3 Uhr, aus Anlaß seines 20jährigen Bestehens ein großes Schauschwimmen, unter Mitwirkung der Brudervereine, im Stadtbad Prenzlauer Berg, Oderberger Str. 56.

Freie Schwimmer Charlottenburg 04, e. V. Die Generalversammlung wählte: 1. Vorsitzender: G. Reibel, Charlottenburg, Kantstr. 64; 1. Kassierer:

L. Wolfberg. Badeabende: Montags und Donnerstags Badeanstalt Krumme Straße 10. Monatssitzung: Dienstag, 8. Februar, 8 Uhr, bei Hebestreit, Kaiser-Friedrich-Str. 18. Donnerstag, 10. Februar, fällt der Badeabend aus. Es finden an diesem Tage nur Wasserballspiele statt. Gästen Zutritt gegen Lösung einer Badekarte gestattet.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Zentrale Wien.

Abt. Charlottenburg: Freitag, 4. Februar, 8 Uhr, im Heim Spreestr. 30, Zimmer 3, Geschäftliches und Singsang. — **Abt. Gesundbrunnen**: Freitag, 4. Februar, 8 Uhr, im Heim Lortzingstr. 19, Geschäftliches. — **Abt. Südost**: Freitag, 4. Februar, 8 Uhr, im Heim Reichenberger Str. 66, Literarischer Abend. — **Abt. Südwest**: Freitag, 4. Februar, 8 Uhr, in der Badeanstalt Bärwaldstraße, Heimabend. — **Abt. Mariendorf**: Freitag, 4. Februar, 8 Uhr, in der alten Schule, Dorfstraße. — **Abt. Treptow**: Freitag, 4. Februar, 8 Uhr, im Heim Elsenstr. 2, Wanderrechnisches. — **Gemischter Chor** Freitag, 4. Februar, 8 Uhr, im Altersheim Danziger Str. 62, Baracke III. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller unbedingt erforderlich. — **Abt. Norden**: Sonntag, 6. Februar, Buch—Mühlenbecker See. Abfahrt 8.48 Uhr Bhf. Gesundbrunnen. — **Abt. Wedding**: Sonntag, 6. Februar, Lehnitz—Stintgraben. Treffpunkt 7 Uhr Bhf. Gesundbrunnen. — **Photogemeinschaft**: Montag, 7. Februar, ½8 Uhr, im Heim Ebertstr. 12. — **Naturwissenschaftliche Abt.**: Montag, 7. Februar, 8 Uhr, im Heim Stralauer Str. 55. Genosse Sampeschack: „Die Vogelwelt im Winter." **Abt. Steglitz**: Montag, 7. Februar, 8 Uhr, im Heim Kniephof-, Ecke Jeverstraße, Geschäftliches und Liederabend. — **Abt. Neukölln**: Freitag, 4. Februar, 7 Uhr, im Heim Kopfstr. 55.

Funkwinkel.

Sicher kann und wird sich kein Funkhörer darüber beklagen, daß der Rundfunk zu wenig Musik bringe. Glaubt der Berliner Sender trotzdem, daß es nicht einen Abend auch ohne musikalische Darbietung geht? Damit soll nichts gegen das gewiß wertvolle Abendkonzert gesagt sein. Aber es ist schade, daß die Uebertragung der Vortragsabende deutscher Erzähler aus dem ehemaligen Herrenhaus, in denen die Bekanntschaft mit beachtenswerten Autoren der Gegenwart vermittelt wird, stets nur auf eine Stunde ausgedehnt wird. Weshalb übernimmt der Berliner Sender nicht die gesamten Darbietungen? Auch diesmal, angesichts des Oesterreichischen Novellisten-Abends, den Raoul Auernheimer und Karl Franz Ginskey bestritten, werden viele Funkhörer bedauert haben, daß sie nur einen kleinen Teil der Veranstaltung hörten, in dem einiges von Auernheimer zum Vortrag kam: „Staniol, eine Kindergeschichte", die Ida Orloff sehr fein gestaltete, und „der Mörder Baginsky", vom Autor selber gesprochen. Beide Werke zeigten sich erfüllt von Verständnis der menschlichen Psyche, die so seltsam scheint und doch eigentlich so einfach ist. Der Mörder Baginsky wird schließlich Gärtner wie sein braver Bruder Kaspar, und der brave Bruder Gärtner wird schließlich Mörder — weil in beiden beides steckte und nur der Zufall nötig war, der das eine oder das andere lebendig machte. Diese knappe Novelle, von literarischer, von größerer menschlicher Bedeutung wird Auernheimer manchen norddeutschen Freund gewonnen haben. Im Anschluß an die Uebertragung aus dem Herrenhause folgte ein Orchestermusik-Abend, von Felix von Weingartner geleitet. Er brachte seine fünfte Sinfonie als Erstaufführung für Berlin, ein klassisch gestaltetes Werk ohne starke Eigenart, aber von musikalischen Qualitäten, und im Anschluß daran die sinfonische Dichtung „Tod und Verklärung" von Richard Strauß.

Schach.

Mannschaftsschachwettkämpfe. Die Mannschaftswettkämpfe des Berliner Arbeiter-Schachklubs finden am kommenden Sonntag, vormittags 10 Uhr, in der C-Gruppe ihre Fortsetzung. Es spielen: Humboldthain II—Nord-West II, Boltastraße 19; Osten I—Westen II, Rigaer Str. 67; Friedrichshain I—Osten II, Elbinger Str. 8, Ecke Cotheniusstraße; Schillerpark I—Westend I, Müllerstr. 70; Wedding III—Gesundbrunnen II, Malzstr. 12. Die am 30. Januar ausgefallenen Wettkämpfe werden am 6. März ausgetragen.

Abt. Humboldthain. Am 27. Februar veranstaltet die Abt. Humboldthain im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 142, eine Werbeveranstaltung. Abteilungswettkämpfe, Gruppenturniere, Blitzturniere, Simultanvorstellungen und Vorträge. Anschließend gemütliches Beisammensein.

Abt. Weißensee. Spielabend jeden Dienstag ab 8 Uhr bei Gallas, Lehderstraße 122, Ecke Greifswalder Straße. Schachinteressenten herzlich willkommen.

Verschiedenes.

Serienklubkämpfe des Freien Kegler-Bundes Deutschlands. Im Bezirk Norden des Freien Kegler-Bundes Deutschlands (Gau Berlin) beginnen Anfang Februar die Serienklubkämpfe über 50 Kugeln in die Vollen mit Zwangsaufsatz. Gewertet werden von jedem Klub die fünf Besten und jeder Kampf zählt 2 Punkte.

Bezirkskartell Friedrichshain. Montag, 7. Februar, 7½ Uhr, Boxhagener Straße 114, Kartelljahresversammlung. Aenderungen im Mitgliederbestand sowie Anschriftenänderungen angeben.

Arbeiter-Radfahrerverein Groß-Berlin. Sonntag, 6. Februar, 1½ Uhr, Lichtenrade—Mahlow, Restaurant Schmetterlingsheim. Start Waldemarstraße, Ecke Mariannenplatz. Gäste willkommen.

Altersriegenturner und Sportler. Sonnabend, 12. Februar, Altersriegenturnen Elisabethstr. 50, Gymnasium, große Halle. Die Versammlung findet in der Wildgrube, Landsberger Str. 82, statt.

Arbeiter-Sportkartell Teltow und Umgebung. Die Generalversammlung findet Sonnabend, 5. Februar, 7½ Uhr, bei Labsow, Schützenplatz, statt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend. (Nachdruck verb.) Vorwiegend bewölkt, aber trocken, Temperaturen am Tage etwas über Null. — **Für Deutschland**: Ueberall wechselnd bewölkt, an der Nordseeküste Neigung zu Niederschlägen, im Süden noch Nachtfrost.

Bei Grippegefahr

Formamint

Tabletten

Wir alle schwören auf

die gute „Blauband-Margarine", weil wir sie gründlich versucht und erkannt haben, dass es für Küche und Haus — zum Backen, Braten, Kochen und aufs Brot — nichts Feineres und Wohlschmeckenderes gibt als sie.

½ Pfd. 50 Pfennig

Verlangen Sie beim Kauf die beliebte „Blauband-Woche"

FEINKOST-MARGARINE

Blauband

frisch gekirnt

Billige Lebensmittel

Nur Leipziger Str. × Alexanderplatz Frankfurter Allee

Mengenabgabe vorbehalten — Verkauf soweit Vorrat

Fische und Räucherwaren

Grüne Heringe 3 Pfd. 65 Pf.
Kabliau kopfl., ganze Fische, Pfd. / Seelachs kopfl., ganz. Fisch, Pfd. / Rotbars Pfund — 22 Pf.
Zander gefroren, Pfd. 70 Pf.
Frische Bleie Pfd. 45 Pf.
Makrelbücklinge Hbg. Pfd. 26 Pf.
Fettbücklinge Hbg. Pfd. 38 Pf.
Sprotten Kiste 1 Pfd. netto 45 Pf.
Flundern Pfund 45 Pf.
Seelachs geräuchert, Pfund 45 Pf.
Dorsch geräuch., Pfd. 30 Pf.

Hering i. Gelee od. Rollmops od. Bismarckheringe o. Bratheringe o. Kronsardinen Ds. ca. 1 Ltr. 75 Pf.

Portugiesische Oelsardinen
Portionsdosen 4 Dos. 95 Pf. | ½ Klub-Dose 48 Pf.
¼ Klub-Dose 38 Pf. | ½ Dose, ca. 1 kg 1,85 u. 2,40

Gemüse und Obst

Kohlrüben Pfund 4 Pf.
Möhren gewaschen, Pfund 5 Pf.
Weiss-, Rotkohl Pfund 6 Pf.
Sellerie gewaschen, Pfd. 15 Pf.
Dauerzwiebeln 2 Pfd. 25 Pf.
Mandarinen Pfund 28 Pf.
Apfelsinen Dutzend 55 Pf.
Zitronen Dutzend 40 Pf.
Ananas Pfund 1,00

Käse und Fette

Camembert Sonn., Schtl. 30 Pf.
Harzerkäse Kst. ca. 1 Pfd. 55 Pf.
Edamer Käse Pfund 78 Pf.
Holländer Pfund 78 Pf.
Tilsiter vollfett Pfund 1,15
Emmenthaler o. Rd., Pfd. 1,50
Dän. Tafelbutter Pfd. 2,24
Teebutter Pfund 2,16
Molkereibutter Pfund 2,00

Kalifornische Ringäpfel Pfund 70 Pf.
Kalifornische Birnen Pfund 70, 90 Pf.
Kalifornische Pfirsiche Pfund 90 Pf.
Kalifornisch. Backobst 5 Frucht, Pfd. 70 Pf.

Frisches Fleisch

Berliner Schlachthausware

Pa. Schmorfleisch Keule, o. Kn., Pfd. 1,10
Pa. Rouladen Pfund 1,24
Pa. Suppenfleisch Pfund 76 Pf.
Pa. Fehlrippe u. Brust Pfund 88 Pf.
Pa. Gulasch gem., Rind, Kalb, Schw. Pfd. 90 Pf.
Pa. Kalbskeulen bis 9 Pfd. u. Haxe, Pfd. 88 Pf.
Pa. Kalbsnierenbraten Pfund 78 Pf.
Pa. Kalbskamm Pfund 74 Pf.
Pa. Schw.-Schinken u.-Blatt Pfd. 96 Pf.
Pa. Schweinebauch o. Beil., Pfd. 94 Pf.
Pa. Schweinekotelett Pfund 1,22
Pa. Schweinekamm o. Schuft, o. B., Pfd. 1,16
Pa. Kasslerkamm o. Speer, Pfd. 1,18
Pa. starke Liesen Pfund 78 Pf.
Pa. Rückenfett bratfertig Pfund 88 Pf.
Pa. Eisbein gepökelt, m. Spitzbein, Pfd. 70 Pf.
Pa. Hammel (dicke Rippe) Pfund 90 Pf.
Pa. Schabefleisch Pfund 1,10
Pa. Schweinenieren Pfund 80 Pf.
Pa. selbstausgel. Talg Pfund 56 Pf.

Gefrierfleisch

Pa. Ochsen-Schmorfl. Keule, o. Kn., Pfd. 88 Pf.
Pa. Ochsenkamm und -brust, Pfd. 60 Pf.
Pa. Ochsen-Suppenfl. Pfund 54 Pf.
Pa. Ochsen-Gulasch o. Knoch. Pfd. 78 Pf.
Pa. Kuheuter Pfund 28 Pf.
Pa. Gehacktes Pfund 72 Pf.
Pa. Schweineköpfe mit Backe Pfund 50 Pf.

Frische Suppenhühner Pfund 1,15
Hirschbraten Pfund 1,40
Wildschwein Pfund von 1,10 an
Hasen gestreift Pfund 85 Pf.

Wurstwaren

Sülzwurst Pfd. 95 Pf.
Speckwurst Pfd. 1,00
Landleberwurst Pfd. 1,10
Fleischwurst Pfd. 1,20
Jagdwurst Pfd. 1,20
Polnische 1,20
Hildesheimer Pfd. 1,30
Knoblauchwurst Pfd. 1,20
Mettwurst nach Braunschw. A., Pfd. 1,30
Dtsch. fett. Speck Pfd. 1,30
Schinkenspeck Pfd. 1,40
Holst. Zerv. u. Salami Pfd. 1,50

Eierschnittnudeln 1-Pfd.-Pak. / Eierfadennudeln 1-Pfd.-Pak. / Eiermakkaroni 1-Pfund-Paket — 80 Pf.
Hartgriessmakkaroni 1-Pfund-Paket 65 Pf.

Obst- und Gemüsekonserven

½ Dose		½ Dose	
Jg. Schnitt- u. Brechb.	58 Pf.	Gem. Gemüse fein	1,44
Stangen-, Schnitt- u. Brechb.	91 Pf.	Gem. Gemüse sehr fein	1,68
Jg. Spinat	46 Pf.	Jg. Erbsen m. geschn. Kar.	70 Pf.
Jg. Kohlrabi in Scheib.	46 Pf.	Jg. Erbsen mittelf. m. Kar.	84 Pf.
Karotten geschnitten	43 Pf.	Gemüseerbsen	62 Pf.
Jg. kl. Karotten	82 Pf.	Jg. Erbsen	70 Pf.
Jg. extra kl. Karotten	1,(?)8	Jg. Erbsen mittelfein	84 Pf.
Leipziger Allerlei	82 Pf.	Pfefferlinge	78 Pf.
Gem. Gemüse mittelf.	1,01	Sellerie in Scheiben	98 Pf.

Italien. Tomatenmark ½ Dose 1,25
Birnen ganze Frucht ½ Dose 63 Pf.
Reineclauden ½ Dose 1,15
Apfelmus ½ Dose 68 Pf.

Prünellen Pfund 1,10

Pflaumen Bosn. Pfund 30, 40 Pf.

Besonders preiswerte Bowlen- u. Tischweine

Preise einschliesslich Steuer ohne Flasche

Rot- und Dessertweine

	½ Ltr.-Fl.	10 Fl.
Ruster Gold, vorzügl. Stärkungswein	1,25	12,00
	½ Fl.	10 Fl.
1924er Dürkheimer Feuerberg	1,4	13,00
Sonnengartner, rot ... span. Süsswein	1,75	16,50
Vorzüglicher Insel Samos	1,75	16,5
Alter Douro-Portwein	2,50	22,50

Weine vom Fass
in unseren bekannt guten Qualitäten

	Ltr.	10 Ltr.
Beradorfer Apfelwein, zur Kur u. Bowle geeignet	50 Pf.	4,50
	Ltr.	5 Ltr.
Johannisbeerwein, roter süsser, hervorrag. Qual.	95 Pf.	4,50
Heidelbeerwein, vorzüglicher Kräftigungswein	95 Pf.	4,50
Fettsüsser Insel Samos	2,(?)0	(?),50

Mosel- und Rheinweine

	½ Fl.	10 Fl.
1925er Maikammerer Letten	1,00	9,5
1924er Winninger	1,10	10,50
1922er Weisenheimer Hasenzeil	1,40	12,00
1923er Schloss Böckelheimer Mühlberg Spätlese	1,75	16,00
1922er Lieserer Kirchberg	2,10	20,–

Unsere Spezialität! Deutscher Weinbrand ... 4,50 ... 13,00

Zur Bowle: 10 Fl. 1924er Bayerfelder Schlossberg, 2 Flaschen Fruchtschaumwein ... zus. 13,50

Backobst Vierfrucht, Pfund 45 Pf.

Aprikosen Pfund 1,05 und 1,30

Ausserdem Fortsetzung der

„WEISSEN WOCHEN" in allen Häusern

Herren-Wäsche

Oberhemden Perkal, gefütterte Faltenbrust, 2 Kragen 4,90
Nachthemden mit Kragen oder Geishaform 4,50
Stehumlegekragen pa. Mako 4 fach, mod. Formen, Berl. Fabrikat 55 Pf.

Wäschestoffe

Renforcé ca. 80 cm breit Meter 48 Pf.
Louisianatuch ca. 80 cm breit Meter 52 Pf.
Köperbarchent ca. 80 cm breit Meter 65 Pf.

Bettwäsche

Kopfkissenbezüge mit Bogen 1,05
Kopfkissenbezüge mit Langette 1,45
Betttücher Dowlas 3,65

Damen-Wäsche

Schlüpfer aus gutem kunstseidenen Trikot, in reicher Farbenauswahl 1,65
Nachthemden aus gutem Wäschestoff, mit breiter Stickerei garniert 2,25
Hemdhosen aus fein. Wäschebatist, mit Stickerei und Spitze, in eleganter Ausführung 2,95

Hauswäsche

Stubenhandtücher Gerstenkorn, vollweiss gebleicht gute haltbare Qualit., ca. 48/100, ges. u. geb., Stück 58 Pf.
Küchenhandtücher Reinleinen Halbleinen, weiss mit farbig. Kante, ca. 48/100 cm, gesäumt u. gebändert, Stück 82 Pf.
Wischtücher Bordüre, ca. 54/80 cm, ges. u. gebänd., Stück 80 Pf. — weiss Köpergewebe, gutes Halbleinen, rote ca. 56/56 cm, ges. u. geb., Stück 60 Pf.

Schürzen

Gummischürzen für Damen, grosse Form 1,25
Servierschürzen aus gutem Linon, mit Stickereibesatz 1,95
Zanellakittel schwarz 5,80

Schuhwaren

Tennisschuhe weiss Leinen, mit Kreppgummisohle, Grösse 36-45 2,90
Seglerschuhe weiss Leinen, mit angevulkanisierter Gummisohle, Grösse 36-46 2,90
Sandalen randgenäht, mit Doppelsohlen, echt Rindleder, Grösse 27-30 3,90, 31-35 4,50

Frottierwäsche

Kinder-Badelaken gute Qualität 1,95
Frottierstoffe farbig, gute Qualität, ca. 70 cm breit 5,75
Bademäntel moderne Form 9,50

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Str. • Brunnenstr. Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Str. • Grosse Frankfurter Str. • Chausseestr.

Metallbetten 10,50
Schlafchaiselongues 24.-
Fabrikpreise Ratenzahlung
Göhr Berlin, Pappelallee 12, Pankow, Schmidtstr. 1
frei jeder Bahnstation.

Verkäufe

Dürkopp-Nähmaschinen ohne Anzahlung. 3 Mark Wochenrate. Wiest, Brunnenstraße 186, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Kotben 119.

Leiterwagen, Schubkarren, Einzelräder, Achsen, Federn. Globus, Dresdenerstraße 55. Moritzplatz 137 55.

Drehrollentische. Leistungsfähigste Spezialfabrik Rollenwandlung 200.—. Rosenthalerstraße 24.

Trotz Teilzahlung sofort Kinderwagen, Klappwagen, Kinderbetten, Metallbetten, Korbmöbel. Baß, Große Frankfurterstraße 47.

Gebrauchte Anzüge, Wäsche usw.

Getragene Herrengarderobe. Spezialität Bauchfiguren, spottbillig. Ruß, Germanustraße 23/24, früher Mulackstraße.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Cutaways, Winterpaletots, Ulster, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe sowie Pelzmäntel, Pelzjacken, Herrensport- und Gehpelze zu staunend billigen Preisen im Leihhaus Lowicki, Brunnenstraße 103, eine Treppe. Keine Bombenware.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Rockpaletots, Cutaway-Anzüge, Loden-mäntel, für jede Figur passend, Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Solpern, Rosenthalerstr. 4, erste Etage.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4, Norden 6996.

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lowicki, Brunnenstraße 103.

Möbel

Ankleideschränke, dreiteilig, mit Spiegel, 85.—; große 98.—. Bettstellen 18.—, Schlafzimmer, Küchen, Einzelmöbel, Nußbaum, Eiche. Zahlungserleichterung bis 12 Monate zu Kassapreisen. Stein, nur Dallanienstraße 20.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Weller, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Gelegenheit! Kleiderschrank 18.—, Vertiko 15.—, Waschtoilette 11.—, Nußbaum-Schreibtisch 25.—, Küchen 24.—, Plüschsofa 15.—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn.

Neue Anrichteküchen mit Linoleum 99.—. Rahmenküchen 64.—, weiße Ankleideschränke mit Facettespiegel 63.—, Nußbaum-Kleiderschränke mit Spiegel 75.—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn.

Ankleideschränke 120.—, Nachttische 20.—. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 36.

Metallbetten mit Auflagen 21.—, Schlafchaiselongues 22.—. Chaiselonguedecken 8.—. Wandbehänge 8.—. Patentmatratzen 8.—. Teilzahlungen Wochenabzahlung 3.—. Göhr, Pappelallee 12; Pankow, Schmidtstraße 1.

Metallbetten mit Auflagen 21.—. Göhr, Pappelallee 12; Pankow, Schmidtstraße 1.

Ausnahme-Angebot! Ankleideschränke, 2 Meter breit, mit ovalem Spiegel, dreitürig, Wäscheabteilung, 185.—, 150 breit 165.—, englische Bettstellen, komplett, 58.—. Nachttische mit Marmorplatte 15.—. Nußbaum-Apotheken 12.—. Plüschsofas 48.—. Diplomaten 35.—. Säulenbüfetts 75.—. Bierausziehtische 68.—. Standuhren 72.—. Eßzimmer, echt Eiche, komplett 295.—. Schlafzimmer mit echtem Marmor und Facettespiegel 285.—. Herrenzimmer mit Ledermöbeln 285.—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn, Bahnhof Gesundbrunnen. Freilieferung.

Teilzahlung. Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen sowie sämtliche Einzelmöbel, geringste Anzahlung, bequemste Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Rauf, Brunnenstraße 28.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum Linienstraße neunzehn.

Freilaufräder 55.—. Teilzahlung. Kraus, Große Frankfurterstraße 52.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber. Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 29 (Adalbertstraße).

Vermietungen

Zimmer

Zimmer für Ehepaar bei Elfe, Paul-Singer-Str. 97, vorn IV.

Egges erste Liebe.

Von Emil Rath.

(Schluß.)

Auf dem Morgenwege zur Schule traf er Schmitthenne. Der gab ihm freundlich die Hand und fragte: „Nun, gut geschlafen?“ Etwas verlegen wandte Egge den Kopf und murmelte: „Nein, nicht ganz!“

Da lachte Schmitthenne kurz und trocken auf: „Zum wenigsten mußt du doch etwas Gutes geträumt haben.“

Egge starrte ihn blöde an. Schmitthenne stieß ihn in die Seite und lachte: „Hast du nichts von Margit Heller geträumt? Nichts? Gar nichts?“

Eine zornrote Welle überlief Egges Gesicht. Er ballte die Fäuste und murmelte drohend: „Wehe dir, wenn du mich verrätst!“

Sein Begleiter zuckte hochmütig die Achseln und sagte eifrig: „Das tue ich, wie ich will, verstanden? Befehlen lasse ich mir von dir nicht!“

Auf dem ganzen Wege sprachen beide miteinander kein Wort. Schon an der Tür, packte Egge Schmitthene bittend an den Schultern: „Gelt, du sagst nichts?“

Doch dessen Augen blitzten in grünlichem, schadenfrohem Licht. Ihn kränkte es, in einer solchen Angelegenheit nicht Egges Vertrauter gewesen zu sein, wie er es bisher war. So zeigte er ihm die Zähne und schwieg.

Bald wußte es die halbe, bald die ganze Klasse: „Egge poussiert Margit Heller!“ Sie nahmen das häßliche Wort gleichgültig in den Mund, als sei es das erste, das sie seit ihrer Geburt lallten. Das schmerzte Egge und brannte mit fiebernden Flecken auf seinen Wangen. Er war eine ängstliche, in sich verkrochene Natur, in seinem Empfinden unklar, überweich, daß ihm ein solches Wort so weh tat, als sei es nur um seinetwillen da, nur um ihn zu kränken geschaffen worden. Lieber hätte er jeden körperlichen Schmerz, und wäre er noch so groß, ertragen, als diese Schmähung. Das webte über seine Vorstellungen von der Liebe einen Schleier, der ihm den Altar, vor dem er seine Opfer bringen wollte, nur in verworrenen und verschwommenen Linien erkennen ließ. Sein Herz war eine flache Kristallschale, in der sein ganzes Empfinden klar perlte, ohne Hefe und ohne Schaum.

Und diese Schale wollte er mit zitternden Händen Margit darbringen. Er hatte es getan, aber ihr Blick reichte nicht nieder bis auf den Grund dieses lauteren Kelches, sie dachte, daß dort irgendwo Hefe sein müsse.

Als er sie wieder am Abend traf, ein wenig in sich geduckt, in den Augen nur das Leuchten wie das eines von Bernstein umschlossenen Lichtstrahles, war sie in sprühender Laune. Ihn aber befoß die Angst, ein vorlauter Spötter könne wieder an den goldenen Füßen seines Altars rütteln und ihn roh und taktlos zu Fall bringen. Deshalb bat er leise: „Nicht hier, Margit!“

Sie lachte: „Wohin denn, du Kleinmütiger?“

Er zuckte ratlos die Achseln. Sie fragte lauernd: „Zu mir?“ und schüttelte in aufquellender Freude die Hand: „Dann komm. Wir sind beide allein!“

Sie stiegen die breite Treppe empor, Egge mit geheimer Scheu. Er preßte sein Herz in die Faust: Allein? Was war das, dieses „Allein“? Es lag um ihn wie ein Mückenschleier, unter dem die Gedanken rastlos summten, während sein Altar in weiter Ferne lag, matt, nebelhaft, von fremden Düften umwoben.

Und ehe er sich dessen versah, sank sein Fuß auch schon in das weiche Bärenfell von Margits Zimmer, und seine Augen kletterten unruhig an den Arabesken der bunten Tapeten auf und ab, die vom falben Rotlicht des Lampenschirmes übergossen wurden. Blut, dacht Egge, Herzblut — —. Margit warf das leichte Sommertuch von den Schultern, das so luftig war, daß es nur langsam fiel wie ein weißbunter Schmetterling, dem Egge träumerisch nachsah. Da warf sich Margit in seine Arme, er preßte sie fest an sich, und sie küßte ihn wieder und wieder.

„Gott, Eggell, was bist du ungeschickt!“

Um seine Lippen rann ein warmes Lächeln. Er wußte gut, wie unbeholfen seine Lippen und seine Hände waren, aber seine Seele fühlte desto wärmer und inniger, und wie verschämt sagte er: „Aber lieb habe ich dich doch. Und was hat Liebe mit dem Ungeschicktsein zu tun?“

Er setzte sich schwerfällig auf das dunkelgrüne Sofa nieder. Margit sagte, schmollend den Kopf auf die Seite gelegt: „Ist das eine dumme Frage! Ich meine immer, du könntest mich doch nicht so lieb haben, wie du immer sagt.“

Seine Miene spielte in ehrlicher Entrüstung: „Margit!“

Sie legte ihm schnell ihre weiche Hand auf den Mund und sagte: „Still, ich will dir auch etwas Schönes zeigen!“ — In ihren Augen war wieder jenes Flackern wie von züngelnden Flämmlein. „Geh hinaus!“ sie sagte es in einem Tone, der keine Widerrede zuließ. Als Egge sie verdutzt ansah, stampfte sie leicht mit dem Fuß auf: „So geh doch!“

Und er erhob sich langsam und ging. Er hörte noch, wie sie das Licht auslöschte — dann stand er im Dunkeln. Ihm kam alles ein wenig lächerlich vor, daß er wie ein gestrafter Schuljunge in der Ecke stand. Von drinnen ertönte kein Laut und er schämte sich, das Ohr gegen die Tür zu pressen. Es war so still, daß er das Ticken der großen Wanduhr vernahm, und die Minuten schlichen so langsam dahin, als hätten sie Blei an den Füßen.

Was Margit nur wollte? Da rief auch schon ihre Stimme seinen Namen. Er drückte die Klinke nieder und stieß die Tür zurück — — nun fand er Margit im Hellkreis der Lampe, und ihr nackter Körper sprühte von geheimnisvollen Lichtern, die das Dunkel in dichten Bündeln zurückwarf. Egge zwang seinen Atem zurück. Sein Blut brannte — rings versanken ihm die beengenden Wände — schlanke Säulen wuchsen empor. Die Decke schien in leichtem Dunst zu verschweben, es brauste von dunklen, geheimnisvollen Klängen. Ein fast überirdisches Leuchten kam in Egges harte Züge: Er streckte die Hände aus, tat einige Schritte vorwärts wie ein Blinder und sank Margit zu Füßen, die er mit Küssen und Tränen bedeckte. „Göttin!“ lallten seine Lippen.

Margit lächelte auf ihn herab, sein rotblondes Haar glänzte wie ein Heiligenschein — da strich er sich mit einer irren Gebärde über die Stirn und die Augen, als ob er aus tiefem Traum erwache.

„Geh!“ sprang er auf und runzelte die Brauen.

„Zieh dich an, Margit!“ sagte er befehlerisch. Aus Margits Zügen verschwand das Triumphieren. „Hast du mich nicht verstanden?“ Seine Stimme ward rauh und herrisch.

Da schoß ihr heiß eine Blutwelle der Scham übers Gesicht — sie wandte sich wortlos um, und Egge hörte sie in der Ecke leise schluchzen. Er wartete lange, stumm.

„Bist du fertig?“ fragte er ungeduldig. Endlich kam sie ihm entgegen, immer noch schluchzend. Er richtete sich auf. Ein unbehagliches Gefühl in ihm drängte nach Luft.

„Margit,“ sagte er leise, „ich habe dich verstanden — und es ist besser, wenn wir uns trennen!“

Er biß auf die Zähne und ballte die Faust, um stark zu sein. Nur nicht weinen! Er streckte die Hand aus und griff ins Leere.

„Margit!“ Sie kauerte auf einem Sessel, das Gesicht tief in die Hände geschmiegt, und gab keinen Laut von sich.

Marx präsentiert seine Regierung.

„Das Hohe Haus wird es verstehen, wenn ich mit gedämpfter Stimme spreche!“

Da öffnete er still die Tür. Noch einmal fiel der ungedämpfte Widerschein des Lichtes auf seine schmerzdurchhauchten Züge — dann klirrte das Schloß.

Einen Augenblick zögerte er, als ob er seinen Namen hätte rufen hören. Nur die Gasflammen flackerten, und es klang wie das höhnische Meckern von Satyren.

*

Fortan war Egge wieder der Alte, und Schmitthenne dachte peinlich berührt: „Ich habe ihm doch Unrecht getan!“ Doch hütete er sich, es laut zu sagen; nur seine Glossen über die Weiber wurden würziger und kraftvoller, und, was ihn befremdete, Egge stimmte ihm scheinbar in allem bei.

Nur manchmal kam in Egges Augen ein sehnsüchtiges Glimmern, und er schaute wie geistesabwesend in die Ferne, wo er in nebelhaftem Duft seinen Altar zu sehen vermeinte, und droben auf dem Altar stand leuchtend in Marmorschöne eine schlanke, nackte Jugendgestalt.

Dann lächelte er verträumt vor sich hin und schob langsam und nachdenklich den Vorhang über das köstliche Gut seiner ersten Jugendliebe.

Hebräisches Arbeitertheater in Palästina.

Von Miriam Schnabel-Hoeflich, Jerusalem.

Neben dem großen Theater, das in Tel-awiw Haifa und in Jerusalem abwechselnd spielt, und dessen Personal ausschließlich aus Berufsschauspielern besteht, gibt es seit kurzem in Palästina auch ein Arbeitertheater, das heißt, eine Bühne, deren Mitglieder ausschließlich manuelle Arbeiter sind, und zwar solche, die auch als Schauspieler ihre Mitarbeit am Aufbau des Landes nicht aufgeben. (Im Gegensatz zu dem Moskauer Hebräischen Theater, dessen Arbeiterschauspieler allmählich ausschließlich Schauspieler wurden, eine Gefahr, die hier zumindest für die nächste Zukunft ausgeschlossen erscheint.) Das Theater wurde im März 1925 von Moscheh Hallewi, der von der Moskauer Habimah (die vor kurzem, wie erinnerlich, auch in Berlin gespielt hat) mit Hilfe der allgemeinen Arbeiterorganisation gegründet. Er fuhr im ganzen Lande herum und suchte Kräfte, wobei er weniger nach theatralischer Begabung, als nach Intelligenz, Theatergefühl und Hingabe für die Sache, sowie nach dem Gemeinschaftsgefühl der Kandidaten fragte. So brachte er etwa dreißig männliche und fünfzehn weibliche Chawerim (Kameraden) zusammen. Die Organisation verschaffte ihnen Arbeitsstellen in Tel-awiw, wo das Theater sich befindet, damit die künstlerische Tätigkeit auch einen materiellen Hintergrund habe, denn das Theater selbst hat ja kein Geld. Neben dem künstlerischen Werk gab es, zumindest im Anfang, aber auch eine rein manuelle Tätigkeit am Theater, das heißt, die Schauspieler bauten nach dem Grundsatz der Selbstarbeit, der das arbeitende Palästina beherrscht, das Theatergebäude — „Ohel“ (das Zelt) — mit eigenen Händen auf, und bald stand am Meeresstrand eine luftige, schöne, eternitgedeckte Baracke, das erste Arbeitertheater. (In der nächsten Zeit will man mit dem Bau eines Steingebäudes beginnen.)

Nun begann der künstlerische Teil des Werkes: die Tätigkeit im Studio, die täglich um 6 Uhr abends anfängt, wenn die Mitglieder von den Arbeitsplätzen in der Stadt und in den Dörfern um die Stadt zusammenkommen. Das unverkennbare Kennzeichen dieses Werkes ist der hohe sittliche Ernst, dessen nur Menschen mit großem Verantwortlichkeitsgefühl und grenzenlosem Gemeinschaftsgeist fähig sind. (Es ist, dies sei nebenbei bemerkt, für diese Gruppe selbstverständlich, daß keiner ihrer Chawerim arbeitslos sein dürfe; gibt es in einem Beruf wenig zu tun, dann wird eben der Vollarbeiter automatisch zum Kurzarbeiter und teilt Arbeit — die hier weniger als bitteres Muß, vielmehr als freudig erfüllte, freiwillig auf sich genommene Pflicht erkannt wird — und Lohn mit dem bedrängten Kameraden.)

Die ersten sieben Monate vergingen mit Kleinarbeit, die wie das gesamte Theater Chawer Hallewi leitete. Als Dramaturg arbeitet der Arbeiterdichter Schlonsky, der bekannte Komponist Engel leitet den Chorgesang, Professor Schorr unterrichtet Musikgeschichte und musikalische Analyse, Grete Ornstein, eine Wienerin, wieder unterrichtet rhythmische Gymnastik und Bewegungskunst, der hochtalentierte Saposchnikoff ist Theatermaler. Ben Zwi, gleichfalls ein Moskauer Schauspieler, wurde Hilfsregisseur und ich trug Atem- und Lauttechnik der hebräischen Sprache (Phonetik) vor. Unter der wirklich hingebenden Leitung dieser, ihrer Verantwortung voll bewußten Menschen wurde in unglaublich rascher Zeit derartiges geleistet, daß man im Februar schon darangehen konnte, die erste Aufführung vorzubereiten. Um diese Zeit bekam ich von der Kulturgruppe der Arbeiterorganisation den Auftrag, eine Vortragstournee durch die Dörfer des Landes zu machen. Dieser Auftrag war mir die beste Belohnung meiner Arbeit. Ein bißchen Wäsche, ein Kleid ein Paar Schuhe in den Rucksack, die Kefije (das arabische Sonnentuch) auf dem Kopf, und schon gings ins Land. Eine liebe Freundin begleitete mich. (Sie war trotz ihrer Jugend Leiterin eines großen Warenhauses in Deutschland gewesen, und hatte, wie so viele in Palästina, ihre gut bezahlte Stellung mit der eines einfachen Arbeiters vertauscht.) In allen Kolonien, meist kamen wir in Arbeiterdörfer — den einzigen wirklich kommunistischen Lebensgemeinschaften der Welt — war mein Kommen bereits avisiert, so daß wir meist am schwarzen Brett schon die Ankündigung vorfanden, daß ich am Abend in der Eßbaracke sprechen werde. Ich leugne es nicht, daß ich die ersten Male etwas zaghaft vor dieses Publikum trat; es war doch ein anderes als das in Europa. Hier war nichts vom Snobismus zu verspüren, hier umgab mich nicht die undurchdringliche Atmosphäre des Künstlers, hier war ich Chawera unter Chawerim, im Bewußtsein, unter Aufbauenden gleichfalls Aufbauarbeit zu leisten. Und nie hat mich Erfolg derart gefreut, wie unter den Arbeitern des Emek. Wenn auch Klatschen als Zeichen des Beifalls unbekannt oder zumindest verpönt ist, fühlte ich doch augenblicklich den ganz starken Kontakt, der in einem europäischen Konzertsaal ganz unmöglich ist. Es waren wirklich unvergeßliche Stunden, Stunden, in denen das Bewußtsein, an einer Ewigkeitsarbeit beizutragen, stärker als je mir ins Bewußtsein traten.

Selbstverständlich ist eine derartige Tournee nichts für Menschen, die an erstklassige Hotels und an Schlafwagen gewohnt sind, denn meist geht die Reise von Dorf zu Dorf zu Fuß oder auf einem Esel, und die Nächte verbringt man in einem Zelt, in einer Baracke, in einem leeren Krankenraum, wo eben Platz ist, und auch um Essen gibt es selbst für den sehr enthusiastisch begrüßten Gast keine Ausnahmestellung. Aber, wer immer durch eine Genossenschaftssiedlung kommt, ob er nun Jude, Araber oder Europäer ist, kann mitessen, das einfache fleischlose Essen des Chaluz (Pionier) in Emek oder in Galiläa, denn dort gilt wieder die altorientalische Gastfreundschaft, die nur durch den Versuch, sie mit Geld zu bezahlen, gebrochen werden kann.

In einer Siedlung, in Beth Alpha, blieben wir länger, denn dort wollte man, daß ich an der Feier des ersten Mai mitwirke. Der Maitag ist in Palästina weniger ein Parteifesttag, als eine Feier der arbeitenden Menschen überhaupt, gleichgültig, ob und welcher Arbeiterpartei sie angehören. So finden wir bei den Maifeiern gleicherweise Chawerim, die der marxistischen Poale Zijon angehören, wie solche, die Mitglieder des volkssozialistischen Hapo' el hazza 'ir sind . . . Am Vortag wurde der Speisesaal festlich dekoriert, auf einer landwirtschaftlichen Maschine wurde eine rote Fahne aufgesteckt, und als der Abend hereinbrach, kamen die Chawerim von den benachbarten Siedlungen (nach jüdischer Sitte beginnt der Tag mit dem Abend!) und die Feier begann. Ein einfacher Chor, ein Streichquartett, und dann sprach ich hebräische Dichtung und ausnahmsweise (was sonst nicht zugelassen wird) auch jiddisch und sogar ein paar deutsche Gedichte von Dehmel und Toller. Bis nach Mitternacht wurde dann die wilde Hora, der Tanz der Chaluz'm, getanzt, denn der nächste Tag war Sabbat, Ruhetag, die große Cäsur in dem unendlich schweren, die höchsten Opfer fordernden Arbeitsleben der Kameraden, die der Wüste Schritt für Schritt das Fruchtland abringen. (Hier sei bemerkt, daß alle Feiern und Feste, die nationalen wie die religiösen, in Palästina Volksfeste sind, Erntefeiern, Gedenkfeiern, die immer irgendwie mit der Natur zusammenhängen, im wahrsten Sinne Feiern, die das ganze Volk bewußt und nicht aus Gewohnheit begeht.)

Ein paar Tage später mußte ich nach Tel-awiw zurück, um bei der Premiere des Arbeitertheaters dabei zu sein. Es war ein voller Erfolg, und ein Theaterabend, der länger dauerte als irgend ein Theaterabend in Europa, denn nach jedem Stück — es wurden Einakter von Perez gegeben — brach ein ekstatischer Taumel los, wie man ihn eben nur in Palästina unter naiveren, naturnahen Arbeitsmenschen kennt. Selbstverständlich zog man nach der Vorstellung an den Strand, wo Tanz und Gesang bis zum Morgen die Geburt des Arbeitertheaters feierte.

Der Erfolg ermutigte. Sofort begann man mit dem Studium eines neuen Stückes — und mit dem Bau einer Straße. Bei Tag schleppt der Heldendarsteller und der Regisseur Steine, die Naive melkt vielleicht Kühe und die Heroine bindet Weinstöcke, während der Komiker hinter Kameelen, die Bauholz schleppen, einhertrabt, und abends wird Theater gespielt, ein Theater, das wahrlich kein Dilettantentheater ist, eine Bühne, die sich mit irgendeinem europäischen Theater messen kann.

Die Arbeiterschaft Palästinas hat der neuerwachten hebräischen Kultur durch diese Arbeit Pionierdienste geleistet, die ihr sehr hoch angerechnet werden müssen, und nicht allein der Kultur, sondern auch dem ganzen arbeitenden Volke von Palästina etwas gegeben, das „den weggeworfenen Stein zum Eckstein“ machte, zum ganz starken Pfeiler einer idealistischen Gemeinschaft der Zukunft.

Italien-Chanson.

Wie war Italien einst verdreckt!
Jetzt ist Italien sauber.
Man hat dort deshalb Gold entdeckt.
Wem dankt man solchen Zauber?

Refrain:
Mussolinchen, das das Aermchen hebt,
Das Mädchen für alles, das Mädchen,
Das, spät geboren, weiter lebt
Dank vieler Attentätchen.

Italien, das schon manche Schlacht
Gewann, ha! Heute siegt es
An jedem Tag, in jeder Nacht
Wohl zehnmal. An wem liegt es?

Refrain:
Mussolinchen, das das Aermchen hebt,
Das Mädchen für alles, das Mädchen,
Das, spät geboren weiter lebt
Dank vieler Attentätchen.

Italia, die Großnation
Wird — nur dank Mussolinis
Genie — einst — — —
— (Schluß der Redaktion)
Finis.

Joachim Ringelnatz.

Wohnungsbau und Mietensteigerung.

Ein preisgegebenes Programm. – Gefährliche Pläne.

In der Krise des vorigen Sommers versprach der Reichsarbeitsminister für den Herbst 1926 ein Reichswohnungsbauprogramm für die nächsten drei Jahre. Anscheinend ist man von diesem Plan wieder abgekommen und will jetzt — ein Vierteljahr nach dem seinerzeit versprochenen Termin — wieder nur für das Jahr 1927 Vorsorge für den Wohnungsbau treffen. Im Vordergrund steht dabei die Frage, wie die Mittel für den Wohnungsbau beschafft werden können.

Möglichkeiten der Finanzierung.

Im letzten Jahre hat sich gezeigt, daß das Hauszinssteueraufkommen, soweit es für den Wohnungsbau zur Verfügung steht, nicht ausreichend war, so daß die deutschen Kommunen zirka 300 bis 350 Millionen Mark auf dem Anleihewege für Wohnungsbauzwecke aufbringen mußten. Für das kommende Jahr kann bei unveränderten Höhe der Miete und der Hauszinssteuer mit annähernd dem gleichen Betrage aus Anleihemitteln wieder gerechnet werden. Aus dem vom Reich zur Verfügung gestellten Kredit von 200 Millionen Mark dürften noch über 100 Millionen zur Verfügung stehen, Preußen und Bayern nehmen zusammen über 100 Millionen Mark für den Wohnungsbau auf, und daß die Gemeinden eine weitere Anleihelast von 100 bis 150 Millionen M. übernehmen könnten und zu übernehmen bereit sind, daran zweifelt wohl niemand. Dennoch wird von der Reichsregierung mit dem Gedanken einer 20prozentigen Mieterhöhung in Altwohnungen gespielt. Davon sollen dem Hausbesitz nominell 8½ Proz. für seine ab 1. Januar 1928 erhöhten Schuldzinsen zufließen, für ein Dreivierteljahr also geschenkt werden, ein Betrag, der auch später weit über das hinaus geht, was wirklich für diese Zahlungen erforderlich ist. Erfahrungsgemäß läßt ihm die Gesetzgebung der Länder mindestens noch ein weiteres Fünftel von der Mieterhöhung zukommen, so daß die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel insgesamt um etwa 400 Millionen M. sich erhöhen würden.

Mietensteigerung bei ungewisser Konjunktur.

Dafür aber will man heute eine Mietensteigerung beschließen, obgleich man sich darüber klar ist, daß nur eine aufsteigende Konjunktur, die mit einer Erhöhung der Löhne Hand in Hand geht, die Erhöhung tragbar erscheinen lassen kann, die nicht einfach auf die Lebenshaltung des Mittelstandes und der großen Masse abgewälzt werden darf. Tatsache ist aber, daß von einer aufsteigenden Konjunktur zurzeit keine Rede sein kann. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist nach der Statistik des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Dezember 1926 bis 15. Januar 1927 um 465 000 gestiegen. Das Reichsarbeitsministerium selbst hat gelegentlich ausgeführt, „daß gegenwärtig in Deutschland im Winter mit einem Mehr von 300 000 bis 400 000 Erwerbslosen als Regelerscheinung gerechnet werden muß". Die Zahl von 465 000 Erwerbslosen nach der Statistik des Reichsarbeitsministeriums zeigt deutlich, daß zurzeit von einem Konjunkturabstieg über das der Jahreszeit entsprechende Maß hinaus gesprochen werden muß. Tatsächlich aber ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger heute irreführend, denn die Zahl der Ausgesteuerten wächst von Monat zu Monat. Es wurden ausgesteuert in der Zeit

vom 16. September bis	15. Oktober rund	26000
„ 16. Oktober „	15. November „	33000
„ 16. November „	15. Dezemb. über	40000

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man annimmt, daß in der Zeit bis zum 15. Januar noch weitere 50 000 Erwerbslose ausgesteuert wurden. Die starke Zunahme der von der Krisenfürsorge Unterstützten ist auch in den letzten Wochen ständig für alle Arbeitsmarktberichte der Landesarbeitsämter charakteristisch gewesen. In den 6 Wochen vom 1. Dezember bis 15. Januar betrug die Zahl der Ausgesteuerten also an 70 000, die Gesamtzunahme der Erwerbslosigkeit also über ½ Million, fast 200 000 mehr, als das Arbeitsministerium als normal feststellen zu können glaubte.

Angesichts dieser Entwicklung wäre eine Mietensteigerung im gegenwärtigen Augenblick unverantwortlich. Es erscheint notwendig, erst die Konjunkturentwicklung abzuwarten, ehe man sich zu einer so schwerwiegenden Maßnahme entschließt.

Ein unmöglicher Plan.

Völlig undiskutabel ist aber ein jetzt aufgetauchter Plan, der anscheinend eine große Rolle zu spielen berufen sein wird und der aus der Feder des Hypothekenbankdirektors Dr. Schwartz stammt. Herr Schwartz will nicht nur eine Mieterhöhung der Altwohnungen vornehmen, sondern auch die Mietkosten der Neuwohnungen heraufsetzen. Bisher hatten wir in Deutschland die stete Anpassung der Altmieten an die Neumieten zu verzeichnen. Während die Altmieten zugunsten des Hausbesitzes und der öffentlichen Hand erhöht wurden, gingen die Neumieten ständig zurück im gleichen Ausmaße, wie der Zinssatz sank. Es ist kaum zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß noch vor einem Jahre die Mieten der Neubauwohnungen auf dem Eineinhalb- bis Zweifachen dessen lagen, was im Jahre 1927 sich als notwendig herausstellen wird.

Dieses Abgleiten der Neubaumieten erfüllt den Hausbesitz und die Bauspekulation mit großer Sorge,

denn wenn von Jahr zu Jahr die Mieten in Neubauten sinkende Tendenz aufweisen, so winkt dem spekulativen Bauunternehmer und Bodenbesitzer nicht die Aussicht hohen Gewinns, und der alte Hausbesitz sieht den Zeitpunkt herangekommen, wo seine eigenen Hoffnungen auf große Mietensteigerungen zuschanden werden. Daraufhin schlägt Herr Schwartz vor, „statt einer Wohnung eineinhalb Wohnungen" zu bauen, aber die so neu gebauten Wohnungen sollen teurer sein als sie heute sind und vor allem: das weiter Abgleiten der Neubaumieten soll ein Ende finden.

Diese Pläne finden bei der Bürgerblockregierung anscheinend viel Sympathie. Mietensteigerung für Alt- und Neuwohnungen im Zeichen sinkender Konjunktur scheint die erste wirtschaftspolitische Tat des Bürgerblocks sein zu sollen. Gleichzeitig will man den Einfluß der gemeinnützigen Bautätigkeit zurückdrängen, die Bauweise verschlechtern und womöglich die Einzimmerwohnung als Wohnungsstandard der arbeitenden Massen durchsetzen. Außerdem will man die Gemeinden mit einer unübersehbaren Fülle von Bürgschaftsverpflichtungen überschütten und den Bau- und Bodenspekulanten unverzinsliche und untilgbare Barzuschüsse der öffentlichen Hand in einem Augenblick geben, in dem die Subventionspolitik des Jahres 1926 allgemein mit Recht als unzulänglich verurteilt wird. Dem Hausbesitz erhöhte Mieten, den Hypothekenbanken erhöhte Umsätze und Gewinne, der öffentlichen Hand erhöhte Lasten und der Arbeiterschaft das Wohnungselend — das scheint für das Jahr 1927 zum Programm der Reichsregierung zu werden, die im gleichen Augenblick ihre Zusage, ein wirkliches Programm zur Behebung der Wohnungsnot aufzustellen, bricht.

Mussolini auf der Anleihesuche.

Kalte Schulter in Amerika.

Zu den Bemühungen Mussolinis um Auslandsanleihen wird uns aus Mailand berichtet, daß es in faschistischen Kreisen ungeheures Aufsehen erregt hat, daß die bekanntesten amerikanischen Bankiers zu Ehren des bekannten Historikers Professor Salvemini, eines der unerbittlichsten und heftigsten Gegner des Faschismus, ein Bankett gegeben haben. An diesem Bankett haben Männer wie Lamond von der Morgan-Bank, Kahn und andere führende Köpfe der internationalen Hochfinanz teilgenommen, die bisher dem Faschismus noch mit einigem Wohlwollen gegenüberstanden. Damit dürfte es für die faschistische Regierung fast zur Unmöglichkeit geworden sein, in Amerika eine Anleihe zu finden. Es steht fest, daß das Bankhaus Morgan glatt abgelehnt hat.

Nunmehr hegen die Faschisten die Hoffnung, in England eine Anleihe auftreiben zu können, und sind des Glaubens, das Interview des englischen Ministers Winston Churchill mit seinen Lobpreisungen des Faschismus sei nur die Einleitung einer Anleihe Englands an Italien. Die Freunde des italienischen Finanzministers Volpi versichern, daß Verhandlungen über die Aufnahme einer Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling im Gange sind. Dieses Gerücht findet jedoch selbst in italienischen Finanzkreisen keinen Glauben. Aber eine derartige Anleihe, selbst wenn sie möglich sein sollte, würde die prekäre Existenz der faschistischen Finanzen höchstens auf einige Monate verbessern, nicht aber dauernd sanieren können.

Mit seiner Zwangsanleihe, die statt 5 kaum 3 Milliarden erbrachte, hat das faschistische Regime ein Fiasko erlebt. So wachsen die Schwierigkeiten immer mehr, der italienischen Finanzmisere ein Ende zu machen.

Die Roggennot wird abgestritten.

Von der Getreidehandelsgesellschaft.

Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Sicherung der zollfreien Roggeneinfuhr vom 1. Februar bis zum 30. Juni hat bereits eine Antwort gefunden. Charakteristischerweise ist sie in der Beiratssitzung der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft gegeben worden, also von den nächsten und ernstesten Interessenten an der Uebersteigerung der Roggenpreise. Angesichts des außerordentlichen Ernstes der Frage ist das ausgegebene Kommuniqué in seiner nichtssagenden Kürze ein Skandal und verrät nur allzu deutlich die Verlegenheit, in die die betroffenen Kreise durch den sozialdemokratischen Antrag gebracht worden sind. Angesichts des in wenigen Monaten um fast 30 Proz. gestiegenen Roggenpreises, eines Preises, der um volle 50 Proz. über den Vorkriegspreisen liegt, angesichts der Tatsache, daß die für die Zeit bis zur neuen Ernte greifbaren Vorräte außerordentlich gering sind, begnügt sich die Mitteilung mit der Feststellung, daß die Druschergebnisse besonders für Roggen hinter den Schätzungen zurückgeblieben seien, daß aber von einer wirklichen Roggennot zurzeit nicht die Rede sein könne. Der Beirat stehe auf dem Standpunkt, daß die Gesellschaft nach wie vor die Bewegung auf dem Getreidemarkt mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und „nach Maßgabe ihres Könnens" bei weiterer Steigerung der Roggenpreise „eingreifen" solle. Eine vorübergehende Ermäßigung des Zollsatzes sei gleichfalls erörtert aber von allen Teilen als „die Allgemeinheit schädigend" abgelehnt worden.

Diese Stellungnahme ist wohl kennzeichnend für die Getreidehandelsgesellschaft, bedeutet aber nichts für die Sache. Die Entscheidung in dieser Frage werden andere Stellen, vor allem aber die öffentliche Meinung Deutschlands zu treffen haben.

Der erste Schiffahrtsabschluß.

Hamburg-Süd 8 Proz. Dividende. — Ueberfremdungskämpfe.

Als erste der großen deutschen Reedereien hat die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft ihren Jahresabschluß für 1926 vorgelegt. In dem Bericht wird darüber geklagt, daß sich trotz des Schiffahrtskartells, das in der Europa-Südamerikafahrt besteht, die Konkurrenz im Frachtengeschäft überstark geworden sei. Die Gesellschaft, die ausschließlich Spezialschiffe (gleichzeitig Frachten und Passagiere) im Betrieb hat, ist von der Konkurrenz allerdings nicht sehr mitgenommen worden. Sie kann, bei einem Betriebsgewinn von 5,68 (im Vorjahre: 5,14) Millionen M. wieder 8 Proz. Dividende auf die 25 Mill. M. dividendenberechtigten Stammaktien ausschütten. Unkosten (1,72 Mill. Mark gegen 1,04 Mill. i. V.), Steuern (1,18 Mill. gegen 0,90) und Soziallasten (0,67 gegen 0,49 Mill.) sind etwa entsprechend dem vergrößerten Geschäft gestiegen, so daß der Reingewinn mit 2,117 Mill. nur unbeträchtlich höher als im Vorjahr (2,115 Mill.) ist.

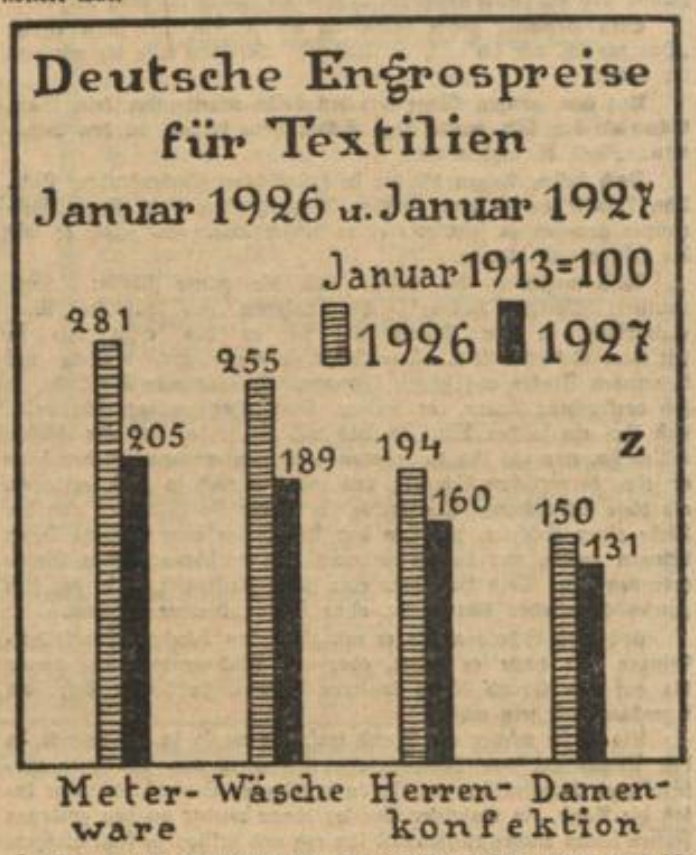
Möglicherweise ist aber die ganze Rechnung eigens dazu „frisiert", um dies Endergebnis zu zeigen. Es wird nämlich der zu Abschreibungen verwandte Betrag, der sich „in den üblichen Grenzen" gehalten haben soll, nicht ausgewiesen; die zu diesem Zwecke zurückgestellten Beträge sind also im Betriebsgewinn nicht mit enthalten. Entsprechend der Vergrößerung des Schiffsparks, die noch fortgesetzt werden soll (ein 14 000- und ein 26 000-Tonnendampfer sind im Bau) erscheint in der Bilanz das Schiffe-Konto höher mit 41,49 gegen 35,64 Mill. i. V.

Die Gesellschaft, die erst im Dezember 1926 zur Finanzierung ihrer Neubauten eine Kapitalerhöhung um 5 Mill. M. durchgeführt hat, beabsichtigt, „um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein", eine vorsorgliche weitere Kapitalerhöhung um 10 Mill. M. Stammaktien, die an das Bankenkonsortium Norddeutsche Bank-Diskontogesellschaft gegeben werden sollen, und um 333 340 M. neuer Vorzugsaktien mit doppeltem Stimmrecht. Diese Maßnahme soll in erster Linie dazu dienen, die Selbständigkeit der Gesellschaft gegenüber Ueberfremdungsbestrebungen und -gefahren zu sichern, von denen man allerdings noch nicht genau weiß, von welcher Seite sie ausgehen. Im übrigen sollen die neuen Mittel freilich auch die Gesellschaft in den Stand setzen, ihre „Großmachtstellung" in der Schiffahrt gegenüber den beiden Großkonkurrenten, der Hapag und dem Norddeutschen Lloyd, die sich beide jetzt wieder kräftig ausdehnen, zu sichern. Zur Hapag bestehen zwar von altersher freundschaftliche Beziehungen, die auch kapitalmäßig — durch wechselseitigen Austausch von je 500 000 M. Vorzugsaktien — festgelegt sind. Freilich ist dieser alte Ueberfremdungsschutz durch das Eindringen des Bankkapitals (Danatbank!) in die Hapag-Verwaltung vielleicht gefährdet, und andererseits bedeutet die neue Zusammenfassung der an der Südamerika-Fahrt gleichfalls stark interessierten Kosmos-Austral-Linien mit der Hapag eine gewisse Konkurrenzstellung zu dieser Gruppe.

Vorläufig vollzieht sich der Kampf um Selbständigkeit oder Beherrschung, bei dem man wieder an die Großbankennacht, aber auch an die alte Rivalität zwischen Hamburg und Bremen und an die Bemühungen der bremischen Wirtschaft, in Hamburg Fuß zu fassen, denken muß, durch Aktienaufkäufe an der Börse, die den Kurs der Hamburg-Süd-Aktie bisher schon weit über den nach der Dividende berechtigten Stand hinaufgetrieben haben.

Textilpreise und Konjunktur.

Die übertrieben hohen Preise für Textilwaren konnten nach der Stabilisierung nur durch Kartelle eine Zeit lang noch beibehalten werden. Die Krise 1925/26 zwang zur Revision der Preise, die dann ziemlich bedeutend heruntergesetzt werden mußten. Den größten Preisabbau erfuhren die Baumwollwaren, was allerdings auch auf den Preissturz der Rohbaumwolle zurückzuführen ist, die Anfang Januar 1926 mit 21,44 und am 15. Dezember 1926 mit 13,38 Dollarcents pro englisches Pfund (der Durchschnittspreis für 1913 betrug 13,93 Dollarcents) in Bremen notiert war.



Infolge des Preisrückgangs des Stoffmaterials haben auch die Preise für Fertigwaren nachgegeben, vor allem für Damenkonfektion. Immerhin sind die Preise für Meterware und Wäsche noch unverhältnismäßig hoch.

Ende der Roggenrentenbank. Nach einem Beschluß der Aufsichtsräte der Preußischen Pfandbriefbank und der Roggenrentenbank soll die Generalversammlung der beiden Banken deren Fusion vornehmen. Die Roggenrentenbank geht damit auf die Preußische Pfandbriefbank über und beschließt auch juristisch ihre Laufbahn als selbständige Bank, nachdem sie schon seit dem Jahre 1923 aufs engste durch Interessengemeinschaft mit der Preußischen Pfandbriefbank verbunden war. Die Roggenrentenbank wurde im Jahre 1922 gegründet, um durch Eintragung von Roggenrenten- und Feingoldhypotheken den durch die Inflation zerstörten Realkredit der Landwirtschaft wieder anzukurbeln. Nach der Stabilisierung hatte sie ihre eigentliche Aufgabe verloren und wurde eine Hypothekenbank für den normalen landwirtschaftlichen Realkredit. Dementsprechend hatte sie am 1. Oktober 1926 ihren Namen auch in „Landwirtschaftliche Pfandbriefbank A.-G." geändert. Zur Durchführung der Fusion erhöht die Preußische Pfandbriefbank ihr schon auf 7 Millionen erhöhtes Kapital um weitere 7 auf 14 Millionen, was einem Austausch der Aktien im Verhältnis von 1 : 1 entsprechen wird. Dieses Austauschverhältnis ist schon durch die Bestimmungen des Interessengemeinschaftsvertrages gegeben, der eine Gewinnverteilung zu gleichen Beträgen vorsah. Gleichzeitig erfolgt für die Preußische Pfandbriefbank eine weitere Kapitalerhöhung um 7 auf 21 Millionen, so daß die Preußische Pfandbriefbank in die Reihe der kapitalstärksten Hypothekeninstitute einrückt. In den Aufsichtsratssitzungen wurde weiter beschlossen, den Generalversammlungen eine Dividende von 10 Proz. für das Jahr 1926 vorzuschlagen.

Die Konvertierung der 10prozentigen Goldpfandbriefe. Von der Reichsbank wird mitgeteilt, daß die Umstellung der 10prozentigen Goldpfandbriefe, der ostpreußischen, sächsischen und schleswig-holsteinischen Landschaften in demselben Umfange erfolgen wird, in welchem den Landschaften 10prozentige Pfandbriefdarlehen aufgekündigt werden. Da diese Kündigungen infolge der Zinsvorteile in einem sehr großen Ausmaße erfolgt sind, werden von den 10prozentigen Goldpfandbriefen nur noch geringe Beträge im Verkehr bleiben. Die Landschaften werden den Inhabern der auszulosenden Pfandbriefe den Umtausch in 7prozentige Pfandbriefe anbieten. Die Konvertierungsfrist läuft vom 17. Februar bis zum 10. März. Die Rückzahlung der nicht zum Umtausch eingereichten Goldpfandbriefe der ostpreußischen Landschaft erfolgt ab 1. April, die der sächsischen und schleswig-holsteinischen ab 1. Juli d. J.

„Wohnungswirtschaft." Von der im Verlag des ADGB. erscheinenden Zeitschrift liegt in neuer Ausstattung das erste Doppelheft 1/2 vor. In dem Eingangsartikel weist der neue Leiter der Dewog, Architekt Richard Linneke, auf die unumgängliche Notwendigkeit planmäßigen Wohnungsbaues unter Benutzung aller technischen Errungenschaften hin. Stadtbaurat Dr.-Ing. Martin Wagner entwickelt in großen Zügen einen Finanzierungsplan für das notwendige Groß-Berliner Wohnungsbauprogramm. Regierungspräsident Krüger behandelt in einem dritten Aufsatz das Städtebaugesetz vom bodenreformerischen und vom Standpunkt der Gemeinwirtschaft aus. Sehr energisch werden dann weiter die Vorschläge des Reichsbürgerrats und des Berliner Stadtrats Busch für die Finanzierung des Wohnungsbaues zurückgewiesen.

Nochmalige Diskontermäßigung in Frankreich. Die schon längere Zeit angekündigte Ermäßigung des Diskontsatzes der Bank von Frankreich ist nunmehr erfolgt. Der Diskontsatz wird von 6½ um ein volles Prozent auf 5½ Prozent ermäßigt. Damit vollzieht die Regierung Poincarés — denn diese wird man als den eigentlichen Urheber dieser Maßnahme zu betrachten haben — in kurzer Zeit die zweite Diskontermäßigung. Wie schon die erste ist auch diese als Entlastungsmaßnahme für die französische Industrie zu betrachten, um die mit der Frankenhausse verbundene Wirtschaftskrise durch Verbilligung des Kredits zu mildern.